



Der Etat der Eisenbahnverwaltung im Staatshaushalt pro 1875.

Der Etat der Eisenbahnverwaltung ist im Preussischen Staatshaushalt mit der Ausdehnung des Staatseisenbahnnetzes nachgerade der bei weitem wichtigste Etat geworden. Er umfaßt mehr als den vierten Theil der gesamten Staatseinnahmen, und mehr als den fünften Theil der gesamten Staatsausgaben. Der Eisenbahnetat pro 1875 bezieht sich auf

172,616,209 M. Einnahmen,
122,184,222 M. dauernde,
26,200,000 M. einmalige Ausgaben, somit auf einen Ueberschuß von 24,231,987 M. Sieht man von den Neuanlagen betreffenden außerordentlichen Ausgaben ab, so stellt sich ein Ueberschuß von 50,431,987 M., d. i. gegen 1874 7,492,248 M. Mehrüberschuß heraus. Werden aus dem Ordinarium des Etats die Einnahmen und Ausgaben für Privatbahnen, bei welchen der Staat theilhaftig ist, sowie die Einnahmen und Ausgaben der Centralverwaltung ausgeschieden, kommt also nur die Staatseisenbahnen in Betracht, so ergibt sich für diese ein Etat von

167,531,000 M. Einnahmen und
113,502,000 M. Ausgaben, also von

54,029,000 M. Ueberschuß. Gegen das Etatsoll von 1874 bezieht sich der Ueberschuß um 9,826,000 M. höher, gegen die Rechnung von 1873 um 7,345,000 M. höher. In Wirklichkeit stellt sich der Unterschied noch um 3,248,000 M. günstiger, weil die Wohnungsgeldzuschüsse der Beamten, die früher im Etat des Finanzministeriums gebucht wurden, jetzt hierhin übertragen worden sind. Die Motive der Regierung berechnen, daß sich bei dem etatsmäßigen Ueberschuß von 54,029,000 M. das auf die Staatseisenbahnen verwendete Anlagekapital von 906,662,334 M. mit 5,94 Procent verzinst. Dabei ist aber nur das bis Ende 1873 verwendete Anlagekapital in Rechnung gestellt worden. Unter Hinzurechnung des Anlagekapitals für die Strecken Tilsit-Memel und Arnsdorf-Gassen, auf welche in dem Etat pro 1875 gerüchlichtet worden ist, bezieht sich das Anlagekapital auf annähernd 1000 Millionen Mark und entspricht dabei ein Ueberschuß von 54,029,000 M. nur noch einer Rentabilität von 5,38 Procent. Für 1873 als das letzte rechnungsmäßig bekannte Jahr berechnen die Motive eine Rentabilität von 5,16 pCt. Es ist aber bereits in der ersten Budgetdebatte auf die Mängel in dieser Berechnung hingewiesen worden. Bei den Anlagekosten sind die Bauzinsen und die aus dem Ordinarium bestrittenen Aufwendungen nicht mit in Rechnung gestellt, bei den Ausgaben sind die Beamtenpensionen und die Kosten der Centralverwaltung nicht gebucht. So wenig die Zahlen daher absolut bedeuten, so interessant sind sie doch im Verhältnis der einzelnen Staatsbahnen zu einander. Es ergibt sich aus dieser Vergleichung, daß die Niederschlesisch-Märkische Bahn von allen Staatsbahnen am Besten rentirt, nämlich mit 10,37 pCt. nach dem Etat pro 1875 und 10,35 pCt. nach der Rechnung pro 1873. Danach kommt die Hannoverische Bahn (7 bezw. 6 1/2 pCt.), Main-Neckarbahn (6,29 bezw. 7,77 pCt.), Südbahn (6,46 bezw. 5,82 pCt.). Entschieden als Zuschußbahnen zu betrachten sind alle übrigen Staatsbahnen in den westlichen Provinzen, nämlich die Main-Weferbahn (4,76 bezw. 3,43 pCt.), Wilhelmshaven-Oldenburger Bahn (4,34 bezw. 3,50 pCt.), Saarbrücker Bahn (4,52 bezw. 2,30 pCt.), Nassauische Bahn (2,97 bezw. 1,52 pCt.), Westfälische Bahn (2,48 bezw. 0,75 pCt.), Frankfurt-Bebraer Bahn (1,06 bezw. 1,04 pCt.). Hier kommen ebenso die theueren Herstellungskosten wie die Concurrenzverhältnisse den Privatbahnen gegenüber in Betracht.

Der Gesamtetat der Staatseisenbahnen pro 1875 stellt sich gegen die wirklichen Kosten pro 1873 im Ordinarium wie folgt:

	1875	1873
Einnahmen:	M.	M.
Personenverkehr	45,411,000	41,427,129
Güterverkehr	111,217,500	99,903,160
Telegraphie	235,800	220,327
Wagenmiete	7,320,000	7,360,774
Mieten, Pächter u.	476,355	485,197
Benutzung von Bahnstrecken durch fremde Verwaltungen	1,245,682	617,345
Erlös aus verkauften Materialien u.	1,624,673	2,379,499
Summa	167,531,000	152,393,431

	1875	1873
Ausgaben:	M.	M.
Besoldungen der Beamten	25,015,420	16,573,339
Wohnungsgeldzuschüsse	3,248,000	1,866,048
Wohnungen, Stellvertretungskosten, Prämien, Kurkosten u.	12,868,013	14,252,646
Außerordentliche Remunerationen und Unterstützungen	662,330	482,892
Däten, Reisekosten, Meilengelder u.	3,867,478	3,704,947
Bureaukosten	4,246,039	4,665,651
Unterhaltung der Bahnanlagen	13,453,600	20,286,418
Erneuerung	10,203,000	11,306,900
Kosten der Züge	11,802,900	12,408,662
Unterhaltung der Locomotiven u. Wagen	11,672,800	6,385,700
Erneuerung derselben	6,385,700	18,191,913
Wagenmiete und Transport-Entschädigungen	5,514,000	7,588,552
Beamtenpensionskosten	169,000	315,191
Steuern und Abgaben	418,980	337,086
Nutzen fremder Bahnen	3,310,585	3,652,479
Entschädigungen, Unvorhergesehenes	1,151,205	1,885,138
Summa	113,502,000	105,708,962

Die Vergleichung der Ausgaben ergibt nur Ersparnisse geringer Natur als Folge der gesunkenen Kohlenpreise bei den Kosten der Züge und den Bureaukosten. Erheblicher sind in Folge Vermehrung des eigenen Wagenparks die Ersparnisse an Wagenmiete. Die Vermehrung der Gesamtausgaben resultirt hauptsächlich aus der Vermehrung

der Zahl der besoldeten Beamten. Die Ersparnisse bei den Löhnen und Remunerationen der Arbeiter und diätarischen Beamten gleichen dieses Plus nur in sehr geringem Maße wieder aus. Die Vermehrung der Zahl der etatsmäßigen Beamten, namentlich was das Stations-, Strecken- und Fahrpersonal anbelangt, ist, abgesehen von der Steigerung des Verkehrs, für notwendig erachtet worden, um dem normalmäßigen Verhältnis der etatsmäßigen und außeretatsmäßigen Beamten (2:1) thunlichst nahe zu kommen. Die ordnungsmäßige Durchführung der im Interesse der Sicherheit des Betriebes getroffenen Bestimmungen, sowie die Erweiterung der Bahnhöfe und der Weichenanlagen bedingt ferner eine Verärgerung des Stations- und Bahnüberwachungspersonals in sehr erheblichem Umfang. Es ist so dann ebenfalls im Interesse der Sicherheit des Betriebes nach erfolgter Vermehrung der Locomotiven angestrebt worden, die Stärke der Züge, namentlich der Schnell- und Courierzüge, thunlichst zu reduciren. Bei der Niederschlesisch-Märkischen Bahn ist eine Vermehrung des etatsmäßigen Beamtenpersonals vorgesehen um 1 Eisenbahnbaumeister, 2 Maschinenmeister, 2 Hauptkassen-Buchhalter und 4 Eisenbahnsecräre, 38 Betriebssecräre, 2 Betriebscontroleure, 5 Kanzlisten, 7 Zeichner, 1 Stationsvorsteher 1. Klasse (2 Vorsteher 2. Klasse kommen in Wegfall), 9 Stationsaufseher, 30 Stationsassistenten, 10 Portiers, 91 Weichensteller, 8 Bahnmeister, 108 Bahnwärter, 3 Telegraphen-Aufseher, 74 Telegraphisten, 12 Nachtwächter, 2 Güterexpeditionsvorsteher, 3 Stationsseinernehmer, 3 Güterexpeditionen, 3 Gepäckexpeditionen, 1 Lademeister, 63 Locomotivführer, 63 Heizer, 10 Zugführer, 13 Packmeister, 27 Schaffner, 212 Bremser, 6 Werkmeister, 39 Wagen- und Rangirmeister, 3 Materialverwalter 1. Klasse, 9 Materialverwalter 2. Klasse. — Aus allen diesen Vermehrungen — wobei freilich auch die Eröffnung der Strecke Arnsdorf-Gassen mit in Betracht kommt — ergibt sich eine Erhöhung des Besoldungsetats für die Niederschlesisch-Märkische Bahn um 950,012 Mark gegen den Etat des Vorjahres und um etwa 40 Procent gegen die Ausgaben des Jahres 1873. Ersparnisse von erheblichem Belang weist der Etat der Niederschlesisch-Märkischen Bahn nur auf bei den Kosten der Züge, welche sich von 2,528,100 im Etat pro 1874 auf 2,301,700 im Etat pro 1875 ermäßigen und bei dem Fonds für Erneuerung des Locomotiv- und Wagenparks, welcher von 2,406,000 Mark auf 1,018,000 Mark ermäßigt wird. Die in der letzten Zeit stattgehabte Vermehrung des Wagenparks erlaubt auch eine Verminderung der Ausgaben für Wagenmiete von 2,127,000 Mark auf 1,872,000 Mark. Große Ausgabeerhöhungen finden sich außer bei den Besoldungen für die Arnsdorf-Gassen für Unterhaltung der Bahnanlagen (3,542,000 Mark statt 2,952,900 Mark) und Erneuerung der Bahnanlagen (1,959,600 Mark statt 1,658,100 Mark). Man erachtet insbesondere beim Oberbau umfangreiche Arbeiten im Interesse der Vermeidung von Betriebsstörungen behufs Verbesserung des Gefüges für erforderlich.

Insgesamt stellen sich bei der Niederschlesisch-Märkischen Bahn nach dem Etat pro 1875 die Einnahmen auf 40,200,000 Mark, die ordentlichen Ausgaben auf 24,662,000 Mark,

der Ueberschuß beträgt also 15,538,000 Mark, was bei einem Anlagekapital von 149,747,223 Mark eine Rentabilität von 10,37 Procent darstellt.

Der Einnahmeanfang von 40,200,000 Mark übersteigt die Einnahme von 1873 (37,646,242 Mark) um 2 1/2 Millionen Mark. Davon entfallen etwa 2 Millionen Mark auf den Güterverkehr (29,463,000 Mark statt 27,292,303 Mark) und 1/2 Millionen Mark auf den Personenverkehr (8,400,000 Mark statt 7,697,962 Mark), wogegen auf die „verschledenen Einnahmen“ (2,337,000 statt 2,655,000 Mark) eine kleine Mindereinnahme entfällt. Die Einnahme pro 1875 ist mit denjenigen Beträgen angelegt, welche nach den Ergebnissen der Vorjahre und unter Berücksichtigung des steigenden Verkehrs, sowie unter Voraussetzung der Fortdauer des neuen Tarifs mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten sei. Dabei ist einerseits der Hinzutritt der 94,345 Kilometer langen Bahnstrecke Arnsdorf-Gassen, andererseits der beeinträchtigende Einfluß der Concurrenzbahnen mit in Betracht gezogen.

Im Extraordinarium des Eisenbahnetats ist die Niederschlesisch-Märkische Bahn mit 10 Titeln im Gesamtbetrage von 3,588,500 Mark vertreten. Der Hauptposten darunter ist die sich auf 1 Million Mark belaufende erste Rate zur Anlage eines außerhalb der Berliner Ringbahn gelegenen Trennung- und Rangirbahnhofs, von welchem aus die nach einer der westlichen Bahnen weiter zu befördernden Güter durch direkte Geleisverbindung auf die Ringbahn übergehen können, so daß nach dem bestehenden Güterbahnhofs der Niederschlesisch-Märkischen Bahn nur noch die dort zu verladenden Güter geschafft zu werden brauchen. Die Gesamtkosten werden sich abzüglich des auf die Südbahn entfallenden Theils auf 3 1/2 Millionen Mark belaufen. — Außer der bereits in Berlin vorhandenen Petroleum-Gasanstalt sollen solche noch in Breslau und Koblitz errichtet werden, da sich herausgestellt hat, daß das intensive Petroleumgaslicht noch nicht ein Drittel der Kosten der Delbeleuchtung beansprucht. Neu ist, daß eine Eisenbahn-Verwaltung, wie dies für Koblitz beabsichtigt wird, für die Arbeiter und Beamten ein Bethaus erbaut. Ein Posten von 446,400 Mark wird für neue Locomotivstände gefordert, ein solcher von 259,500 Mark zur Herstellung von 44 Dienstwohnungen auf entfernten Bahnhöfen, namentlich für Weichensteller. Im Uebrigen handelt es sich fast nur um die Fortsetzung bereits in früheren Jahren begonnener Bauten.

Breslau, 17. Februar.

Das war eine sehr unangenehme Debatte für die Mitglieder des Centrums in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses. Unterschlagung des Kirchenvermögens, sogar der „Peterspfennige“, und doch keine bischöfliche Untersuchung. Es ist doch schade, daß man die Herren Geistlichen den weltlichen Gerichten unterworfen hat; wie Vieles mag vertuscht worden sein, als sie nur den geistlichen Gerichten unterstanden! Wenn nur der Glaube fest stand, dann war Alles gut; denn was nicht gut war, wurde unter den „Mantel der christlichen Liebe“ verdeckt. Von diesem „Mantel“ will freilich das weltliche Gericht und die staatliche Untersuchung Nichts wissen. Es war nicht gut für das Centrum, den Cultusminister zu provociren; er hat den Provocirenden mehr geantwortet, als ihnen lieb war. Die Discussion wurde übrigens nicht zu Ende geführt, sondern auf heute vertagt. Daß das Gesetz

zum Wohle der kirchlichen Gemeinden angenommen wird, unterliegt keinem Zweifel; die Gemeinden werden dem Ministerium und dem Abgeordnetenhaus schließlich Dank wissen, daß sie zur Verwaltung ihres eigenen Vermögens gelangen.

Der Bundesrath wird noch eine Plenarsitzung halten, und in dieser Sitzung voraussichtlich einen Beschluß über die Bildung der Reichsschul-Commission fassen. Bekanntlich hatte der betreffende Ausschuß vorgeschlagen, die Ernennung der Mitglieder für die nächsten drei Jahre den Regierungen von Preußen, Baiern, Sachsen, Württemberg, Großherzogthum Sachsen und Mecklenburg-Strelitz zu übertragen. An Stelle dessen hat das Präsidium, wie die „Post“ meldet, in der letzten Sitzung einen anderen Vorschlag gemacht. Die Mitglieder der Reichsschulcommission sollen darnach für je 2 Jahre ernannt werden; die Ernennung von vier Mitgliedern aber ständig den Regierungen von Preußen, Baiern, Sachsen und Württemberg zustehen; das fünfte Mitglied sollen abwechselnd Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig ernennen; das sechste ebenfalls alternierend die übrigen Bundesstaaten.

Der neue Beschluß des Abgeordnetenhauses, Verwaltungsorganisations-Gesetze auch für die weltlichen Provinzen zu verlangen, wird wohl für's Erste ohne Folgen bleiben. Man will — schreibt die „Trib.“ — in parlamentarischen Kreisen wissen, daß der Beschluß an höchster Stelle peinlich berührt habe und im Ministerium die Ansichten getheilt seien. Drei Minister sollen für, fünf gegen den Beschluß des Abgeordnetenhauses sein. Viel ist auf derartige Gerüchte nicht zu geben; es ist zu leicht, sie zu dementiren; einigen Anhalt scheinen aber diese Dinge diesmal doch zu haben, wenigstens ist richtig, daß die Möglichkeit noch festgehalten wird, die Kreisordnung für die weltlichen Provinzen vorzulegen.

Wenn ernstlich darauf speculirt worden ist, daß die „Entstellungen“ der „Epoca“ die Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland trüben würden, so hat sich — wie der Wiener Correspondent der „Karlss. Ztg.“ bemerkt — diese Speculation als eine verkehrte erwiesen. „Auch wenn wir — soll Graf Andrassy gesagt haben — nicht bloß mit lebendigen Thatsachen und Interessen rechnen, so sollte man uns wenigstens actuelle Actenstücke und keine verholene Manuscripte bieten. Mögen die Todten ihre Todten begraben!“

Ueber den Stand der ungarischen Ministerkrise liegen entscheidende Nachrichten nicht vor. Vito conferirt noch immer mit Tisza, letzterer wurde gestern zum Kaiser beschieden, worin man ein für seine Minister-Candidatur günstiges Moment erblicken kann.

In der Schweiz fest sich der kirchliche Kampf fast in allen Cantonen mit ungeschwächter Kraft fort. In Bern zumal ist der Conflict wegen der katholischen Kirche jetzt so weit gelangt, daß die Ultramontanen gegen die vom Kirchengemeinderathe den Professoren Friedrich Börgens und Girschwälder bewilligte Vorname gottesdienstlicher Handlungen in der hiesigen katholischen Kirche bei dem Regierungsrathe Protest erhoben haben unter Androhung seiner Weiterverfolgung an das Bundesgericht. Außerdem hat Pfarer Peroulay an „seine geehrten lieben Pfarrangehörigen“ eine Erklärung erlassen, in welcher er auseinanderlegt, daß durch die Katholiken „die Steine des Gebäudes weder exercirt noch besetzt würden“, daß man aber „annoch die katholische Kirche der Intoleranz nicht anlagern dürfe, wenn sie ihren Kindern verbietet, die heiligen Geheimnisse in einer sacrilegisch profanirten Kirche zu feiern, während dem sie die Feier ihres Cultus in einem protestantischen Tempel in gewissen Fällen gestattet.“

Aus Zürich schreibt man dem „Schweiz. Merkur“: Der eidgenössische Schulrath hat vor einigen Tagen sehr energische Beschlüsse gegen das Duellwesen gefaßt. In der hiesigen Studenterverbindung Helvetia befinden sich zur Zeit einige Polytechniker. Bei dieser Helvetia ist das Duell obligatorisch, ein Polytechniker wurde vor Kurzem gefährlich verwundet und hat dann die Schule verlassen. Nach dem Reglement der Schule dürfen die Polytechniker nicht an rechtswidrigen Verbindungen Theil nehmen, zu welchen namentlich solche gehören, die ihren Mitgliedern in geheimer oder offener Weise den Zweikampf zur Pflicht machen. Der Präsident des eidgenössischen Schulrathes hat nun von 5 Polytechnikern, die der Helvetia angehören, die Unterzeichnung einer Erklärung verlangt, daß sie sofort aus dieser Verbindung austreten und an keiner anderen mit Duellzwang mehr theilnehmen wollen, und zwar bei Strafe der Relegation für den Fall der Verweigerung der Unterschrift.

In Frankreich ist, wie man der „R. Z.“ unter dem 15. d. Mts. aus Paris schreibt, von der Cabinetsbildung vorläufig keine Rede mehr, da Niemand vor der Entscheidung über die Verfassungsfrage ein Portefeuille übernehmen mag. Broglie hatte gehofft, nach der letzten Niederlage würde den Republikanern die Lust zu neuen Vorstößen verschwinden. Dem ist aber nicht so: die Führer des rechten Centrums und das politische Personal des Präsidenten scheinen das Spiel mit den constitutionellen Gesetzen von Neuem anfangen zu wollen, weil Mac Mahon den Senat für nöthig zu seiner Abreise hält, während andere Deputirte ihm zu seinem Seelenfrieden geradezu das Recht des Veto und der Auflösung der Nationalversammlung zugesprochen wollen. Dazu bemerkt das „Univers“: Giebt die National-Versammlung dem Präsidenten das Veto und Auflösungsrecht, so giebt sie ihre Souveränität ab und kann ihr Bündel schnüren; entweder muß sie die Besugnisse, die ihr vom Lande ertheilt wurde, bewahren, oder sie muß dem Lande ihr Mandat zurückgeben. Der „Univers“ rath, die Verfassungsprojecte aufzugeben und ein Prärogativ, eins über den höheren Unterricht u. s. w. und dann den Versuch zu machen, ob nicht eine Majorität für das Definitivum zusammenzubringen sei. Das Definitivum der Ultramontanen ist der Roy oder im Nothfalle auch Napoleon IV. Die Rechte will vor der Hand die Auflösung der National-Versammlung nicht, weil sie nicht will, daß Mac Mahon irgend wie zu Athem komme. Es bleibt daher, falls die constitutionellen Gesetze durchfallen, kaum etwas Anderes übrig, als der Status quo, dem Broglie nicht abhold ist, der aber den Legitimisten besonders gefällt, weil sie von ihm um so leichter den Sprung ans Land der alten Monarchie machen zu können vermeinen.

Die Nachrichten aus Spanien lauten für die neugegründete Monarchie nicht gerade besonders günstig. In Madrid cursiren, wie der „Nat.-Ztg.“ gemeldet wird, wunderliche Gerüchte über den eiligen Rückzug des Königs Alfons nach dem carlistischen Ueberfall bei San Cristobal anzutreten sich ge-nöthigt sah. So heißt es, man habe den König zwischen zwei Matrasen hängen wollen, um ihn so sicherer fassen zu können; er sei aber zu Pferde gestiegen und habe sich möglichst rasch in Sicherheit gebracht. Bei diesem schnellen Ritt sei Graf Mirafol, sein Adjutant, mit dem Pferde gestürzt und habe sich dabei den Arm verlegt. Der Ueberfall sei von so ungünstiger Einwirkung auf das Befinden des Königs gewesen, daß man ihm habe zur Aber-

lassen müssen. Im Uebrigen soll Alfons ganz unglücklich darüber sein, nicht eine Wunde davon getragen zu haben. Im Allgemeinen schätzt man den Verlust der Regierungstruppen im Norden auf 3000 Tote und Verwundete. Das Regiment Gerona soll deren allein 600 Mann zählen.

Sehr wenig empfehlenswerth scheinen noch immer die Zustände in Brasilien zu sein. Auf Veranlassung der englischen Regierung werden wiederum Circulare veröffentlicht, welche Leute, die nach Brasilien auszuwandern wünschen, dringend warnen sollen. Es heißt darin:

In den Jahren 1872 und 1873 wanderten etwa 1000 Personen nach Brasilien aus, denen die verlockendsten Versprechungen gemacht wurden. Diese wurden nicht erfüllt und ein Theil der Auswanderer wurde krank und starb, und der andere machte sich nach der Hauptstadt auf, um von dem Gefandten sich unterstützen zu lassen. Die Erzählungen der mit Hilfe des britischen Vertreters zurückgekehrten Auswanderer sind derart, daß sie Jedermann abhalten sollten, nach Brasilien zu gehen. Man beabsichtigt, wie es heißt, nunmehr eine neue Colonie zu gründen, welche nach den Angaben des Prospectes im Hochlande gelegen sein soll, wo der Boden fruchtbarer und das Klima gesünder sein soll. Es dürfte aber nicht vergessen werden, daß diese Colonie fern von jedem Markte ist, daß daher die Producte billig verkauft und andere Bedürfnisse theuer eingekauft werden müssen. Die nächste größere Stadt ist Curitiba, in einer Entfernung von 62 englischen Meilen. Allerdings soll eine Tramway nach dem genannten Orte angefertigt werden, aber man darf nicht vergessen, daß in einem Lande, wo Arbeit so knapp ist, solche Unternehmungen nur sehr langsam von Statten gehen. Da die Colonie 114 englische Meilen von dem Hafen entfernt, und der Weg nach Rio per Dampfboot noch 70 Stunden länger ist, so darf auf diesen Marktplatz für sämtliche Producte nicht gerechnet werden. „Emigranten“, so lautet der Schlußparagraph des beherzigenswerthen Barncirculars, „sollten ferner bedenken, daß, wenn sie nach Brasilien gehen, sie in ein Land sich begeben, wo Sprache, Gebräuche, Religion und Gewohnheiten des Volkes ihnen fremd sind, und weder Kirche noch Schule, die dem Versprechen gemäß allerdings errichtet werden sollen, vorläufig vorhanden sind. Es ist sehr wichtig, daß, bevor die Emigranten sich entschließen, nach Brasilien zu gehen, sie wohl diese Umstände erwägen und auch beherzigen, daß, wenn sie trotz dieser Warnung doch es thun, sie die Verantwortlichkeit für das Resultat selbst zu tragen haben.“

Die in Rio-de-Janeiro erscheinende „Allgemeine Deutsche Zeitung“ entnimmt der „Deutschen Zeitung“ von Porto-Alegre Folgendes aus einem Schreiben aus Leonorhof vom 11. November:

Mit dem Muderichwindel ist es noch immer nicht aus. Man brachte die gefangenen und auf freien Fuß gesetzten Muder und man wird finden und sich überzeugen, daß der gefährliche Muderichwindel noch nicht vorbei ist. Nicht im mindesten zeigen sie Neue über die verübten Verbrechen und Schandthaten, im Gegentheil, sie bestehen auf ihrem schlechten Schwindel und möchten gern die begangenen Schandthaten wiederholen und womöglich noch weiter treiben, wenn sie es nur könnten. Und sie können es sehr leicht dahin bringen. Die zurückgekommenen Muder, welche auf freien Fuß gesetzt sind, werden auf der Colonie geschickt und gepflegt; sogar zwei Männer von der deutschen Colonie, welche die schlimmsten Gegner der Muder waren, nehmen sie gastfreundlich in ihre Wohnungen auf! Auf dem Hamburger Berge, der Wiege des Muderichwindels, geht es wieder, wie es gegangen hat: es wird die Bibel ausgelegt, gelesenen etc. In der Person von Karoline Meng, welche sich als Nachfolgerin der zum Himmel gefahrenen Frau Christuffin, ihrer Schwester, der berühmtesten schwarzen Jakobina Meng, gerirt, geht es wieder auf dem alten Fuße.

Deutschland.

— Berlin, 16. Februar. [Convention mit Oesterreich. — Die Verhältnisse der Gewerbe- und Fabrikarbeiter. — Die Dotation für Westfalen.] Für den Abschluß einer Uebereinkunft zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn wegen Uebnahme Auszuweisender, zu welchem der Reichskanzler die Zustimmung des Bundesrathes beantragt hat, ist von der österreichisch-ungarischen Regierung folgender Entwurf vorgeschlagen worden: „Die Regierungen der österreichisch-ungarischen Monarchie und des deutschen Reichs sind übereingekommen, für den ganzen Umfang der österreichisch-ungarischen Monarchie einerseits und des deutschen Reichs andererseits bezüglich der Uebnahme Auszuweisender den Grundsatz zur Anwen-

nung zu bringen, daß jeder der vertragenden Theile sich verpflichtet, auf Verlangen des anderen Theils, seine Angehörigen wieder zu übernehmen, auch wenn dieselben die Staatsangehörigkeit nach der inländischen Gesetzgebung bereits verloren haben, sofern sie nicht dem anderen Lande nach dessen eigener Gesetzgebung angehörig geworden sind. Denselben Gegenstand betreffende frühere Uebereinkommen zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie oder einzelnen Theilen derselben und einzelnen deutschen Staaten oder Theilen des deutschen Reichs werden hiermit für erloschen betrachtet. Zu Urkund dessen ist die gegenwärtige Erklärung ausgestellt worden, um gegen eine übereinstimmende Erklärung des kaiserlich deutschen auswärtigen Amtes ausgewechselt zu werden.“ — Der Bundesrathsausschuß für Handel und Verkehr hat das mehrfach erwähnte Programm zu einer Enquete über die Verhältnisse der Gewerbe- und Fabrikarbeiter in 9 Punkten abgeändert. Hauptsächlich sind die Fragen hinzugefügt: „Welche Versuche sind von Arbeitgebern gemacht, um dem eigenmächtigen Austritt der Lehrlinge bezw. der Gesellen durch contractliche Regelung des Lehrverhältnisses vorzubeugen und wie haben sich dieselben bewährt?“ und „Welche Mittel empfehlen sich, um dem eigenmächtigen Austritt im Wege der Gesetzgebung entgegenzutreten?“ — Die Mehrheit der westfälischen Abgeordneten hat heute die Frage erwogen: ob die durch das Dotationsgesetz der Provinz Westfalen angebotene Abfindung nicht mit dem bisherigen, von Jahr zu Jahr steigenden Bedarf derartig im Mißverhältnisse stehe, daß die einstweilige Ablehnung derselben der unbedingten Annahme vorgezogen werden müsse. Es kam dabei zunächst zur Sprache, daß insbesondere in Beziehung auf den Begebau der Provinz ungünstiger als alle übrigen gestellt sei, indem in den industriellen Bezirken die Abnutzung der Chaussees mindestens das dreifache von dem erfordere, was zum gleichen Zwecke in weniger verkehrreichen Gegenden verwandt werde, nicht zu gedenken, daß das zuzunehmende Befestigungsmaterial meist sehr schlecht, das entlegene, gute aber überaus theuer sei und daß derjenige Landestheil, in welchem der Zustand der Wege einigermaßen dem Bedürfnisse entspreche — das Herzogthum Westfalen — schon seit langen Jahren sich zur Ergänzung der Wegebauleistungen des Staates mit einem Zuschlage von 12 pCt. zu den directen Staatssteuern freiwillig belastet habe. Ohne die großen Beträge, welche die Besoldung bezüglich Pensionierung einer bedeutenden Zahl von Wegebaubeamten erfordert, zu übersehen, wurde beschloffen, so weit irgend möglich, Materialien zu sammeln, um eine Uebersicht über die Jahresbeträge, welche diese verschiedenen. Desiderate bisher erfordert haben, zu gewinnen und demnächst in Bedacht zu nehmen, ob endlich auch die Verwaltung so beträchtlicher Fonds und so wichtiger Arbeiten der dormaligen, noch der ständischen Gliederung entsprechenden Provinzial-Vertretung anvertraut werden könne.

— Berlin, 16. Februar. [Fürst Bismarck. — Die kleinen Staaten zur Petersburger Conferenz. — Resolution über Strafanstalten. — Rhein correction. — Bibliothek des Abgeordneten Hauses. — Abgeordnete Richter und Seelig. — Salings's Börsenblatt.] Fürst Bismarck hat seiner Zeit einigen Reichstagsabgeordneten gegenüber die Absicht geäußert, sich vom öffentlichen Leben zurückziehen zu wollen. Die damaligen Nachrichten blieben ohne eigentlichen Niederschlag, wenn man nicht als solchen die Journalgerüchte in der auswärtigen Presse über die permanente Kanzlercrisis ansehen wollte. Heute verlautet endlich aus sonst informirten Kreisen, daß das Verbleiben des Reichskanzlers außer Frage stehe. Wir theilen diese von wahrhaften Freunden des Kanzlers herrührende Nachricht mit, ohne eine Bürgschaft für ihre Richtigkeit zu übernehmen. Derselben zufolge hätte Fürst Bismarck mit dem Kaiser eine den Gegenstand betreffende Unterredung gehabt, in welcher der Monarch von den Forderungen der Pflicht und Ehre sprach, welche ihm sowohl wie dem Kanzler trotz Alter und

Krankheit auszuhalten und von der Durchführung ihrer schwierigen Aufgaben nicht abzulaufen gebietet. Diesem Appell an den Patriotismus des Fürsten Bismarck habe er nicht widerstehen können und dem Monarchen das Verbleiben im Amte zugesagt. . . Eine weitere Mittheilung will jedoch wissen, daß Bismarck's Verbleiben nur in Verbindung mit einer wesentlichen Entlastung von seinen Geschäften stattfinden würde. Diese bestände in der Heranziehung eines in Function stehenden Vorschalters des Deutschen Reichs (Fürst Hohenlohe?), welcher eine noch nicht genau definirte Stellung an der Spitze des auswärtigen Amtes erhalten soll. Eine solche Combination will den parlamentarischen Freunden des Fürsten nicht gefallen. Sie halten ihn an der Spitze des auswärtigen Amtes mindestens für ebenso unentbehrlich, wie als Kanzler und preussischen Minister-Präsidenten. Man sagt allerdings in der Umgebung des Fürsten, daß seine aus Gesundheitsrückständen bedingte Entlastung von den zahlreichen Geschäften dadurch herbeigeführt werden müsse, daß verantwortliche Potenzen unter ihm gebildet werden. Für den Geschäftsgang könnten dieselben Normen gelten, wie sie während der Abwesenheit des Fürsten von den Spitzen der drei großen Reichs- und Staatskörperschaften ausgeübt werden. Unklar bleibt es indessen, wie jene verantwortlichen Potenzen im Reiche, z. B. ein Minister der auswärtigen Angelegenheiten geschaffen werden soll, ohne die Verfassung zu ändern. Soll dies aber geschehen, so wird nicht die Creierung eines einzelnen Ministers, sondern jene des ganzen Reichsministeriums erfolgen müssen. Darauf spitzt sich nach der Auffassung einsichtiger Politiker die ganze Frage zu. — Die kleinen Staaten werden sich nicht durch England bestimmen lassen, ihre Theilnahme an den Petersburger Conferenzen zu verweigern, obwohl die britische Diplomatie an den betreffenden Höfen eifrig genug an der Miniarbeit ist. Wie hier die Vertreter der kleinen Staaten wiederholt versichern, sei man überzeugt, daß der Widerstand Englands gegen die Reform des Landkrieges nur ein Vorwand ist, weil es fürchtet, daß in Petersburg die Reform der Rechtsverhältnisse des Seekrieges herangezogen wird. Inwieweit diese Besorgniß begründet ist, will man hier nicht untersuchen, aber daß sie von den kleinen Staaten nicht getheilt wird, steht außer Zweifel. — In der Commissariengruppe für den Etat des Ministeriums des Innern wurde gelegentlich der Berathung der Propositionen für Strafanstalten eine zunächst für die Fractionen des Hauses bestimmte Resolution angenommen, welche die Regierung auffordert, im Wege der Verwaltung auf eine einheitliche und den Bestimmungen des Strafgesetzbuches entsprechende Strafvollstreckung hinzuwirken. Die Anregung zu dieser Resolution gaben die in der letzten Session des Reichstages eingebrachten Petitionen und die darüber stattgehabten Debatten in Betreff der Behandlung politischer Gefangener seitens der preussischen Gefängnisverwaltungen. — Die Regierung ist über die Vorlage für die Rhein correction noch nicht so weit schüssig, um dieselbe schon im Laufe dieser Session einzubringen. Darnach wird man sich im Hause einzurichten haben, um mit den Beschläffen über die vorliegenden Petitionen, welche gegen die Verengung des Flussbettes protestiren, keine überreile Schritte zu thun. Seit 1863 haben beinahe dieselben Petenten für die Rhein correction geschwärmt, während sie jetzt, auf wissenschaftliche Forschungen gestützt, von ihren früheren Auffassungen zurückgekommen sind. — Morgen wird der Vorstand des Abgeordneten Hauses eine Sitzung abhalten, in welcher u. A. die Durchführung der Reform des Bibliothekwesens des Hauses einer ständigen Commission, wie im Reichstage übertragen werden soll. Bisher verwaltete das Schriftführeramt die Bibliothek. Im Reichstage führt der Abg. Rönne den Vorsitz in der betreffenden Commission, und man beabsichtigt, im Abgeordneten Hause den gelehrten Mann gleichfalls zum Vorsitzenden ernennen. — Der Abgeordnete Eugen Richter ist aus der Budgetcommission aus-

Neuntes Orchestervereins-Concert.

Ueber dem individuellen Kunstgeschmack des Dirigenten und Kritikers steht die Rücksicht auf die verschieden gearteten Ansprüche des Concert-Publikums und dieser vermochte das letzte Programm nicht nach jeder Richtung gerecht zu werden. Es giebt freilich Leute, denen eine Beethoven'sche Symphonie das tägliche Brot werden müßte, um sie endlich einmal aus Ueberzeugung genießbar zu finden, aber anderen hat sich Gott Lob dieser Himmel bereitwilliger erschlossen und deshalb halten sie es im eigenen Interesse für rathsam, die höchste Seligkeit maßvoller zu verkosten. Endlich sollte man der Erwägung Raum geben, daß aus der Zusammenstellung vereinzelter neuerer Producte mit einer überwiegenden Anzahl classischer Meisterwerke der nahe liegende und für die absolute Würdigung der ersteren geradezu gefährliche Vergleich hervorgerufen wird, denn Beethoven hat eben im doppelten Sinne „alle neun gemacht.“ Mit einem Wort, die Programme des Orchestervereins leiden bisweilen an einer Einseitigkeit, die dem Zwecke dieses Instituts zuwiderläuft.

Männer, wie Brahms, Volkmann, ja selbst Schumann werden nur ausnahmsweise zum Wort verhofft und dürfen auch dann nicht immer ihr Bestes sagen; dafür entschädigt nicht die pietätvolle Geschäftsordnung, die unseren anerkannt classischen Rednern selbst zu ihren unbedeutenden Auslassungen die Tribüne einräumt! Fortschrittler, wie Berlioz, Liszt, Wagner aber müssen sich ausschweigen. Sollte es in den Annalen unseres Orchestervereins als ewiges Warnungszeichen vermerkt stehen, daß, als unter dem Präsidium Damrosch diese Männer ihre kühnsten Reden hielten, einige Mißvergünstigte aus dem Centrum zischten?! Doch lassen wir diesen Vergleich fallen, er würde uns zur Verlautbarung unseres eigenen Glaubensbekenntnisses drängen, welches, wie oben erwähnt, hier eben so wenig in Frage kommen darf, wie das des musikalischen Leiters. Die eine unlegbare Thatsache, daß das Publikum des Orchestervereins sich in verschiedene Fractionen theilt, genügt, um eine gelegentliche Berücksichtigung ihrer bezüglichen Interessen und Anforderungen gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Die Concessionen, welche man den Verehrern der neueren Richtung in letzter Zeit machte, erschienen aber mühsam abgerungen, was auf ihren Theil fiel, waren homöopathische Dosen von zweifelhafter Wirkung. Liszt wurde nur in der Reverende vorgeführt. Wo blieb der symphonische Dichter? Hat der große Nibelung Wagner seine gewaltigen Orchesterstücke ausschließlich für Bayreuth bestimmt? Endlich würden es auch die minorum gentium, u. A. ein Bargiel, Lachner, Lasser, Raff, nicht übel vermehren, wenn ihnen ein Opfer mehr dargebracht würde. — Wir geben uns der Hoffnung hin, daß sich der energische Leiter des Instituts gegen diese offenen Worte, welche den Extract der Ansichten eines und zwar nicht des unmusikalischsten Theiles seines Publikums bilden, unmöglich verschließen kann.

Der Schwerpunkt des Interesses ruhte im letzten Concert auf den Leistungen unseres Concertmeisters Herrn Himmelfloß. Wir haben ihn nie schöner spielen hören. Unterstützt durch eine selten glückliche Wahl, Bruch's hier schon bekanntes aristokratisches Violinconcert und ein Spohr'sches Adagio von zartem, melodischem Aroma, gewährten seine technische Sicherheit, der Adel des Tones und die aus seinem Vortrage sprechende musikalische Verständnißpreise einen ungetrübten

Genuß, für den wir ihm herzlichsten Dank aussprechen. Möchte Herr Himmelfloß noch lange eine Zierde unserer Künstlerreihe bleiben! — Als wir die Novität des Abends, den Marsch der heil. drei Könige aus dem Oratorium „Christus“ von Liszt hörten, ging es uns so, wie bei der Nachricht, daß dieser Liebling und Verehrer des schönen Geschlechts die Weihen genommen habe. Wir konnten an Weibes nicht glauben. Liszt ist trotz seiner Weihen weltlich geblieben, wie diese geistliche Musik es ist. Nach dem Saitenspiele in H-moll des ersten, übrigens von Schubert'schem Geiste angehauchten Theiles würden allenfalls ungarische Eintrichter zur Sitzung schreiten. Im Uebrigen bliebe jedoch der Composition schon wegen der höchst effectreichen orchestralen Draperie ihre Wirkung gesichert, wenn sie, insbesondere das zuerst in Des-dur auftretende Motiv, sich nicht über Gebühr ausbreitete. In der modernen Literatur ist nun freilich die Auswahl schwieriger, als in der Fundgrube des Classicismus, wo es von Demant und Perlen blüht!

Berliner Briefe.

II.

Für wie gottlos man mich immer halten mag, so keckerisch bin ich doch nicht, das Gebot zu mißachten, welches von uns fordert — jedem Narren seine Kappe zu lassen. Habe ich mich doch daran gewöhnen müssen, ganz anderen Narren diese Kappe zu lassen, als dieser harmlosen, glücklichen, lustigen Menge des Berliner Straßenlebens, deren Schellengeklingel so kurz, so berechtigt, deren Genuß an der Narrheit vielleicht übermäßig aber immerhin gesund ist und die den tiefen Sinn dieser Narrheit eben in ihrer Weise in das Werktag'sleben des ganzen Jahres mit hinübernimmt, wenn die Schelle längst ausgeklingelt hat; dann und wann vielleicht ernster hinübernimmt, wie jener Theil der Gesellschaft, der seinen Fasching aus goldenem Becher leert und seine Klingel anstandslos zu einem distinguirten Adagio herabdampt.

— Vor mir liegt eine „Stimme der hiesigen Tagespresse“, die sich in dem salbungsvollsten Kanzeltone darüber ergeht, ob ein gesundes Polizeiregiment dergleichen „öffentliche Verkehrsstörungen“, wie sie in den Narren-Aufzügen dieser Tage gelegen, „überhaupt dulden dürfe“ und was eigentlich von einem solchen Regiment zu denken sei, wenn es sein Einschreiten selbst jetzt nicht nöthigen hielte, wo die Faschnacht vorüber sei und diese Störungen des öffentlichen, bürgerlichen Lebens noch immer anhielten. Es bezieht sich dies offenbar auf den, am vergangenen Sonnabend noch einmal in Scene gesetzten Carnevalsauzug und mag recht moralisch, im Uebrigen aber recht wenig dazu geeignet sein, irgend welchen Eindruck zu machen. Denn in diesem Punkt ist der Berliner komisch, und wenn der vorgestrichene Aufzug vielleicht die Valet-Narrtheit dieses Jahres gewesen sein sollte, so läge nunmehr Grund genug dafür vor, noch „einen drauf“ zu veranstalten, der jedenfalls und mit demselben Recht ebensowenig auf eine polizeiliche Opposition stoßen würde, wie die vorangegangenen.

Es lag unbestreitbar ein tiefer Sinn in dem Scherze, den sich der Kaiser auf dem Maskenballe im krongrätzlichen Palais mit Madai, seinem „Könige der Conspiration“ machte, indem er, durch irgend einen Zufall, vielleicht auch durch Erkundigungen, hinter die Maske des Polizeipräsidenten gekommen, mit der Meldung an ihn heran trat: „Alles in Ordnung, Excellenz, Berlin ist ruhig!“ und durch Adjutan-

ten mit der Maske des aufs Höchste überraschten Präsidenten vertraut gemacht, stürzten im nächsten Augenblick zwanzig, dreißig der buntesten Damen- und Herrenmasken mit der gleichen Meldung auf ihn zu, daß der arme Vater Berlins, der sich vor einer Erkennung so sicher geglaubt, fast sprachlos vor Ueberraschung war und ganz betreten an seinem Maskentrostüm herabblitzte, irgend einen Defect besüchtend, der ihn verrathen.

Es lag ein Sinn in diesem Scherz; Berlin war in dieser Faschnachtszeit von einer Ruhe und einem Anstand, der wohl einer Anerkennung werth ist. Und darum berührt eine solche vergrämte phylister-artige Aeußerung der Presse doppelt unangenehm und würde wohl auch gar nicht zu verstehen sein, wenn man nicht wüßte, aus welcher trüben Quelle sie geflossen und daß es sich hier um eine Tendenz handelt, die sich durch die gesunde Narrheit des betreffenden Faschingsaufzuges verlegt fühlte.

Ich, für meinen Theil, habe mich seit undenklicher Zeit nicht so amüsiert als vorgestern an der Brandenburger-Straßenecke wo ich dem Zuge begegnete, nachdem ich es das erste Mal versäumt, ihn mit anzusehen. Ein Fahnenträger, bekappte Herolde und ein Musikcorps eröffnete den Reigen. Zwei-, drei- und vierpännige Kaleschen mit bemalten und kostümirten Kutschern und Insassen folgten in unabsehbarer Reihe. Mitten unter diesen erregten einige Gruppen den lauesten Beifall des Publikums, vornehmlich die „Fraction Kullmann“. Vorn im Fond des Wagens schwierte Louise Lateau die blutigsten Wunder, daneben hielt Kullmann mit der mörderischen Bismarck-Pistole seine verdächtige Wacht, hinten thronten zwei depostidre Erzbischöfe mit dem Redacteur Majunk, welcher in einer großen Zeitung studirte. Die Equipage wurde von vier Pferden gezogen, von denen je zwei von einem Jesuiten geführt wurden. Dieser Gesellschaft folgte ein kneipendes Bierblatt, hoch auf dem Bock trug ein angemalter Mohr die Symbole der „Kneiperei“, einen den Kopf hängenden Kater, der wehmüthig nach seinem Schwanz blickte, an den man den fauren Häring und die reich verzierte Gurke gebunden. Dann zog wieder eine mit Jesuiten besetzte Reize Wagen an mir vorüber, deren Schellengekläut weidlich von dem Gelächter des Publikums begleitet wurde und ihr schloß sich die tollste Abwechselung in den närrischsten Gruppen und Darstellungen an, welche der Uebermuth einer Berliner Faschnachtslaune erinnern konnte. — Und diese köstliche Narrheit, diese Narrheit, die so unschätzbar ist in der Weisheit, die suchende Augen drin finden können, diese Carnevalslaune soll polizeilich untersucht werden, weil sie eine Störung des öffentlichen, bürgerlichen Lebens sei — o Ihr Narren, daß man auch Euch Eure Kappe lassen und Euch zu reden erlauben muß, ob man Euch auch nicht hört!

Es war charakteristisch für den Geist dieses faschingsdrunkenen Berliners, mit welcher Ruhe, welchem Anstand und welcher Verheerung er trotz dessen dem Wagen Ihrer Majestät der Kaiserin auswich, der vermuthlich durch ein Versehen der Schutzmansschaft sich plötzlich mitten in dem Gedränge befand, daß er sogar einen Augenblick stillstehen mußte. Alle Hüte und Kappen von den Köpfen, ein donnerndes Hoch aus den Reihen von Kullmann, den depostidren Bischöfen, den Jesuiten, Herrn Majunk und den begeisterten Zechbrüdern . . . und der Wagen rollte an der fröhlichen Menge vorüber . . . wie ich mich etwas später davon überzeugte, nach der Passage, wo die hohe Frau

getreten. Der Abgeordnete Dr. Seelig übernimmt das Mandat. — „Salings Börsenblatt“ ist mit 7500 Abonnenten eingegangen. Es gehörte zu denjenigen Unternehmungen der Gründerperiode, welche sich durch reichhaltige Inserate über Wasser hielten und mit dem Krach den Boden verloren.

△ Berlin, 16. Februar. [Der erste Tag der ersten Kirchen-Debatten] während der gegenwärtigen Landtagsession verlief ziemlich gleichmäßig, ohne daß, wie so oft früher, bald diese bald jene Seite des Hauses zu Ausbrüchen der Entrüstung provocirt wurde. Die weitläufige Rede hielt diesmal der fortschrittliche Abgeordnete Windthorst (Bielefeld), der frühere Vertreter des 3. Berliner Wahlkreises im deutschen Reichstage. Der Ton der Versöhnlichkeit, fast möchte ich sagen der herzlichen Menschenliebe, den er in seiner sachlich scharfen Widerlegung seines Vorredners Peter Reichenperger anflug, schien auch auf seinen Nachfolger, den clericalen Pfarrer Dauzenberg von Kaiserwerth Eindruck gemacht zu haben. Durch eine Aufforderung, das Bedürfnis für das Gesetz nachzuweisen, gab Dauzenberg dem Cultusminister die erwünschte Gelegenheit, durch Berichte des Staatscommissarius von Gnesen und eines zur Revision der dortigen Confinzialkassen deputirten Buchhalters nachzuweisen, daß die Verwaltung des Kirchenvermögens durch die Geistlichen nichts weniger als gut sei. Diese Data waren den Clericalen nicht angenehm; das ergaben die gezwungenen Scherze (man könnte wohl sagen recht schlechte Witze), mit denen ihnen später der Freiherr von Schorlemer-Alst zu begegnen suchte. Interessant und vielen Abgeordneten neu war Falts Mittheilung, daß der zur Berathung stehende Gesetzentwurf drei Jahr lang in Arbeit gewesen und vor Jahren durch die Ungeschicklichkeit eines Regierungspräsidenten einem Bischof zur Begutachtung vorgelegt worden ist. Der Minister hätte noch hinzufügen können, daß der Bischof nichts Giltiges that, als den Gesetzentwurf an die „Germania“ zu senden, die ihn sofort abdruckte. Die liberale Presse hat damals dieser Veröffentlichung wenig Beachtung geschenkt, und nur vereinzelte Stimmen (ich selber kann mich zu ihnen rechnen) haben schon zur Zeit der Maigesetze darauf hingewiesen, daß es nützlich sei, mindestens gleichzeitig, im Anschluß an den von der „Germania“ veröffentlichten Entwurf, oder noch besser an das Badische Gesetz betreffend die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 20. November 1861 dem Clerus die angemessenen Rechte über das Vermögen der Kirchengemeinden durch Gesetz zu entreißen. Schon jetzt könnte man aus den Reden der Centrumsmänner herausgehören, daß der Clerus gewiß durch die in Baden gemachten Erfahrungen, sich diesem Gesetz ganz gewiß unterwerfen wird; auch dann, wenn man, wie Windthorst (Bielefeld) verlangte und selbst Behrenspsennig billigte, dem Pfarrer den ihm zugesagten Vorzug im Kirchenvorstand nicht einräumt. Bekanntlich führte das Badische Gesetz, nach welchem der Bürgermeister, sofern er katholisch ist, stets Mitglied der mit Verwaltung des örtlichen Kirchenvermögens betrauten Stiftungscommission ist, zu dem Conflict in Constan, wo der Clerus in seinem Uebermuthe den Bürgermeister Strohmayer excommunicirte, in der irrigen Meinung, dadurch den unbequemen Mann aus der Stiftungscommission los zu werden. Die Badische Regierung nahm den Kampf auf, und speciell die Constanzer Geschiedten haben frühzeitig zur Aufklärung der katholischen Bevölkerung Oberadens beigetragen; heute ist der fast ganz katholische Seetkreis im Reichstage durch einen Altkatholiken (Roder von Meßkirch) vertreten und der Clerus kann es nicht hindern, daß dort die altkatholische Bewegung in stetigem schnellen Fortschritt begriffen ist, während sie anderwärts ziemlich zu stocken scheint. Die von Windthorst ausgesprochene Besorgnis, daß das, besonders von evangelischen Laien sehnlich erwartete Gesetz über Aufhebung des Patronats ganz zurückgelegt sei, wurde vom Cultusminister durch den Hinweis auf die Schwierigkeit der Arbeit widerlegt.

** Berlin, 16. Februar. [Der Gesetzentwurf, betreffend

die Anlegung von Straßen und Plätzen. — Das neue Seuchengesetz. — Internationale Gartenbau-Ausstellung.] In dem Gesetzentwurf, „betreffend die Anlegung und Bebauung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften“ ist unter Anderem auch eine Lösung der ungemein schwierigen Frage angeführt, in welcher Weise die Adiacenten zu Leistungen für eine durch ihre Grundstücke neu anzulegende Straße angehalten werden können. In den Motiven (Seite 14 und 15) wird unter Verwerfung der sonst versuchten Lösungen ausgeführt, daß die Frage in jeder einzelnen Stadt durch ein den Verhältnissen angepaßtes Ortsstatut geregelt werden soll und der Entwurf selbst enthält in § 12 eine entsprechende Bestimmung. Diese Art der Lösung der auch in Berlin seit mehr als 30 Jahren stets wiederkehrenden Zweifel erscheint aus dem ersten Blick als sehr günstig, steht aber mit einer im Jahre 1870 getroffenen Entscheidung des Ministeriums des Innern in Widerspruch. Denn dieses Ministerium hat damals ein von den städtischen Behörden Berlins ausgearbeitetes umfassendes Ortsstatut, welches alle einschlägigen Fragen für Berlin ordnen sollte, mit der Bemerkung verworfen, daß die ganze Materie sich zu einer Regelung durch Ortsstatute nach § 11 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 überhaupt nicht eigne. Man darf voraussetzen, daß die Commission, welche zur Berathung des Gesetzentwurfs vom Abgeordnetenhaus gewählt ist, diese anscheinende, zwischen den Ministern des Innern und des Handels bestehende Meinungsverschiedenheit über die Auslegung der Städteordnung in den Kreis der Erörterung ziehen und jedenfalls dafür sorgen wird, daß für die Folge an die Statthastigkeit der statistischen Regelung nicht wieder aufzutaucht. Es könnte dies durch eine einfache Erweiterung des angeführten § 11 geschehen. — Der Entwurf eines Seuchengesetzes, welches im Landwirtschaftlichen Ministerium ausgearbeitet worden, ist jetzt, nachdem es einer Commission von Thierärzten und sodann einer Commission des Land-Deconomie-Collegiums zur Begutachtung zugegangen, den landwirtschaftlichen Central-Vereinen vorgelegt worden. Die Gutachten derselben sind zum Theil bereits, wie ich erfahre, bei dem landwirtschaftlichen Ministerium eingelaufen, zum übrigen Theil werden dieselben in Kürze erwartet, so daß voraussichtlich dieser Gesetzentwurf noch in der gegenwärtigen Session dem Landtage zur Berathung zugehen wird. Das Hauptbestreben, welches sich in den Gutachten der landwirtschaftlichen Vereine äußert, bildet die Entschädigungsfrage für das auf obrigkeitliche Anordnung geübte Vieh, wie bei der Lungenpeste. Der Gesetzentwurf weist die Regelung dieser Frage nach dem Vorbilde der in Ostpreußen in geheimer Wirksamkeit bestehenden Verbände, den Provinzial-Verbänden, zu, da die Staatskasse hierfür kaum in Anspruch genommen werden kann. — Eine große internationale Gartenbau-Ausstellung wird unter dem Protectorate der Kaiserin und des Kronprinzen vom 25. August bis 26. September d. J. in Glin abgehalten werden. Die preussische Regierung wird bei der Ausstellung durch einen Commissar vertreten sein und die Verhandlungen wegen Ernennung von Commissaren seitens der auswärtigen Regierungen sind bereits von dem preussischen Ministerium für landwirtschaftliche Angelegenheiten eingeleitet worden. Die Ausstellung wird alle Pflanzen und Producte des Gartenbaues (mit Ausnahme von Weinreben und Trauben, welche mit Rücksicht auf eine mögliche Einschleppung der Reblaus ausgeschlossen sind), ferner Geräthe, Maschinen, Baulichkeiten, so wie alle sonstigen Gegenstände umfassen, welche für das Wesen und die Entwicklung des Gartenbaues von Einfluß sind. Von dem General-Comité für diese Ausstellung, welches sich unter dem Vorstehe des Generals der Infanterie, von Kummer und Freyern Ed. von Oppenheim, österreichischen General-Consuls gebildet hat, sind bereits mit den betreffenden Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsgesellschaften Verhandlungen angeknüpft worden, um für die zur Ausstellung gebrachten Gegenstände ermäßigte Frachttarife zu er-

halten; gleichzeitig sind auch Verhandlungen wegen Zoll-Erleichterungen angeknüpft worden.

[Eine Unterredung mit Bismarck.] Aus der Broschüre des Dänen Hansen, welche dieser Tage in Paris erschienen ist, haben wir alles Wesentliche bereits mitgetheilt. Folgenden Abschnitt, eine Unterredung mit Bismarck betreffend, wollen wir hier noch wörtlich wiedergeben:

Ich traf den 12. September 1864 zu Biarritz ein und schiedte unmittelbar darauf ein Besuch um eine Unterredung an den ersten Minister König Wilhelms. Den anderen Tag Morgens erhielt ich Nachricht, daß Herr v. Bismarck bereit sei, mich um 1 Uhr desselben Tages zu empfangen. Der preuss. Minister hatte die Barterwohnung des famosen rothen Hauses inne, das heute von historischer Bedeutung ist, an dem Strande des Golfs von Biscaya gelegen. Als ich in sein Arbeitscabinet eintrat, war er nicht allein; er plauderte mit einer Persönlichkeit von distinguirtem Aeußern und einnehmender Physiognomie, die sich mit den Worten zurückzog, er werde die Herren allein lassen. Ich erfuhr später, daß es Prinz Drloff war, damals Gesandter auslands zu Brüssel. Herr v. Bismarck stand vor einem großen Tisch, der mit Karten und Büchern bedeckt war und spielte mit einem cantrabischen Messer, dessen Anblick mich lächeln machte. Diese Waffe war übrigens nur eines von jenen Messern, die jeder Besucher von Biarritz bei den spanischen Händlern kauft, die das Land durchziehen. Herr von Bismarck begann die Unterredung: „Sie sind, mein Herr, sehr hart gegen uns Preußen in der französischen Presse und greifen uns sehr lebhaft an.“ „Das ist vollkommen wahr, erwiderte ich, ich habe alle meine Anstrengungen darauf gerichtet, ihnen die Lage in Frankreich so unangenehm, wie möglich, zu machen.“ „Wohl, erwiderte er, das kann uns nur lehren, daß Sie Däne sind. Aber welches ist der Zweck ihres Besuchs?“ Ich erklärte ihm darauf mein Verlangen, aus seinem Munde zu erfahren, ob er die gegenwärtige Lage in Schleswig-Holstein als endgültig betrachte, oder ob er aus Gründen der Billigkeit und in der Absicht, die Wege zu besseren Beziehungen zwischen Dänemark und Deutschland zu öffnen, nicht geneigt sei dem ersten den dänischen Theil Schleswigs zurück zu cediren. Schließlich ließ ich durchblicken, daß die großen Mächte Preußen für einen solchen Ausweg dankbar sein würden und daß namentlich Frankreich, dessen Politik auf das Prinzip der Nationalität gegründet sei, dies mit Vergnügen sehen würde. Die Antwort Bismarcks lautete: „Ich habe von Anfang an die Bewegung der Schleswig-Holsteiner nicht mit Wohlgefallen betrachtet, nicht mehr, als die Untreue der Kieler Professoren, welche die Herzogthümer Dänemark entreißen wollten. Auf der Londoner Konferenz war Preußen einer Theilung von Schleswig geneigt. Die militärische Linie der Schlei oder des Danewirk hätte uns als Grenze genügt. Eine gewisse Anzahl von Deutschen nördlich dieser Linie würde auf diese Art für Deutschland verloren gewesen sein. Aber selbst dann hätte mich — was mich anbelangt — die Linie von Flensburg nach Londern befriedigt. Die Haltung Dänemarks auf der Konferenz hat eine Theilung sehr schwierig gemacht, und die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten jede solche Combination außer Frage gestellt. Heute, gegenüber den Gefühlen der Bevölkerung Deutschlands und des König Wilhelms ist es nicht möglich, die Friedensbedingungen zu ändern. Der König von Preußen betrachtet das Erbrecht des Prinzen von Augustenburg als begründet und erklärt in Folge davon, daß der Prinz ein Recht auf ganz Schleswig hat, wenn er ein Recht auf eine einzelne Parzelle besitzt. In anderer Weise nach dem Gedanken des Königs hätte er kein Recht, dem König Christian IX. seine Besitzungen zu entreißen. Der König von Preußen, seine ganze Familie sieht für den Prinzen von Augustenburg sehr gut disponirt. Was mich betrifft, so habe ich Zweifel über sein Recht, glaube mindestens, daß die Sache sich in die Länge ziehen wird. Wenn ich die Wahl zwischen den zwei Alternativen hätte, entweder die Herzogthümer bis Flensburg Preußen einzuverleiben, oder dem Herzog von Augustenburg ganz Schleswig und Holstein zu geben, so würde ich, ohne zu zögern, die erstere acceptiren. Ich glaube, daß weder Frankreich noch Rußland sich einem Arrangement widersetzen würden, welches die Herzogthümer Preußen ließe, und Desterreich würde deshalb wohl nicht Krieg anfangen. Aber es giebt noch ein erstes Hindernis, das ist der König Wilhelm. Er glaubt, daß ein Anderer der Berechtigten sein könne und ich kann nicht königlich sein als der König. Nichtsdestoweniger erkenne ich an, daß es in Schleswig mehr wie 100,000 Dänen giebt, die in Zukunft sehr stark sein würden, und daß es schwierig werden wird, das gute Verhältniß zwischen Deutschland und Dänemark zu erhalten, so lange diese Dänen von ihren Landsleuten getrennt sind. Ich würde es nicht als ein großes Unglück betrachten, wenn Nordschleswig in einem gegebenen Augenblicke von Deutschland getrennt würde.“ Ich antwortete ihm, daß unter den obwaltenden Umständen sich in dem, was er mir gesagt habe, Stützpunkte für die Politik fänden, welche ich mir in Zukunft zu verteidigen vornähme, und ich drückte die Hoffnung aus, die Regierung meines Landes und die von Preußen in

die Geflügel-Ausstellung Cypria besuchte, welche sie leider bereits wieder verließ, als ich hinam, um einen Ueberblick für die „Breslauer Zeitung“ einzuheimsen, so daß ich nur noch das Spalier sah, das die Menge vor dem Ausgange der Passage bildete, und an dem huldvollen Grusse mit theilnehmen konnte, den die Kaiserin zu den Wagensternern hinausandte.

Ich weiß nicht, ob Sie bereits einen Bericht über die Cypria gebracht haben, die dritte allgemeine Geflügelausstellung, die am 5. d. M. in dem glänzenden Hauptsale der Kaisergalerie eröffnet wurde, und Liebhabern ihren Genres in der That einen seltenen Genuß zu gewähren in der Lage ist. Das ebenso prächtige als räumlich enorme Local eignet sich von vornherein schon ganz besonders für die ungemein reich besetzte Ausstellung. Bei dem Eintritt in den hochgevoibten Hauptsaal der Passage fiel mein Blick zuerst auf eine mit einer Art grünen Vorquers umfriedigte Collection der seltensten Tauben, welche die Frau Prinzessin Karl, die Protectorin des Vereins der Geflügel-Freunde Berlin, zur Ausstellung sandte. Da fand ich riesige Herzkörper, welche sich mächtig ausblähen, neben der ziegelrothen Indianertaube und den buchartigen Trommeltauben, hier hängen die egyptischen Tauben derselben Sammlung, so zart wie die Liebesboten der Venus Cypria. Dann kommen die geschuppten Gistauben eines Herrn Marten aus Linden-Hannover, sowie die Porcellantauben des hiesigen Geflügel-Freundes Herrn Köhne, die cyprischen Tauben, unter denen ein Paar mit rothfarbenen Brillen und blauegrünen Hals manchen Taubenliebhaber in die fanatischste Begeisterung hineingetrieben haben. Unter den Brieftauben haben John Bayly, der bekannte englische Taubenzüchter, und G. Barnewitz von hier eine Reihe schlankgebauter und werthvoller Exemplare eingesandt, für welche Preise in der Höhe von 100—150 Mark angesetzt sind. Ihnen schließen sich die reichhaltigsten Gruppen von Perücken- und Pfautauben, die entzückendsten Collectionen aus dem Reiche der Wildtaube an und noch lange, lange, wenn der Besucher schon weit vorüber ist an den Hühnerkäfigen, welche nicht weniger als gerade dreihundert fröhliche Hühne aufzuweisen vermögen, hört er das schelmische Richern der Lachtauben sich begleiten, bis er sich endlich in den kleinen Seitensälen vor den hier placirten Sängern des Waldes und den Schmuckvögeln der Salons befindet.

Zufällig war ich Zeuge von verschiedenen Ankäufen, die hier gemacht wurden. Einige ausländische Händler ventilirten den Preis eines kleinen, zärtlichen Infa-Rafadu-Paares, der auf 900 Mark normirt war und der Prinz Friedrich Karl ließ für den kleinen Prinzen Leopold den Saarmaz ankaufen, welcher den Dessauer Marsch flötet. Ein ohrbetäubendes Zwitschern, Flöten und Trillern tönt uns entgegen, wenn wir zwischen diesen hundert lustigen Vogelbauer der Kanarienvogel und Finken, der Staare und Kardinals, dem bunten Flor von Papageien stehen, unter denen wir die routinirtesten Sprechkünstler bewundern können. Hier schwabrontet ein Dompfaff das Blaue vom Himmel und das fröhliche übermüthige Volk der Finken durchflattert in ganzen Schwärmen die Käfige. Als Kanarienzüchter machen sich vorzugsweise die Namen Ebeling in Mersburg und Panger in Berlin den Rang streitig, — ihnen gehören jene wunderbaren Schläger an, die den süßen, gedämpften Klagen haben, wie er früher nur den geblendeten Nachthallen eigen war. Man ist heute

etwas weniger grausam gegen die gelben Sänger, aber nicht viel. Um diesen schmelzenden und wehmüthigen Klang zu erzielen, sperren viele Züchter die armen Schläger in einen vollkommenen finsternen Kästen ein, und so gleicht der arme kleine Sänger wohl in etwas dem Menschen, der auch die rührendsten Elegien im Kerker dichtete.

Dieser Geflügel-Ausstellung, die nächsten ihr Ende erreicht haben wird, wird sich schon mit dem Ende der laufenden Woche die alljährliche große Blumenausstellung anschließen, die seit längerer Zeit bereits in den Räumen der Reithahn des Kriegsministeriums vorbereitet wird. Jetzt beginnt überhaupt die Zeit der Ausstellungen. Es ist kaum glaublich, was man hier Alles ausstellt, wenn man erst so recht auf den Geschmack gekommen ist. Das fängt mit eminenten Fortschritten der Industrie, mit neuen Erfindungen und weltstädtischen Einrichtungen an und endigt mit dressirten Flöhen und einer Mißgeburt-Galerie. Der Berliner hat trotz aller Blätheit im Grunde etwas fürchtbar Neugieriges. Ob das nun immer Wißbegierde ist oder nicht, noch öfter das zwingende Bedürfnis, irgend ein paar schlechte Witze loszuwerden, möchte ich dahingestellt sein lassen — item er muß Alles sehen, was zu sehen ist, und Alles ausstellen, was irgend angesehen werden kann. Sie sollten es nur mit angesehen haben, wie man den kleinen Alfonso, der so ritterlich und vertrauensvoll im Glasfenster von Casans Panoptikum steht, in den ersten Tagen belagerte, und wie jeder kleine Straßenbube, der sich mit seinen spitzen Ellenbogen bis „dichte vor das kleine Männchen“ drängte, sich veranlaßt sah, seinen Wis vor die Füße Sr. jugendlichen Majestät niederzulegen.

Ein ganz kleiner Bursche, der eigentlich so aussah, als wenn er sich selbst darüber wundere, noch nicht getreten worden zu sein und dessen kleine Stupnase trotz allem Reden nicht über die rothe Schwärze Don Alfonso's hinweggehen konnte, sagte nach Maßgabe seiner geringen Kräfte wenigstens — „na die Beene kenn ich doch!“ —

Ich habe überhaupt, trotz all der internationalen Verrufenheit, in der er steht, eine gewisse Schwäche für den kleinen Berliner Gassenjungen. Es steckt meiner Meinung nach, so viel gesunde Natürlichkeit, so viel philosophische Weltweisheit und ein so räthselhaftes Gemisch von Gutmüthigkeit und raffinirter Bosheit in ihm, daß ich ihn immer auffasse als eine Studie. Ich habe eine unglückliche Vorliebe zur Cultivierung von Originalität bei der Menschennatur, selbst wenn sie von einem tadelnswürdigen Charakter begleitet ist, und wenn ein solcher kleiner Gassenjunge sich an den Baum lehnt, der meinem Fenster gegenüber steht, bin ich zuweilen schwer von meinem Beobachtungsposten wegzubringen. Diese Jungen tragen in der Regel ihre Mäße mit der falschen Seite nach vorn, offenbar zu keinem anderen Zwecke als demjenigen, dem erstaunten Publikum noch mehr von dem sehr schmutzigen Gesichte zu zeigen, als gerade absolut notwendig ist. Eine Eigenthümlichkeit ihres Genres ist die aufgestülpte Nase, eine Charakteristik, die ich im Laufe meines Lebens bei allen öffentlichen Personen zu bemerken Gelegenheit hatte, so daß ich zuweilen schon nahe daran war zu behaupten, daß es keine Dessenlichkeit ohne diese Gesichtseigenthümlichkeit giebt. Was ihre Erscheinung bei diesen Jungen anbelangt, so bin ich zu dem Glauben geneigt, daß es mehr das Ergebnis früh entwickelten Wissenstriebs, heimlichen Andrückens gegen Fensterscheiben, des Guckens über Zäune oder der Gewohnheit, häufig in große Äpfel zu beißen, als ein Zeichen von Spot

und dem Naserümpfen ist, worauf sie sich bei anderen öffentlichen Personen in der Regel zurückführen läßt.

Der kleine Berliner Gassenjunge besitzt eine unbeschreibliche Vorliebe für Familiarität; der Umstand, daß ich einen von ihnen, die ständige Ranke, die sich um den Baum vor meinem Fenster schlingt, zu meinen unprofitablen Freunden zähle, hat mich wehrfach zu der Ueberzeugung von dieser Eigenschaft geführt. Wie alle seiner Sorte heißt er August, nennt sich wenigstens so, und die Art, auf die er zuerst meine Aufmerksamkeit auf sich zog, war rein zufällig. Er spielte auf der Straße, und der Kutscher einer vorüberfahrenden Droschke gab ihm im Scherz eins mit seiner Peitsche. August erhob sich auf seine kleinen nackten Füße und schleuderte seinem Beleidiger einen einzigen Satz unzweideutiger Meinungsäußerung nach. Ich unterlasse es ihn zu wiederholen; denn ich fühle, daß ich ihm hier nicht gerecht werden könnte. Erwinnere ich mich recht, so enthielt er in sehr wenigen Worten eine Betrachtung über die Rechtmäßigkeit der Geburt des Kutschers, deutete einen Verdacht in Betreff der Rechtfertigung seines Vaters an, bestritt den guten Ruf seiner Mutter, ließ merken, daß er zu seiner gegenwärtigen Stelle nicht befugt sei, daß er persönlich nicht reichlich sei, und verrieth schwere Zweifel, daß er dereinst in den Himmel kommen werde.

Als seine jugendlichen Lippen sich über der letzten Silbe schlossen, begegneten die Augen des Jungen den meinen. Etwas in meinem Blick ermutigte ihn, mir zuzublinzeln. Ich wies die Handlung nicht zurück und ebenso wenig die Mißthuld, die sie einschloß. Von diesem Augenblick an befand ich mich in der Gewalt dieses kleinen Berliner Straßenjungen und er hat mich seitdem nicht wieder losgelassen.

Er verfolgt mich auf Wegen und Stegen. Er findet ein ganz besonderes Gefallen daran, mich anzureden, wenn ich in Gesellschaft von Damen bin; er treibt sich an meiner Hausthür herum, um mir aufzulauern, wenn ich meinem Berufe nachgehe. Die Entfernungen überwindet er durch eine kräftige Lunge, und so leicht er mir von der nächsten Straße noch etwas nach. Neulich Abends traf er mich vor dem Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater und verlangte mit der Miene eines jungen Straßenräubers ein Billet. Ich überlegte, daß Mamiell Angot möglicherweise seine Originalität noch mehr entwickeln könnte und gab's ihm thöriderweise; als ich einige Minuten später eintrat und mich beglücklich ins Parquet setzte, traf mich's wie ein Blitz, als ich meinen Namen von der Gallerie mit einem späßhaften Beiworte rufen hörte. Es war mein befreundeter Straßenjunge. Während der Vorstellung schleuderte er fortwieberförmig zusammengebrochene Theaterzettel in meiner Richtung und überließ sich einem fortwährenden Commentar über die Eintretenden oder die Aufführung selbst.

Dann und wann schien er nicht übel Lust zu haben, einen Gassenhauer zu pfeifen, und endlich schien er den Umstehenden ein Gegenstand, der berechtigt wäre, eine kräftigere Behandlung zu beanspruchen als bloße Pässe und Knusse, denn nach einem lauten Geräusch auf der Gallerie war er plötzlich verschwunden, um am nächsten Morgen wieder meinem Fenster gegenüberzustehen, außer dem Schmutz seines liebten, altbekannten Antlitzes noch räthselhafte Runen aufweisend, die unweifelhaft mit der mächtigen Beule in irgend einem räthselhaften Zusammenhange standen, die seine kleine aufgestülpte Nase förmlich in sich begrub.

einer nicht allzu weit entfernten Zeit zu einer Verständigung kommen zu sehen. Darüber verließ ich den preussischen Minister sehr zufrieden mit der Zukunft.

Wosien, 16. Februar. [Unter der Ueberschrift: „Wie man in den Schaffstall kommt“,] veröffentlicht die „Germania“ einen Brief des Pfarrers Rik an die Pfarrgemeinde Käbme, zwei Briefe desselben an den Decan Hebanowski in Neustadt b. P. und einen Brief des Letzteren an Herrn Rik. In ersterem zeigt der Pfarrer Rik der Gemeinde an, daß ihm die Probstei vom Patrone rito übertragen worden ist, und bittet sie, ihm nicht mit Mißtrauen entgegen zu kommen, sondern erst einige Wochen oder Monate Geduld zu haben, während welcher Zeit sie sich überzeugen wird, daß er die Pflichten eines geistlichen Seelenhirten nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt. Für den Fall, daß es zu irgend einem Scandal kommen sollte, weist Probst Rik jede Verantwortlichkeit von sich, da er legal in den Besitz der Probstei gelangt ist. In den beiden Briefen an Decan Hebanowski setzt Herr Probst Rik auseinander, daß er sich um die Probstei in Käbme nicht beworben hat, sondern daß sie ihm vom rechtmäßigen Patrone (Fiskus) angeboten und vom Oberpräsidenten gesetzlich verliehen worden ist. Wir erfahren auch aus den beiden Schreiben, daß Herr Rik beim Fürstbischöfe um seine Entlassung aus der Breslauer Diocese nachgesucht und von diesem das Versprechen erhalten hat, daß er die nachgesuchte Entlassung erhalten werde, wenn die Gemeinde Käbme und das Kirchencollegium ihn „mit Liebe und Freude aufnehmen“ wird. Ueberdies versichert auch Herr Rik auf Ehrenwort: „daß, sobald auch in Posen wieder eine staatlich anerkannte bischöfliche Behörde ins Leben tritt, er unverzüglich alle jetzt vielleicht nicht im vollen Umfange beizubringenden Requisite zu beschaffen sich beeifigen werde.“ Auch in diesen beiden Briefen weist Probst Rik jegliche Verantwortlichkeit für etwaige „kirchliche Mergernisse“ von sich. Als Antwort auf seine, in wahrhaft christlichen und priesterlichen Geistes abgefaßten Briefe erhielt er vom Decan Hebanowski folgende Antwort: „Sw. Hochwürden erwidere ich auf das Schreiben vom 24. d. M. hiermit ergebenst, daß es nicht meine Sache ist, für die Beseitigung der Ihrer Uebersiedelung nach Käbme entgegenstehenden Hindernisse Sorge zu tragen. Es ist vielmehr Ihre Pflicht und Schuldigkeit, sich die Aufnahme in unsere Erzdiocese und die canonische Institution zu verschaffen und mir die Beweise hierfür vorzulegen, wodurch ich Sie erst — aber nicht früher — auf die Pfarre in Käbme einführen kann. Neustadt b. P., 26. Januar 1875. Hebanowski. An den Caplan und Religionslehrer Herrn Rik, Hochwürden in Zarnowik.“ (S. 3.)

Kiel, 15. Februar. [Dr. Theodor Griebel], der Redacteur der „Schleswig-Holsteinischen Landes-Zeitung“, der unermüdete Führer der Landespartei, ist heute Morgen an einer Lungenentzündung gestorben. Einem Nachruf der „Kieler Zeitung“ entnehmen wir: Er hatte sich eine Aufgabe gestellt, an der auch die Niesenkraft des stärksten Geistes hätte zerschellen müssen: die Wiedererlangung der inneren Selbstständigkeit Schleswig-Holsteins. Er schuf die Landespartei, deren Leiter und hervorragendste Kraft er war, doch gelang es ihm nicht, einen Sitz im Reichstage zu gewinnen, wie denn auch die Wahlen von 1873 seiner Partei eine vollkommene Niederlage brachten. Im September vorigen Jahres übernahm er von dem Grafen Eduard Baudissin das „Schleswig-Holsteinische Wochenblatt“, welches er vom 1. October an täglich erscheinen ließ. Seine Tendenz verfolgte er in einer bisweilen meisterhaften Weise, es unterliegt keinem Zweifel, daß mit Griebel einer der talentvollsten schleswig-holsteinischen Journalisten zu Grabe geht. Griebel's Fehler war, daß er seine engere Heimath zu sehr liebte und sich dabei zu einer gewissen Einseitigkeit herausgebildet hatte. Mitten im ruhelosen Kampfe ist er verschieden, ein junger Mann im Anfange der Dreißiger, die Hoffnung und der Stolz seiner Freunde, der echte Sohn des meerumsplühten Schleswig-Holsteins.

Wesel, 15. Februar. [Besuch.] Gestern stattete der „Elsber. Ztg.“ zufolge, der Bischof von Münster dem vormaligen Bischof von Paderborn auf hiesiger Citadelle einen kurzen Besuch ab. Er langte gegen Mittag hier an und reiste gegen Abend wieder ab.

Delitzsch, 15. Februar. [Ueber die Verlesung von Hirtenbriefen] geht der „N. A. Ztg.“ nachstehende interessante Mittheilung zu: Der hiesige katholische Pfarrer Bäßler hatte sich in öffentlicher Sitzung des hiesigen königlichen Kreisgerichts wegen Verlesung des bekannten Hirtenbriefes des Bischofs von Paderborn zu verantworten. Derselbe war — wie allgemein bekannt — im amtlichen Kirchenblatt von Paderborn am 20. März v. J. erschienen und enthielt am Schlusse den Befehl, daß derselbe am folgenden Sonntage von allen Ranzeln der Diocese verlesen werden sollte. Dieser Sonntag fiel auf den 22. März, also auf den Geburtstag Sr. Majestät des Königs. Der Bischof hatte hiernach die Absicht, die Angriffe, die ihm selbst ein Paar Monate Festungshaft eingebracht hatten, den treuen Unterthanen, die nach alter Sitte sich in der Kirche versammeln würden, um den Allmächtigen für das Wohl des Königs anzuflehen, an diesem Weisepage von heiliger Stelle bekannt zu machen. Der Pfarrer Bäßler bestritt die Verlesung des Hirtenbriefes und machte auf die Vorhaltungen, daß er nach seiner eigenen Aussage dem Befehle seines Bischofs nicht nachgekommen sei, folgende allgemein zu beachtenden Angaben: Er verlese sehr häufig Hirtenbriefe nicht, wenn dieselben den Zweck vereiteln könnten, welche der Hirtenbrief beabsichtige. Im vorliegenden Falle habe es sich um Gewinn von Peterspfennigen gehandelt. Er habe darum nur die Stellen des Briefes verlesen, die sich über die Peterspfennige ausgelassen hätten. Wären die etwaigen Angriffe gegen den König und seine Minister bekannt geworden, so hätte bei dem vorliegenden Hirtenbriefe der Zufluß der Peterspfennige wahrscheinlich nachgelassen. Es folgt hieraus die Thatsache, daß die katholische Geistlichkeit bereits beginnt, das Vorgehen der Herren Bischöfe einer Kritik zu unterziehen und den unbedingten blinden Gehorham aufzugeben. Es folgt hieraus ferner die Wahrnehmung, daß auch die katholischen Gemeinden sich von den Fesseln zu befreien anfangen, welche der fanatische Clerus um sie schlagen will, und daß ihnen denn doch die Person unseres geliebten Königs höher steht, als der angeblich auf Stroh gebettete gefangene heilige Vater. Diese Thatsachen möchten für die Centrumspartei ebenfalls nicht ohne Interesse sein.

Mittenberg, 15. Februar. [Don Alphonse], Bruder des Don Carlos, und seine Gemahlin Donna Maria befinden sich seit längerer Zeit in Kleinbeubach bei dem Fürsten von Löwenstein.

Waldeck, 14. Febr. [Nach dem Accessionsvertrage mit dem Fürsten von Waldeck] vom 18. Juli 1867, welcher seit 1868 in Kraft ist, hat Preußen im Allgemeinen die Regierung des Landes übernommen, während dem Fürsten gewisse Hoheits- und Ehrenrechte vorbehalten sind, sowie auch der alleinige Genuß der Einkünfte der Landesdomänen. Preußen bezieht die Steuern und hat die Verpflichtung, zur Bestreitung der Landesverwaltungsstellen jährlich 58,665 Thaler aus eigenen Mitteln zuzuschließen. Allein dieser Zuschuß und die Steuern reichen nicht aus. Es entstand sofort ein großes Deficit, welches mit der Kriegescontributionsquote gedeckt worden zu sein scheint, jetzt aber von Neuem auftaucht und nicht nur permanent zu werden, sondern auch jährlich zu wachsen droht. Da nun weder der Fürst von Waldeck noch auch seine Unterthanen irgend etwas zur

Deckung dieses Deficits beitragen wollen, so hat die preussische Regierung in dem diesjährigen Budget den „Zuschuß zu den Verwaltungs- ausgaben der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont“ von 58,000 Thlr. auf 80,000 Thlr. erhöht. Das Abgeordnetenhaus ist jedoch, wie die „Tribüne“ meint, nicht sonderlich geneigt, diese Erhöhung zu verwilligen. Es handelt sich hier um den ersten Schritt vom Wege, welcher verhängnisvoll werden kann. Denn, wenn einmal das Princip anerkannt ist, daß die preussischen Steuerzahler verpflichtet sind, die Bedürfnisse der genannten beiden Fürstenthümer zu bestreiten, so liegt kein Grund mehr vor, warum nicht diese Bedürfnisse von Jahr zu Jahr steigen sollten. Es tritt daher die Frage an den Landtag heran, ob nicht das Vergnügen, diese beiden Fürstenthümer, welche zusammen 20 Quadratmeilen groß sind und 50,000 Einwohner zählen, durch einen preussischen Land- oder Regierungsrath verwalten zu lassen, etwas zu theuer erkauft ist, und ob es nicht gerathen wäre, den Vertrag von 1867 — einen Löwenvertrag, bei welchem jedoch die Rolle des Löwen keineswegs Preußen zugefallen ist — zu kündigen. Die Kündigung muß, wenn nicht der Vertrag stillschweigend auf weitere zehn Jahre erneuert werden soll, bis Ende 1875 erfolgen.

Aus der Pfalz, 15. Februar. [Ueber Bischof Haneberg] schreibt man der „N. A. Ztg.“: Dem Professor Dr. J. Friedrich in München verdanken wir die interessante Mittheilung, daß vor Zeiten Papst Pius IX. über Dr. von Haneberg mißmuthig geäußert habe: er werde nie Bischof werden. (Vergl. seine bei der Eröffnung der katholisch-theologischen Facultät zu Bern gehaltene Rede S. 17.) Einen ihm selbst angenehmeren Irrthum hat sich der „Unfehlbare“ noch schwerlich zu Schulden kommen lassen als diesen. Wenn einer sich zu einem Bischofsamt im Sinne der vaticanischen Beisprüche qualifizirt, so ist es der gelehrte, milde, keuselige Dr. von Haneberg. Sein so eben erscheinender Fasten-Hirtenbrief behandelt den „Absall vom Glauben“ ganz im Geiste der päpstlichen Unfehlbarkeit und ignorirt mit einer Strenge alle die durch dieses Dogma verursachten Kämpfe, die man bei einem wissenschaftlich so hochstehenden Manne nicht glauben zu dürfen.

Strasburg, 16. Februar. [Die Hirtenbriefe der Bischöfe von Strasburg und Metz.] Am vergangenen Sonntage haben sämtliche katholische Pfarrer der Diocese Metz von der Kanzel herab den anordnenden Theil des Hirtenbriefes des Bischofs verlesen, indem sie ihren Pfarrkindern anzeigten, es wäre ihnen unmöglich, den Text dieses Briefes mitzutheilen, wie vorgeschrieben sei, da derselbe von der Behörde beim Buchdrucker in Beschlag genommen worden. — Dergleichen haben die Herren Pfarrer der Diocese Strasburg nur den anordnenden Theil (der die Regeln über die Fastenzeit und das Jubiläum enthält) des Hirtenbriefes des Bischofs Ritz verlesen.

De sterreich.

Wien, 15. Febr. [Abgeordnetenhaus.] Das Abgeordnetenhaus bewilligte heute ohne Widerspruch und fast ohne Debatte die Eröffnung von Specialcrediten zu Zwecken des Eisenbahnbaues. Noch mehr: Während der Budgetauschuss das Bestreben verfolgte, die Höhe des Credits, der von der Regierung verlangt wurde, ein wenig zu ermäßigen, entschloß sich das Haus dazu, dem Begehren der Regierung vollständige Folge zu leisten. Damit der heutige Beschluß nicht mißverstanden werde, bemerken wir, daß es sich keineswegs darum handelte, Credits für neue Eisenbahnbauten zu gewähren. Die Regierung hat für die Kosten, die bei vier Eisenbahnen, die für Rechnung des Staates gebaut werden, im Laufe der Jahre erwachsen werden, im Finanzgesetze des Jahres 1875 keine Vorstufe getroffen. Sie hat es vorgezogen, einen engeren Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen, damit die Erfordernisse für den Bau der erwähnten Eisenbahnen bedeckt werden, Specialcredite bewilligt werden. Die Regierungsvorlage bestimmte die Höhe dieser Credits auf 19,550,000 fl., der Budgetauschuss beantragte, es solle die Creditsumme auf 18 Millionen Gulden festgesetzt werden, und das Haus erlosb die Vorlage nach dem Antrage der Regierung zum Beschluß.

Eine längere Debatte entpinn sich bei der zweiten Lesung des Antrages des Abgeordneten Dr. Nagel, durch welche die Begünstigung in der Wehrpflicht, deren sich die Candidaten des geistlichen Standes erfreuen, erheblich vergrößert, und überdies eine neue Begünstigung der einzigen Söhne von Grundbesitzern eingeführt werden sollte. Zwei geistliche Mitglieder des Hauses, die ehrwürdigen Herren Weber und Pfäfl, predigten vergeblich zu Gunsten dieses Antrages, der ihnen besonders in seiner ersterwähnten Hälfte willkommen war. Einer der Herren brachte den selbst am klingenden Grund vor, die Heranziehung solcher Jünglinge, die sich dem geistlichen Stande widmen wollen, sei deshalb befallenswerth, weil dieselben hierdurch die passende Zeit zur Ablegung der Gelübde versäumen können. Der Berichterstatter, Baron Hammer, erwiderte hierauf sehr richtig, es gebe Gelübde, die wohl zu frühe, nimmermehr aber zu spät abgelegt werden können, und daß schon Mander der überreifen Ablegung eines Gelübdes ein verheißtes Leben zuschreiben müßte. Die Anträge des Abgeordneten Dr. Nagel wurden hierauf trotz der Anrufung des Reichstheilsgebüdes abgelehnt.

Im Beginne der Sitzung beantragten der Minister des Innern, der Cultusminister und der Minister für Landesverteidigung einige Interpellationen. Besonders beachtenswerth ist die Antwort, die Minister Dr. Streimayer dem Abgeordneten Dr. Prommer und Genossen in Betreff der Besetzung der erledigten Domherrenstellen an dem Münchener Domcapitel erteilt hat. Eine Stiftungsurkunde, welche den Adel als Erforderniß für diese Stellen aufweise, sei nicht nachweisbar, und da auch eine zweihundertjährige Oberherrschaft nicht für den Bestand dieses Erfordernisses spreche, müsse die Regierung verlangen, daß bei der Ausübung dieser Stellen von der Forderung der adeligen Geburt Umgang genommen werde.

Wien, 16. Februar. [Prozeß Djenheim.] Zu Beginn der heutigen Sitzung werden die Fragen an die Geschworenen verlesen. Sie lauten: Erste Frage (Hauptfrage). Ist der Angeklagte Victor Ritter Djenheim v. Ponteurin schuldig, durch die listige Handlung, daß er in den Artikel 17 des zwischen der Lemberg-Gzernowitzer Railway-Company limited in London einerseits und dem Bauunternehmer Thomas Brassey andererseits über den Bau der Eisenbahnlinie Lemberg-Gzernowitz geschlossenen Vertrages vom 12. März 1864 die Bestimmung einer scheinbaren à Conto-Zahlung von 190,000 Pfd. Sterling aufnahm, unter Verheimlichung des wahren Sachverhaltes den Verwaltungsrath und die Actionäre der „Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft“ in Irrthum geführt oder doch deren Irrthum oder Unwissenheit benützt zu haben, um dem Johann Herz v. Rodenau einen über die demselben für das Vorzugsrecht zum Baue der Eisenbahn von Lemberg nach Gzernowitz zulebende Entschädigungs-Forderung in der Maximalhöhe von 120,000 fl. hinausgehenden Betrag von 170,000 fl. zuzuwenden, wodurch die Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft einen Schaden von mindestens 170,000 fl. und der durch seine Garantieleistung mitinteressirte österreichische Staat einen solchen von mehr als 300 fl. erleiden sollten und auch erlitten haben?

Zweite Frage (Hauptfrage). Ist der Angeklagte schuldig, durch die in der ersten Frage bezeichnete listige Handlung den Verwaltungsrath und die Actionäre der Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft in Irrthum geführt oder doch deren Irrthum und Unwissenheit benützt zu haben, um eine bezüglich der Linie Galatz-Suczawa sammt Zweiglinien nach Jassy und Okna im Jahre 1861 entstandene Ausgabe von mindestens 8000 Pfd. St. den Ingenieuren Mac Sloan und Sileman zuzuwenden, wodurch die Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft an ihrem Vermögen einen Schaden von mindestens 8000 Pfd. St., der durch seine Garantieleistung mitinteressirte österreichische Staat einen solchen von mehr als 300 Gulden erleiden sollten und auch erlitten haben?

Dritte Frage (Hauptfrage). Ist der Angeklagte schuldig, durch die in der ersten Frage bezeichnete listige Handlung den Verwaltungsrath und die Actionäre der Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft in Irrthum geführt oder doch deren Irrthum oder Unwissenheit benützt zu haben, um die Actionäre um das Recht, bei der Bestimmung des Preises für die Concessions-Abtretung mitzuwirken, zu bringen, dieselben zur Bezahlung willkürlich festgesetzter Beträge von je über 100,000 Gulden an die Concessionäre und von über 50,000 Gulden an ihn selbst zu verhalten und sich und dritten Personen einen unrechtmäßigen Gewinn von mehr als 300 Gulden zuzuwenden, wodurch die Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft und der durch seine Garantieleistung mitinteressirte österreichische Staat einen Schaden von mehr als 300 Gulden übersteigenden Schaden erleiden sollten und auch erlitten haben?

Vierte Frage (Eventualfrage für den Fall der Verneinung der ersten Frage). Ist der Angeklagte schuldig, durch die dem Bau-Unternehmer Tho-

mas Brassey gemachte listige Vorkellung, die dem Johann Herz von Rodenau für das Vorzugsrecht zum Baue der Eisenbahn von Lemberg nach Gzernowitz zulebende Entschädigungs-Forderung im Betrage von 25,000 Pfd. Sterl., während sie in Wirklichkeit nicht über 120,000 fl. betrug, in Irrthum geführt und bewogen zu haben, diese Entschädigungs-Forderung bei der Bestimmung des Baucapitals, beziehungsweise Verzinsung der Vorkaufszahlung mit 25,000 Pfd. Sterl. in Anspruch zu bringen, wodurch die Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft einen Schaden in der Höhe von 170,000 Gulden und der durch seine Garantieleistung mitinteressirte österreichische Staat einen solchen in der Höhe von mehr als 300 fl. erleiden sollten und erlitten haben?

Fünfte Frage (Hauptfrage): Ist der Angeklagte schuldig, durch die listige Handlung, daß er die nach dem Baubetriebe vom 12. März 1864 dem Bau-Unternehmer Thomas Brassey obliegende Grundeinföhrung für die Linien Lemberg-Gzernowitz und Gzernowitz-Suczawa persönlich übernahm und durch die Organe der Gesellschaft durchführte, den Irrthum oder die Unwissenheit des Verwaltungsrathes und der Actionäre der Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft benützt und sich hinter einem falschen Scheine verborgen zu haben, um sich einen unrechtmäßigen Gewinn von 100,000 fl. und einem der Verwaltungsräthe einen solchen von mindestens 6000 fl. zuzuwenden, wodurch die Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft einen Schaden von mindestens 106,000 fl. erleiden sollte und erlitten hat?

Sechste Frage (Hauptfrage): Ist der Angeklagte schuldig, durch die listige Handlung, daß er mittelst eines Uebereinkommens mit Thomas Brassey im October 1864 die demselben nach dem Baubetriebe vom 12. März 1864 obliegende Beschaffung von Schwellen persönlich übernahm und auch zu dem Preise à 85 kr. bezüglich 168,000 Stück und à 94 kr. bezüglich 147,000 Stück durchführte, den Irrthum und die Unwissenheit des Verwaltungsrathes und der Actionäre der Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft benützt zu haben, um bei Annahme eines Normalpreises von 1 fl. bis 1 fl. 20 kr. eine Summe von mindestens 34,020 fl. bis zu dem Höchstbetrage von 97,020 fl. zum Nachtheile der Qualität der beschafften Schwellen und zu Gunsten des Bau-Unternehmers Thomas Brassey in Erparung zu bringen, wodurch die Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft einen Schaden von mehr als 300 fl. erleiden sollte und erlitten hat?

Siebente Frage (Hauptfrage): Ist der Angeklagte schuldig, durch die listigen Vorkellungen oder Handlungen:

daß er bezüglich der Eisenbahnlinie Lemberg-Gzernowitz mittelst Protokolls vom 18. Mai 1867 mit dem Bau-Unternehmer Thomas Brassey ein Uebereinkommen treffen ließ, wonach dieser für die Summe von 66,582 fl. 55 kr., dann ein Relatum von 10,000 fl. für besseres Sandmaterial, Lieferung von 1700 Kubikfaden Schotter und 1000 Kubikfaden Sand, als Ablösung der von ihm noch herzustellenden Verordnungsarbeiten, Nachtrags- und Reconstructionsarbeiten aller Pflichten mit Ausnahme von Herstellungsarbeiten in der Station Lemberg und der Militär-Curbe, dann von Auslagen für die Grundeinföhrung, von Erläsen aus Processen der Sub-Unternehmer, Partiführer und des Straßen-Merars, endlich von Kosten für Entgleisungshöher an den großen Fußbrücken entbunden wurde;

daß er weiters von dem gemäß Artikel XX. des Baubetriebes vom 12. März 1864 aufgestellten und gemäß Artikel XXII. desselben festgestellten ersten nach zwölf Kalendermonaten von dem Zeitpunkte, nach dem die Gesellschaft die Bahn in gutem Zustande in Vertriebsordnung und guter Beschaffenheit eingehändig erhalten haben würde, auszufolgenden Garantie-jonds bis zum 1. April 1867 die Hälfte und am 16. Juli 1867 den Rest ausfolgte;

daß er unter Verschweigung der ihm bekannten vielseitigen Mängel und Unvollkommenheiten des Baues dieser Linie und der voraussichtlich die obige Ablösung bei weitem übersteigenden beträchtlichen Ausgaben das in der 59. Verwaltungsraths-Sitzung vom 5. Juni 1867 gemachte und mit Special-Vollmacht ausgerüstete Comité unterm 6. Juni 1867 zur Genehmigung der Final-Abrechnung vom 21. bis 27. Mai 1867 und des einen integrierenden Bestandtheil derselben bildenden Uebereinkommens vom 18. Mai 1867 bestimmte;

daß er weiters bezüglich der Linie Gzernowitz-Suczawa mittelst der Protokolle vom 25. April und 18. Mai 1870 mit dem Bau-Unternehmer Thomas Brassey ein Uebereinkommen treffen ließ, wonach dieser für die Summe von 59,349 fl. 80 kr. nebst Lieferung von 60,000 Ziegeln, 240 Kubikfaden Kalk und 324 Kubikfaden Bruchstein aller weiteren Pflichten, mit Ausnahme der Ueberhöhbauten bei Hadzialba entbunden, die laut Protokoll über die 87. Verwaltungsraths-Sitzung vom 31. Mai 1869 für den Mibuzeni-Damm vereinbarte einjährige Säftung auf zwei Monate herabgesetzt, und selbst dieser Säftung in der Sledigung vom 6. Juni 1870, 3. 4507, nicht mehr erwähnt wurde;

daß er unter Verschweigung der ihm bekannten vielseitigen Mängel und Unvollkommenheiten des Bauzustandes und der voraussichtlich die Ablösung bei weitem übersteigenden bedeutenden Auslagen den Verwaltungsrath in der Sitzung vom 28. Juni 1870 zur Genehmigung dieses Uebereinkommens bestimmte;

die Unwissenheit oder den Irrthum des Comités, beziehungsweise des Verwaltungsrathes benützt zu haben, um den Bau-Unternehmer Thomas Brassey zu begünstigen, wodurch die Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft einen Schaden von 2,305,328 fl. 39 kr., der durch jene Garantie-leistung mitinteressirte österreichische Staat aber einen Schaden von mehr als 300 fl. erleiden sollten und auch erlitten haben?

Achte Frage (Hauptfrage): Ist der Angeklagte schuldig, durch die mehreren Mitgliedern des Verwaltungsrathes der Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft gemachten listigen Vorkellungen, die dieferanten der Fahrtrietriebsmittel hätten ohne sein Zutun, wie dies üblich, ihm persönlich eine Provision von 3 Prozent des Anschaffungspreises gewährt, welche er aber für seine Person nicht annehme, sondern zu Zwecken der Gesellschaft verwenden wolle, während in Wirklichkeit die Nachlässe zu Gunsten der Gesellschaft bewilligt waren, sich hinter einen falschen Schein verborgen, die Verwaltungsräthe in Irrthum geführt und zu dem Beschluß bestimmt zu haben, ihm die aus diesem Nachlasse sich ergebende Summe von 42,495 fl. 60 kr. gegen Bestreitung der bei Beschaffung der Fahrtrietriebsmittel für Anfertigung und Verbielfältigung der Normalpläne, Bedingnißbeste, für Modelle u. dgl. entstehenden Vorauslagen zur Verfügung zu stellen, um sich, da diese Vorauslagen höchstens 10,000 fl. betragen, einen unrechtmäßigen Gewinn von mindestens 32,000 fl. zum Schaden der Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft zuzueignen.

Neunte Frage (Hauptfrage): Ist der Angeklagte schuldig, durch die listige Handlung, da her bei der zwischen der Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft und Thomas Brassey in Ansehung des Baues der Linie Lemberg-Gzernowitz geschlossenen Final-Abrechnung vom 27. Mai 1867 ein unberechtigtes Guthaben des Brassey mit 890,752 fl. 66 kr. für angelegte Wehrleistungen zugestanden und zugleich mit Brassey verabredete, daß ihm aus dem Baupitale der Linie Gzernowitz-Suczawa ein Vorcuß von 85,000 fl. gewährt werde, wogegen er sein obiges Guthaben um den Betrag von 550,000 fl. vermindern, den Verwaltungsrath, beziehungsweise das in der 59. Verwaltungsraths-Sitzung vom 5. Juni 1867 zur Prüfung und Genehmigung der Final-Abrechnung bestellte Comité in Irrthum geführt zu haben, durch welchen die Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft einen Schaden von 550,000 fl. erleiden sollte und auch erlitten hat?

Zehnte Frage (Hauptfrage): Ist der Angeklagte schuldig, durch die in den General-Versammlungen der Actionäre der Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft vom 27. April und 15. October 1868 gemachten listigen Vorkellungen, als wäre die Erwerbung der Concession für die Fortsetzung der Linie nach Rumänien für die Gesellschaft nach Maßgabe der Statuten unmöglich gewesen, dagegen die mittelbare Erwerbung von den Concessionären für die Gesellschaft von großem Vortheil, sich hinter einem falschen Scheine verborgen, die Actionäre in Irrthum geführt und bestimmt zu haben, diese Concession und zugleich den mit Thomas Brassey abgeschlossenen Baubetrieb sammt allen Rechten und Verbindlichkeiten von den Concessionären zu übernehmen, um auf Grund eines besonderen Uebereinkommens mit Brassey sich einen unrechtmäßigen Gewinn von mindestens 100,000 fl., drei Concessionären einen Mindestbetrag von je 100,000 fl. und vier nicht be-theiligten Verwaltungsräthen der Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft einen Mindestbetrag von je 10,000 fl. zuzuwenden — welche Beträge in dem Baubetriebe unter dem Titel „Vorauslagen“ eingestellt waren — wodurch die Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahngesellschaft einen Schaden im Gesamtbetrage von mindestens 440,000 fl. erleiden sollte und auch erlitten hat?

Der Bertheidiger spricht sich gegen die Zulässigkeit der vierten (Eventual-) Frage aus, da dieselbe ganz neue Behauptungen aufstellt, die Frage mithin eine neue Anlage enthalte. Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück und entscheidet:

„Der Gerichtshof sieht in der vierten Frage keine Eventual-, sondern eine Hauptfrage, und erachtet, daß derselben ein wesentlich verschiedener Thabestand zu Grunde liegt, worüber der Angeklagte im Laufe der Verhandlung zur Verantwortung nicht besonders verhalten wurde. Der Gerichtshof erachtet daher, daß aus diesem Grunde dem vom Bertheidiger (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

(Fortsetzung.)

diger gestellten Anträge auf Beseitigung dieser Frage Folge zu geben sei."

Hierauf ergreift der Staatsanwalt das Wort zum Plaidoyer. Nach einer kurzen Einleitung über die Bedeutung des vorliegenden Falles fährt er fort:

Sie haben einen Mann vor sich, der aus den kleinen Verhältnissen eines Beamtenpostens sich aufgeschwungen zum — man kann wohl sagen — unumschränkten Herrscher auf dem Gebiete, das er sich erwählt; aufgeschwungen durch eigene Thätigkeit zu einer dominirenden Stellung in der Gesellschaft, in welcher Geld und Macht auch Ansehen giebt und schafft. Wenn es meines Amtes wäre, zu moralisiren, statt anzuklagen, so würde ich sagen, daß solche Thätigkeit loblich und erhaben sein kann, ebenso auch verwerflich, je nach ihren Früchten. Allein ich unterlasse es, weil ich weiß, daß Sie, meine Herren Geschworenen, sich in dieser Frage Ihr allgemein menschliches Urtheil bilden werden. Dennoch aber, wenn ich auch solche Anerkennung dem Angeklagten zolle, sage ich, daß das, was geschehen ist, auch geschehen mußte, daß es kein Spiel der Willkür war, als man den Angeklagten vor Gericht stellte, sondern ein Gebot der Nothwendigkeit im Rechtsstaate. Gar oft mußte man den Vorwurf betheuern, oder wenigstens regte er sich geheim in mancher Brust, warum man gerade diesen Mann erwählt hat, um ihn dem Gesetze zu opfern; wenn er schuldig ist, so seien es noch Andere neben ihm, und wir hören von ihm selbst, was er gethan, haben auch Andere gethan, und darum muß es erlaubt sein; wenn er aber unschuldig ist, so ist es nichts als Gefährlichkeit, die ihn schuldig finden will. Gestatten Sie mir, diese Einwendungen nach beiden Seiten hin zu beleuchten. Ich weiß es, und ich müßte die letzten Jahre im Zustande der Blindheit verleben haben, wenn ich es nicht wüßte, daß Vieles, aber nicht Alles, was der Angeklagte gethan, auch sonst bei uns geübt wird, ja zur Stunde Gewohnheit geworden ist. Ich kann versichern, daß die Staatsanwaltschaft seit dem 9. Mai 1873 mit manchem Falle ähnlicher Art, wenn auch von minderer Bedeutung, Manches zu thun gehabt hat, daß sie auch derzeit noch in der Lage ist, sich mit einst angehenden Personen zu befassen, deren finanzieller Lebenslauf mit jenem des Angeklagten so manche Ähnlichkeit hat. Hier aber steht ein Princip zur Entscheidung; sie liegt in Ihren Händen, und mit Recht. Das Volk des Staates soll mitentscheiden, ob die Staatsanwaltschaft mit ihrer Auffassung des Gesetzes und des Erlaubten hinter dem Zeitgeist zurückgeblieben ist oder ob ihre Gegner mit dem lebendigen Recht in der Brust des Bürgers in Widerspruch stehen. Danach soll sich im Staate das öffentliche Rechtsleben bilden, danach muß sich aber auch die Staatsanwaltschaft selbst richten.

Nun aber hören wir den Vorwurf der Gefährlichkeit. Wir haben oft genug gehört, welchen Mannes Opfer der Angeklagte angefallen sein soll. Es ist ein Beamter der Regierung unseres Staates, der mit seinem hohen Amte, seiner Stellung und Gewalt Mißbrauch getrieben haben soll, um persönlichen Leidenschaften und Rachegefühlen zu fröhnen, und doch hat der Angeklagte selbst erklärt, daß er an der persönlichen Ehenhaftigkeit dieses Mannes nicht zweifle. Wie sollte Beides vereinbar sein? Prüfen wir, meine Herren, unbefangenen die Sache selbst.

Seit Jahren lag die Unternehmung, an deren Spitze der Angeklagte stand, mit der Regierung im Kampfe. Wir haben gehört, wie die ganze Reihe der Männer, die seit 1866 an der Regierung theilnahmen, mit Einschluß Sr. Excellenz des Freiherrn v. Plener, der Gesellschaft Befehl auf Befehl und Drohungen mit der Sequestation zukommen ließ, daß Alles umsonst und die Frucht dessen nur ein ewiger Schriftwechsel war, der die Entscheidung hinauszog.

Im Jahre 1871 trat Dr. Vanhans an die Spitze des Handelsministeriums. Den Anfang seiner Wirksamkeit kennzeichnet eine Epoche ruhiger Beobachtung; endlich aber begehrte er die Abstellung jener Uebel, die den Staat und die Actionäre in ihren Interessen bedrohten. Die Antwort, meine Herren, die ihm zu Theil wurde, haben wir vernommen. Die unerhörte Sprache derselben hat sicherlich in Ihrem Gedächtnisse Wurzeln gefaßt.

Ich kann versichern, daß mancher Einwohner des Staates ob einer geringeren Widersehtigkeit gegen Gesetz und Autorität schwer zu büßen hatte, und doch lag vielleicht geringere Bildung, mangelhafte Erziehung zu seinen Gunsten vor. Hier aber stand an der Spitze einer bedeutsamen Unternehmung, an der Seite hochgeachteter Personen ein Mann, der sich allgewaltig glaubte, weil innerhalb seines Bannkreises Alles vor ihm das Knie beugte, weil vielleicht Hunderte von Existenzen von seinem Sturmgelände abhängig waren. Er spricht den Ministern, der Regierung und dem Gesetze das Recht ab, sich um das Geschehene zu kümmern, er bezeichnet den Vorgang als einen Act „bureaucratischer Ueberhebung“, und er schleudert dieses Wort in die Oeffentlichkeit hinaus, trotzdem daß selbst seine Freunde ihm davon abriethen. Nun, meine Herren, Sie haben nicht über die Berechtigung des Sequesters zu entscheiden, obwohl auch in diesem Falle das bestehende Eisenbahn-Concessionsgesetz und das Hoheitsrecht des Staates uns nicht lange im Unklaren lassen würden. Allein wenn sonst gar kein Grund dafür vorläge, so war schon der genügend, daß die Regierung eines geordneten Staates, in welchem Recht und Gesetz herrschen sollen, es sich selbst schuldig war, ihrer eigenen Autorität jene Achtung zu verschaffen, die nothwendig ist, um zu beweisen, daß vor dem Gesetze alle Bürger gleich sind. Sie haben, meine Herren, Sr. Excellenz den Herrn Handelsminister Dr. Vanhans hier vor den Schranken des Gerichtes gesehen, er hat Zeugnis gegeben und den Beweis geliefert, daß in Oesterreich Jedermann dem Gesetze Gehorsam schuldig sei, und darum liegt es mir ferne, aus der That seines Erscheinens besondere Betrachtungen abzuleiten; allein Sie haben auch gesehen, was sich während seiner Anwesenheit hier im Saale zutrug. Haben Sie Gefährlichkeit von seiner Seite gegen den Angeklagten bemerkt, haben Sie nicht vielmehr die umgekehrte Wahrnehmung gemacht? Schon der Antrag auf seine Vorladung allein geschah zu dem Zwecke, ihn vor Ihren Augen als den Ankläger Osenheims hinzustellen, ihn vor den Augen der Welt zu vernichten, ja noch mehr, zu beschuldigen, was in Oesterreich noch nie erlebt worden, daß der glühende Haß eines Mannes durch den Mund seines Rechtsfreundes sich mit der ganzen Wucht einer kühn hingeschleuderten Verleumdung gegen ein Mitglied der Regierung stürzte, daß nichts gethan, als seine Pflicht erfüllte. Lassen Sie mich darüber hinweggehen mit Allem, was seither noch außer diesem Saale gesagt und geschrieben wurde; es sei genug, daß erhärtet wurde, daß die Wahrheit auf Seite des Zeugen Dr. Vanhans, der Irrthum — um nicht mehr zu sagen — auf Seite seiner Gegner gewesen. Wenn aber eine Gefährlichkeit im Spiele gewesen sein sollte, so vergißt man, meine Herren, ganz auf Einem. Es ist richtig, daß der Handelsminister den Act wider den Angeklagten an das Strafgericht geleitet hat, weil er nach § 71 der früher bestehenden Strafproceß-Ordnung dazu verpflichtet war. Das Untersuchungs-Gericht ging in die Sache ein, ein Gericht zweiter Instanz, judicirte zu Ungunsten des Angeklagten. Kaum man denn heutzutage in Oesterreich die Gerichte und lenkt man sie nach Willkür? Ich kann die Versicherung geben, daß die Staatsanwaltschaft gar oft in der Lage war, die Unabhängigkeit der Gerichte als Partei im vollsten Umfange zu erfahren. Man wird Ihnen sagen, der Staatsanwalt ist Organ der Regierung, ihn lenkt man nach Belieben, er kann als Werkzeug fremder Leidenschaft seine Aufgabe aufbauen. Nun denn, gestatten Sie mir bei diesem Anlasse, wenige Worte von meiner Person, von meiner Stellung in diesem Proceße zu sprechen.

Wenn ich mein Inneres noch so streng nachforsche, so finde ich keine Leidenschaft, keinen Haß gegen den Angeklagten in mir. Allzu weit liegen unsere Lebenswege auseinander, die Verschiedenheit des Berufes hat andere Anschauungen in uns zur Reife gebracht, zu ferne liegende als daß zwischen seiner Person und mir auch nur ein Band des Gefühles, selbst nur des Hasses, bestehen könnte. Aber ein Gefühl trage ich in mir, meine Herren, und scheue mich nicht, es auszusprechen, daß ich das Gefühl des Hasses gegen das Unrecht, überall, wo es sich zeigen mag, sei es, daß es in der elenden Hütte eines verarmten Proletariats uns entgegentritt, sei es, daß es an der glänzenden Stätte des Reichthums sein Lager aufschlägt, ja des Hasses, selbst dort, wo es die schimmernde Waffe des Geldes und der Beredsamkeit zu seinem Schutze aufweist, und in diesem Gefühle, meine Herren, bin ich unzerlegt an meine Aufgabe gegangen, ohne fremden Antriebes zu bedürfen, und es will mir scheinen, daß die Sache, die ich vertrete, trotz vieler Gegner keineswegs verloren ist; denn so viele Stimmen mir gehört haben, eine, und zwar eine gewichtige hat uns bisher gefehlt. Wir haben berühmte Männer gehört, die uns ihre Ansicht von rechtlichem und unredlichem Gewinn in bestechender Form vorlegten; wir haben Finanzmänner und Geldmänner gehört, die wohl über die Einfalt veralteter Anschauungen lächeln mögen; nur die Stimme des Gewissens haben wir nicht gehört, die tief in der menschlichen Brust unvertilgbar lebt, oft zurückgedrängt, immer wieder an unser Ohr schlägt. Und dieser Stimme einen Widerhall zu verschaffen hier im Saale, ist meine Aufgabe; ich fühle nur zu sehr, daß meine Kraft allein nicht hinreichen mag, um das Geschrei des Rechts zu überhören, allein ich weiß auch, daß ich nicht allein stehe in meinem Vaterlande, daß ich das Wort nur im Namen vieler Gleichgesinnter führe, ja, daß die Zahl dieser eine größere ist, als die meiner Gegner.

Der vorliegende Fall, so fährt der Staatsanwalt fort, sei aber auch durch

die Sache selbst bedeutsam. Er enthalte ein aber nicht erfreuliches Stück Geschichte Oesterreichs, welche man die Epoche des „volkswirtschaftlichen Aufschwunges“ nannte.

Man wird sagen, der Angeklagte sei kein Börseman und die Lemberg-Gernowitzer Bahn kein Speculations-Object des Effectenmarktes gewesen, und es mag dies zum Theil richtig sein, allein die Gründe sind die gleichen, hier wie dort handelte es sich um Gründung und Finanzierung von Actien-Gesellschaften; hier wie dort dieselben Mittel der Schacher mit Concessionen, wo die Verkäufer allein den Preis bestimmen, die Revisoren, die nichts revidiren, die Actionäre, die nichts zu reden haben, die General-Versammlungen mit Strohmannern.

Ich darf darum wohl sagen, daß der Angeklagte einer der Ersten ist, der diese Wirksamkeit in unser bis dahin naives Heimatsland importirt hat, daß er der Erfinder dieses Systems und auch heute noch dessen wirksamer Vertreter ist. Er kann es auch in der That leicht sein, denn (ironisch) ihm persönlich hat es nur zum Guten ausgefallen. Wir haben von ihm gehört, daß das Associationswesen in Oesterreich nicht anders bestehen könne, als unter diesen Bedingungen. Nein, meine Herren, wenn dem so wäre, dann muß ich offen sagen, es möge Oesterreich lieber ohne Associationen bestehen, als daß es genöthigt wäre, sie auf solch fittlich verwerflicher Basis aufzubauen. Allein lassen wir uns nicht täuschen, es ist nicht so. Wie ich das Wesen der Associationen verfolge, können und sollen sie auf gegenseitiges Vertrauen, auf offenen und redlichen Verkehr, auf Wahrheit und Recht beruhen, sie sollen zum Heile der Gesamtheit gereichen, nicht aber wie bisher zur Verberbung des Einzelnen.

Der Staatsanwalt recapitulirt nun die Ergebnisse des Beweisverfahrens. Man wird mir nicht bestreiten, daß so manches Ueberflüssige von Seiten der Verteidigung mit hereingezogen wurde, daß man Männer zur Vernehmung brachte, die kaum etwas Entscheidendes zu sagen vermochten. Allein der Gerichtshof acceptirte sie, um das Recht des Angeklagten nicht einzuschränken. Ich werde die Glaubwürdigkeit der Zeugen, die unter ihrem Eide hier ausgesagt haben, nicht anfechten; dennoch aber muß streng untertrieben werden, was solche Zeugen aus eigener Wahrnehmung angegeben haben und was aus den Zeitungsberichten zu ihrer Kenntnis gekommen ist.

Der Herr Verteidiger hat so manchem Zeugen Erklärung über den Charakter und die Ehrenhaftigkeit Osenheims abgefordert, und sie mögen für diesen als Privatmengen ganz schätzenswerth sein. Ich aber muß sie als rein subjective Äußerungen außer Acht lassen, umfomehr, als mir diese Zeugen in Folge ihrer früheren Beziehungen und ihrer vielseitigen Verpflichtungen gegen den Angeklagten mit ihrem Urtheile nicht ganz unbefangenen scheinen. Ich muß ferner fragen, ob wir denn auch immer von allen Zeugen die Wahrheit gehört haben, und da werden Sie mir zugeben, daß sich unter den Anhängern des Angeklagten so Manche finden, die ein trauriges Zeichen der Corruption der eigenen Gesinnung geliefert haben, Zeugen, die man als Opfer vielleicht der klägerischen Partei oder des Sequesters bezeichnen wollte. Wie wenig berechtigt eine solche Anschauung war, haben Sie wohl zu beurtheilen Gelegenheit gehabt. Andere Zeugen haben sich aus dem strengen Rahmen der Thatfachen auf die Schwäche des Gedächtnisses zurückgeflüchtet, und wo sie nicht betäuben oder verneinen wollten, haben sie sich eben nicht erinnert. Sie werden, meine Herren Geschworenen, aus all diesen bedenklichen Stoff dasjenige wählen, was ihnen als menschlich wahr und begründet erscheint. Sie haben endlich auch die Verteidigung Osenheims zu beurtheilen.

Schon durch die Bestimmungen der Strafproceß-Ordnung sind jedem Angeklagten die weitesten Rechte eingeräumt, und man wird fürwahr nicht behaupten können, daß der Angeklagte selbst von diesen Rechten hier nicht den ausgedehnten Gebrauch gemacht hat. Nach keiner Richtung hin hat ihm der Gerichtshof in dieser Beziehung Schranken gezogen, und wenn viele Worte das Unrecht zu beseitigen und das Recht auf die Dauer zu verfallen vermöchten, dann, meine Herren, könnten Sie nach der Rechtfertigung des Angeklagten keinerlei Urtheil fällen. Aber über die Grenze des gesetzlich Statthabenden ist der Angeklagte dort hinausgegangen, wo er, einem beliebigen Systeme gemäß, die eigene Rechtfertigung in der Verdächtigung dritter Personen suchte, nicht nur solcher, die außerhalb dieses Saales standen, sondern auch der Zeugen, die hier vor ihm aussagten. Er hat zwischen ihnen je nach dem Inhalte ihrer Angabe, Lob und Tadel freigeigig ausgetheilt, manche Beileidigung floß von seinen Lippen, und der Echoruf seiner Anhänger beilegte sich vielleicht schon am andern Tage, solche Zeugen dem Fluche der Lächerlichkeit preisgegeben. Sie werden begreifen, daß solche Vorgänge auf die Unbefangenen der vernommenen Personen nur höchst nachtheilig einwirken konnten, und ich kann dieselben daher nur lebhaft beklagen. Allein ich fürchte darum nichts, und ich will es gerne der drückenden Situation zugute halten, in der sich der Angeklagte befindet. Ich weiß ja doch, daß die Wahrheit schließlich den Schleier durchreißt wird, mit dem man sie zu umhüllen bestrebt war.

Die Anlage bezeichnet den Angeklagten als des Verbrechens des Betruges schuldig. Wir müssen daher prüfen, welche Bestimmungen das Strafgesetz in dieser Richtung enthält.

Der Staatsanwalt erörtert den Begriff des § 197 des Strafgesetzbuchs und fährt fort:

Wenn ich mich der Untersuchung dessen zuwende, was dem Angeklagten zur Last gelegt wird, so umfaßt die Reihe der Fragen das ganze Gebiet dessen, was der Angeklagte in Bezug auf die Lemberg-Gernowitzer Gesellschaft von Anbeginn der Thätigkeit gemacht hat bis zum Jahre 1868. Wie Ihnen vorgeführt wurde, umfaßt sie auch die Zeit bis 1872. Wir werden untersuchen müssen, in welcher Weise der Angeklagte bei dem Insulttreten der Lemberg-Gernowitzer Gesellschaft sich benommen hat. Schon 1862 hat er sich nach England begeben, um seine Idee zur Durchführung zu bringen. Die Bemühungen, die Bahn von Rumänien herauf zu führen, hatten kein Resultat, weil das englische Capital nur dem Credit Oesterreichs und nicht dem Credit Rumäniens zuliebe sich in Bewegung setzte. Ich werde nicht untersuchen, ob diese Auffassung des englischen Capitals berechtigt ist oder nicht, ich begreife sie, weil eine gewiss ganz competente Persönlichkeit, wie der Zeuge Drate es wiederholt erklärt hat. Dieser Vorgang ist auch weiters darum von Bedeutung, weil die zweite der an Sie gestellten Fragen sich auf diese ursprünglichen Vorgänge bezieht. Ich komme bei dieser historischen Entwidlung der Sache auf das, was der Angeklagte selbst in den ersten Tagen vorgebracht hat, daß die englischen Ingenieure, welche die Trasse der Eisenbahnobjekte in Rumänien gezogen haben, im Jahre 1863 mit ihren Rechnungen für ihre Leistungen herbeitraten, was eine Summe von 8–10,000 Pfd. St. ausgemacht hat, und wurde ihnen diese Summe ausbezahlt.

Die Verluste, in England Capital zu beschaffen, führten zu einem günstigen Resultate in dem Momente, wo wirklich die Concession in Oesterreich Aussicht hatte, gewährt zu werden. Ich habe wiederholt behauptet, daß Reichsrath und Regierung damals über den Umfang dessen durdaus nicht im Klaren gewesen sein konnten, was sie concessioniren sollten. Und es ist das auch wirklich der Fall. Es wurde mir zugestanden, daß die Debatten des Reichsrathes sich auf einer ganz ungewissen Grundlage bewegten, daß man damals nicht einmal über die Länge der fraglichen Bahn sich klar war. Die Concessionäre projectirten in ganz unbestimmter Weise eine Linie, deren Project und Detailpläne nicht vorlagen. Auf die gewichtige Stimme, welche sich damals im Schoße der Regierung erhob, die des verstorbenen Ministers J. A. Berger, habe ich bereits hingewiesen, welcher erklärte, daß die Concessionirung einer Bahn ohne Vorlegung der Pläne dem Concessionsgesetze widerspreche. Es wurde zugegeben, daß solche dem Concessions-Gesetze streng entsprechende Pläne nicht vorlagen. Die Regierung aber hat sich damals der Concessionirung auf das Warmste angenommen. Die Regierung ist damals über die Anforderungen des Gesetzes hinausgegangen, die Lemberg-Gernowitzer Bahn war geradezu ein Schöpfkind der Regierung, man ist ihr daher gewiß nicht mit Feindseligkeit entgegengetreten. Es kam die Concession zu Stande. Wenn gesagt wurde, daß die Finanzierung des Unternehmens ein Verdienst des Angeklagten sei, so will ich nicht bestreiten, daß derselbe dabei mit vielfacher Geschicklichkeit zu Werke gegangen ist, indem er schon als Beamter der Karl-Ludwigbahn mit zwei anderen Beamten darauf ausging, die neue Unternehmung, auf welche die Karl-Ludwigbahn ein Verrecht hatte, auf eigene Faust ins Leben zu rufen. Ich kann nicht verstehen — und es würde auch nicht weiter dargelegt — warum die Karl-Ludwigbahn nicht selbst oder der Angeklagte für sie den englischen Geldmarkt in Anspruch nahmen; es wäre das mit großen Ersparnissen verbunden gewesen, die Karl-Ludwigbahn hätte nicht nötig gehabt, ihr Project an die neue Gesellschaft zu veräußern, und der Beamte der Karl-Ludwigbahn, beziehungsweise ihr erster Chef, hätte nicht nothwendig gehabt, ein Douceur von 170,000 fl. für seine Person sich anzueignen und eine weitere Summe von 120,000 fl., welche der Karl-Ludwigbahn gezahlt wurde als Ersatz für die Kosten, sich schenken zu lassen, unter Umständen, auf welche sich die hier erschienenen Verwaltungsräthe der Karl-Ludwigbahn nicht mehr zu erinnern wußten.

Es ist, meine Herren, dieser Mann feilher gestorben, und ich möchte mir nicht erlauben, dem Gedächtnisse eines Todten etwas Unheles nachzujagen. Allein ich kann nicht umhin, die Thatfache, die allgemein bekannt ist, zu erwähnen, daß der ehemalige Chef der Karl-Ludwigbahn, Herz v. Rodenau,

der in seinem Landhause in Hiezing eines peinlichen und qualvollen Todes gestorben ist, an dem Tage verschied, an welchem die Erhebungen gegen ihn in meine Hände gelangt sind, um das volle Gewicht des Gesetzes gegen ihn einwirken zu lassen. Der Tod hat ihn unter erschütternden Umständen dem Arme des Gesetzes entrückt; allein das kann mich nicht hindern, zu sagen, daß der Mann, wenn er noch lebte, auch auf der Anklagebank, wenn auch nicht heute, aber gewiß an einem anderen Tage erschienen wäre. Dasjenige, was dem jetzigen Angeklagten zur Last gelegt wird, darf ich in noch viel höherem Grade, weil in viel schmutzigerer Weise verübt, dem Verstorbenen, dem — wenn man so sagen darf — guten Freunde und einstigen Chef des Angeklagten nachsagen.

Der Staatsanwalt geht hierauf wieder zur Schilderung der Bemühungen Osenheims wegen der Geldbeschaffung in England über. Die ursprüngliche Summe, welche die gesetzgebenden Gewalten als die zu emittirende, wenn auch nicht zu garantirende annahmen, bestand aus 31 Millionen, später wurde diese in Folge einer Kleinlichen Offerte auf 27 Millionen reducirt, und schließlich fast diese Summe auf 24 1/2 Millionen herab. Diese 24 1/2 Millionen garantierte der Staat mit 1,500,000 fl., eine Verzinsung, welche 5 1/2 Procent für 29 Millionen ergab, nämlich 5 Procent Reinertragnis und 1/2 Procent für die Amortisirung. Bei dem reducirten Capital von 24 1/2 Millionen ergiebt das aber eine 7procentige Verzinsung. Diese figurirt im englischen Prospekte und in dem Auftrage an den österreichischen Geldmarkt. Es mag sein, daß ein solches von einer noch immer als ganz gewaltig dastehenden Regierung garantirtes Ertragnis ein wünschenswerther Anlaß war, Geld zu engagiren, und so ist es geschehen, wie auch Herr Drate hier erklärte, daß alle Bemühungen des Angeklagten nichts genügt hätten ohne die Garantie unserer Regierung. Dieses sehr schmeichelhafte Zeugnis eines in Geldsachen sehr erfahrenen Mannes konnte mich nur sehr erfreuen, denn es zeigte mir, daß Oesterreich, wenn es damals auch noch so sehr in den Augen seiner Feinde gesunken sein mag, noch immer dort, wo praktische Männer das materielle Gewicht abzuwägen pflegen, ein ganz wohlthätiges Ansehen genießt; es beweist aber auch, daß — um mit dem Sprichworte zu reden — um der schönen Augen des Angeklagten willen die Engländer nichts hergegeben hätten. Nun tritt die Unternehmung ins Leben. An die Spitze desselben tritt der Verwaltungsrath, der bereits statutenmäßig ernannt war und vielleicht durch die Ueberzahl der Strohmannen bestätigt wurde.

Nun schildert der Staatsanwalt, wie unbegrenzt der Einfluß des Angeklagten auf alle Geschäfte der Gesellschaft bis auf einige Nuancen der Buchhaltung war und beweist zum Beweise hierfür auf die Aussagen der Verwaltungsräthe, deren einzelne nur ein- oder zweimal den Sitzungen beigewohnt haben. Osenheim mußte diesen wie seinen Beamten gegenüber einen geradezu überwältigenden, ja vernichtenden Einfluß geübt haben. Verwaltungsräthe, Revisoren und Beamte beugten sich unbedingt vor ihm.

(Fortsetzung folgt.)

Italien.

Rom, 12. Februar. [Neue Enthüllungen.] Man schreibt der „Voss. Ztg.“ von hier: Der Proceß Arnim scheint auf den General La Marmora keinen besonderen Eindruck gemacht zu haben. Raum hat die „Epoca“ die erste Serie ihrer Documente über Mazzini abgeschlossen und schon wieder wird die Presse mit neuen Enthüllungen unterhalten. Soeben erhalte ich aus Florenz ein neues Buch von La Marmora mit dem Titel: Un episodio del risorgimento italiano. Ich habe es nur flüchtig durchgeblättert, in den nächsten Tagen werde ich ausführlicher darauf zurückkommen. Die italienischen Zeitungen beschränken sich heute auf die einfache Anzeige des Werkes, welches übrigens 188 Seiten umfaßt. Die Episode aus der Wiedergeburt Italiens, auf welche der Titel hinweist, ist die Unterdrückung der Revolution in Genua im Jahre 1849. Das ganze Buch dreht sich um den Bericht, welchen La Marmora im April darüber der Regierung erstattete und die Regierung aus politischen Gründen nie veröffentlicht hat. Das kimmert aber Herrn La Marmora nicht, die Documente gehören ihm und seine Eitelkeit vermag nicht eher zu schweigen, bis er der Welt bewiesen hat, daß der große General Italien geschaffen hat. Der Minister Visconti Vimosta hat allerdings zur Zeit des vielen Lärms über „Un po' più di luce“ ein Gesetz in Aussicht gestellt über die Behandlung officieller Schriftstücke, ließ es aber nachträglich beim Versprechen. Jetzt kann er sein Vorhaben wieder aufnehmen, hätte er früher Wort gehalten, so würde sich La Marmora wohl etwas besonnen haben, neuerdings Mißbrauch mit Staatspapieren zu treiben. Bei dieser Gelegenheit will ich Ihnen noch einige Einzelheiten über die Vorgänge beim Erscheinen des „Un po' più di luce“ mittheilen, welche den General vortreflich kennzeichnen. Diese näheren Umstände sind nie ins Publikum gekommen. Ich verbürge Ihnen deren vollständige Richtigkeit. Man hat so viel Aufsehens gemacht von dem geraden Charakter La Marmora's; ob er denselben besitzt, mag die Geschichte beweisen; daß er den Augenblick der Reise seines Königs nach Berlin abwartete, um seine Enthüllungen herauszugeben, dürfte gerade nicht dafür sprechen. Man hat immer gesagt, La Marmora habe unüberlegt gehandelt, er sei dem Orangete eines verletzten Ehrgeizes gefolgt, ohne die Tragweite seiner Handlung zu ermessen. Das ist nicht der Fall, und ich werde es Ihnen beweisen. Bekanntlich erschien das Buch am 1. September 1873, man hätte glauben sollen, es sei damals soeben in der Presse fertig geworden. Dem war aber nicht so. Das Werk lag seit Monaten vollendet in der Druckerei. Der schlaue Verleger Barbero hatte es sogar, vermuthlich ohne Vorwissen des Generals mit der Papiermaché-Procédur stereotypirt. Ein höchst seltener Contract ordnete das Verhältniß zwischen Autor und Verleger. Dieser hatte das Werk auf eigene Kosten zu drucken, ein Honorar sollte der General nicht erhalten, Herr Barbero sollte dagegen eine gewisse Summe zu einem bestimmten wohlthätigen Zweck erlegen. Die Ausgabe des Werkes hinsichtlich des geeigneten Augenblickes wurde dem General überlassen, doch durfte dieselbe nicht über den ersten September hinausgeschoben werden. Bis zu jenem Tage hatte La Marmora contractlich das Recht, die ganze Auflage bei Barbero gegen Bezahlung der Buchdrucker-Rechnung abholen zu lassen, um sie zu vernichten. Nichts beweist besser, als dieses Uebereinkommen, daß der General sich der bösen That vollständig bewußt war. Klerikale Einflüsse, welche sich hinter der Frau des Generals verschanzten, drängten zur Publication, andere hochstehende Personen wirkten im entgegengegesetzten Sinne. Die schriftstellerische Kraft, welche das Buch zurecht gemacht gemacht hatte, wozu der General selbst nicht fähig gewesen sein muß, zog sich von dem Unternehmen zurück. Unentschlossen, ging der General auf Reisen. Der Verleger wurde unruhig und drang auf eine Entscheidung. Am letzten Tage vor Verfall des Contractes am 31. Aug. meldete ein Telegramm aus Mailand den Sieg der Eitelkeit über die Klugheit. Der General verzichtete auf sein Recht, das Buch zu vernichten. Noch an demselben Abend wurde Italien mit dem Buch überschwemmt. Aber auch der Verleger mußte sich wohl nicht ganz klar über den Eindruck sein, den das Werk machen würde; wir nehmen an, daß auch er noch an demselben Tage auf Reisen ging, um unangenehmen Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen. Inzwischen arbeiteten die Stereotypen an der zweiten dritten u. s. w. Auflage. Wer bei solchen Verhältnissen noch eine unschuldige Eitelkeit in La Marmora voraussetzt, der ist allerdings selbst sehr unschuldig. Aber ist es vielleicht auch ein ganz unschuldiges Zusammentreffen, wenn wir einige Monate später die deutsche Uebersetzung bei Franz Kirchheim im literarischen Generalquartier des Herrn v. Ketteler in Mainz erscheinen sehen? Ebenso erbauend ist die Ordensgeschichte. Als Bismarck sich etwas verb über La Marmora öffentlich geäußert hatte, schien ihm der Adlerorden

in Brillanten, welchen ihm Kaiser Wilhelm verliehen hatte, unange-
nehm zu werden. Daß der Orden ihm vom Monarchen verliehen
und nicht von Bismarck, brachte eine sonderbare Begriffsverwechselung
in dem Ex-Ministerpräsidenten hervor. Bismarck hatte ihn beleidigt,
und nun wollte er auch den Orden vom Kaiser nicht mehr tragen.
Eines schönen Morgens wird er daher eingepackt und unter General
fährt schnurstracks, man sollte vermuthen nach Rom, zum Ministerium
des Aeußern, um ihn zurückzugeben. Gott bewahre; La Marmora
fährt zum Präfecten, Herrn Monteremolo, und verlangt von ihm,
daß er den Juwelier R. N. rufen läßt, um vor dem Abgeben die
Echtheit der Steine prüfen zu lassen, damit Bismarck ihn nicht der
Fälschung zeihen könne. Ein jeder andere Präfect würde ein solches
Ansuchen abgelehnt und Herrn La Marmora höchstens nach Rom ge-
wiesen haben. Herr Monteremolo war aber gefälliger, der Juwelier
wurde gerufen, man nahm ein Protokoll auf über die Echtheit der
Steine und der Präfect empfing den Orden zurück. Was später
daraus geworden, wissen wir nicht; bezweifeln möchten wir jedoch, daß
man hier die delicate Mission einer solchen Rückgabe übernommen hat.
Man hat die Sache als höchst unangenehm todtgeschwiegen und wird
das Lustspiel wohl schon mit dem ersten Acte und einem Verweis für
Beide sein Ende erreicht haben. In Berlin übrigens wird man wohl
wissen, ob der Orden zurückgegeben ist oder nicht.

[Ernennung.] Der Papst hat dem Secretär der Congregation
de propagande fide Monsignore Simeoni, mittheilen lassen, daß
er ihn zum Nuntius am Madrider Hofe auserkoren habe, und daß
er sich bereit halten solle, unverzüglich dahin abzugehen, sobald der
neuernannte spanische Gesandte dem Vatican die Versicherung über-
bracht haben würde, daß die Absichten der neuen spanischen Regierung
der Kirche günstig seien. Der neue Nuntius soll seine Ernennung
dem Cardinal Franchi verdanken, welcher ihn dem Papste auf das an-
gelegentlichste empfohlen hat.

[Todesfall.] Die Florentiner Blätter zeigen den Tod des Pro-
fessors Clemente Papi an, welcher am 11. Februar, 75 Jahre alt,
vom Schläge getroffen, verschied. Der Verstorbene war der einzige
hervorragende Erzgießer, den Italien besaß.

Frankreich.

* Paris, 14. Februar. [Amtliche Bekanntmachungen.]
Das „Journal officiel“ veröffentlicht folgende Note: Der Prä-
sident der Republik hat am 5. Februar auf den Antrag des
Kriegsministers beschlossen, daß unter dem Vorsteß des Divisions-Ge-
nerals Lebrun, Befehlshabers des 3. Armee-Corps, eine Commission
eingesetzt werden sollte, welche das Decret vom 13. October 1863,
betreffend den Dienst in den Kriegsplätzen und Garnisonstädten, zu
revidiren hat, um dasselbe mit der neuen Heeresorganisation in Ein-
klang zu bringen. Mitglieder dieser Commission sind: die Herren
Divisions-Generale de Colomb, Baron von Berckheim, Dourelaine;
die Brigade-Generale Lefebvre, Cadart, Appert, Platzcommandant in
Versailles, Harlung, Montarby, Lyrbas de Chamberet, Graf von
Gesslin, Platzcommandant von Paris, Basse Saint Duen; Contre-
Admiral Roussin; Generalintendant Bouché; Inspectionsarzt Perier.
Zum Secretair der Commission ist der Oberstlieutenant vom General-
stab Bequet ernannt. — Eine zweite Note des amtlichen Blattes hat
folgenden Wortlaut: „Die Regierung hat sich mit der Nothwendigkeit
beschäftigt, die Bestimmungen, nach welchen gegenwärtig die
Ernennungen und Beförderungen zu den verschiedenen Graden in der
Armee vollzogen werden, mit den neuen Gesetzen, betreffend die Re-
organisation der Streitkräfte Frankreichs in Einklang zu bringen. Sie
durfte jedoch nicht übersehen, daß das Gesetz vom 14. April 1832
und der Erlass vom 16. März 1838 über die Beförderung die Er-
gebnisse gründlicher Erfahrungen waren und während einer langen
Reihe von Jahren die Mittel geliefert haben, die gute Zusammen-
setzung unserer Heerescadres zu sichern. Ihres Gracitens müssen da-
her die einzuführenden Veränderungen mit der größten Vorsicht ge-
prüft werden. Diesen Erwägungen zufolge hat der Präsident der Re-
publik auf den Antrag des Kriegsministers, der sich hierüber mit dem
Marineminister verständigt hat, entschieden, daß die in Frage stehende
Arbeit einem aus Generalen der Land- und See-Armee, zwei hohen
Intendanturbeamten und einem Inspectionsarzte zusammengesetzten
Aussschuße anvertraut werden soll. Diese Commission wird den Herrn
Marshall Canrobert zum Präsidenten und den Militär-Gouverneur
von Paris, General Admiralant, zum Vicepräsidenten haben. Die
anderen Mitglieder derselben sind: Für den Generalstab der Divisions-
general Casselmann und der Brigadegeneral de Gressley; für die
Gendarmarie der Divisionsgeneral Dargentolle und der Brigadegeneral
Arnaud de Saint-Sauveur. Für die Infanterie die Divisionsgenerale
Le Poittevin de la Croix de Vaubois und Garnier, der Brigade-
general de Launay; für die Cavallerie die Divisionsgenerale Vicomte
Bonnemain und Lefort, der Brigadegeneral Guilot de la Rochère;
für die Artillerie der Divisionsgeneral Canu und der Brigadegeneral
René; für das Genie der Divisionsgeneral Frossard und der Brigade-
general Ragon; für die Marine-Infanterie der Divisionsgeneral de
Vassoigne; für die Marineartillerie der Divisionsgeneral Pellissé;
für die Militärintendantur der Generalintendant Blondeau, der Militär-
intendant de Segauville; für das Sanitätscorps der Inspectionsarzt
Cajalaz; Secretair des Ausschusses der Oberstlieutenant vom General-
stab Doucas.“

[Vorladung.] Die „Volonté nationale“, das in der Charente
inferieure erscheinende Organ des Prinzen Napoleon, ist wegen Be-
leidigung des Präsidenten der Republik, Marshall Mac Mahon, vor
den Schwurgerichtshof von Saintes geladen. Die Sache wird Ende
des Monats dort zur Verhandlung kommen.

[Die Gräfin Girgenti.] Die ältere Schwester des Königs
Alphonso, wird, wie es heißt, schon in den nächsten Tagen nach
Madrid gehen und dort ihren Wohnsitz nehmen.

Paris, 13. Februar. [Ueber den Proceß des Generals
v. Wimpffen] berichtet die „R. Z.“ weiter:

In der heutigen Sitzung wurde als erster Zeuge der General Robert
(Deputirter) vernommen. Derselbe theilt Einzelheiten über die Aufstellung
der Truppen mit und entwirft dann ein furchtbares Bild von der Lage der
Truppen mit und bei Sedan. Der General Ducrot habe von der deutschen
Militärbehörde verlangt, bei ihnen bleiben zu dürfen. Die Deutschen hätten
ihm dieses aber nicht bewilligt, sondern er habe Befehl erhalten, sofort nach
seinem Bestimmungsort abzugehen. Mehrere andere Offiziere hätten aber
später die Erlaubniß erhalten, bei ihren Truppen zu bleiben. Der General
drückte die Ansicht aus, daß die Schlacht eine defensiva, keine offensive habe
sein können, und der Marsch über Carignan unmöglich gewesen sei. Der
Marsch, den Ducrot angeordnet, sei aber möglich gewesen.

General Lebrun erscheint heute nochmals. Er erzählt, daß die Offiziere
von tiefem Schmerz ergriffen worden seien, als sie erfuhren, daß sie ihre
Degen dem Feind abgeben mußten. Er selbst habe seinen Degen nicht bei
einem preussischen Wachtposten niederlegen, sondern ihn abliefern wollen.
Der General Bernhardt sei in Folge dessen nach der Halbinsel Jües ge-
kommen, um denselben entgegen zu nehmen. Er habe ihn auf feierlichste in
Empfang genommen und ihm gesagt, er möge ihm nur nach Posen schreiben,
er werde ihm dann seine Waffe zurücksenden. „Nun“ — so setzte Lebrun
mit einer pathetischen Handbewegung hinzu — „mein Degen ist noch immer
in Posen.“ Die Menge nahm diese Worte mit Bewunderung auf, obgleich
man nicht recht einsehen kann, worin eigentlich die Heldenthat des Generals
besteht. Es werden nun die Zeugen des Generals Wimpffen aufgerufen.
Der Generalstabs-Capitän Warren hat dem Kaiser ein Billet Wimpffens

überbracht, worin dieser Napoleon II. auffordert, sich in die Mitte der
Truppen zu stellen, die sich eine Ehre daraus machen würden, ihm Bahn zu
brechen. Der Kaiser gab zur Antwort, daß er von allem unterrichtet sein
wolle, was vorgehe, daß er sich aber nicht festnehmen lassen könne (Erre-
gung). — Jules Favre: Der Zeuge kam um 2 Uhr zum Kaiser. Zögerte
dieser, ehe er antwortete? Zeuge: Nein.

Der Oberst Martin (jetzt pensionirt) berichtet: Der General v. Wimpffen
kam am 30. August bei der Armee an. Seine Rolle begann im Augenblick,
wo das 4. Corps sich nach dem Gefechte bei Beaumont in voller Flucht be-
fand. Er traf auf dem Schlachtfelde ein und stellte sofort die Ordnung her.
Am Tage von Sedan blieb er den ganzen Tag auf dem Schlachtfelde. Ich
sah ihn am Thore von Balan, wo er alle Truppen um sich versammelte und
zum Angriff blasen ließ. Mit 60,000 Mann hätte man ein Resultat er-
zielen können. Man hat diesen Act des Generals als eine Tollheit be-
zeichnet; dies ist eine Schlichtigkeit Seitens derer, welche brave Leute beschim-
pfen, die es vorziehen, eher den Tod zu suchen, anstatt sich zu ergeben. (Diese
letzten Worte erregen großes Aufsehen im Saale.) Ich besuchte später das
Schlachtfeld von Sedan. Um sich von Sedan nach Metziers zu begeben,
gibt es nur einen Engweg an der Mündung der Maas und der Grenze.
Dieser war in erster Linie von dem fünften und in zweiter Linie von dem
ersten preussischen Corps besetzt. Ich durchzog mit meinem Regiment in
voller Ordnung ganz Sedan und begab mich nach dem Balaner Thore, um
an dem Ausfall des Generals Wimpffens Theil zu nehmen. Wenn der Kaiser
in diesem Augenblick zu Pferde gestiegen und in unsere Mitte gekommen
wäre, so hätte sich Niemand seinem Durchbrechen widersehen können. Aber
der Kaiser glaubte nicht, so handeln zu dürfen, und zog vor, ohne irgend
Jemanden zu befragen, die weiße Fahne aufzuhängen. Diese Worte riefen
große Erregung im Saal hervor. Paul de Cassagnac verlangt, daß die be-
reits vernommenen Generale nochmals vor dem Gerichtshof berufen würden.
Ein Theil derselben erklärt, daß sie den Marsch über Carignan nicht gebil-
ligt, daß sie jedoch, wenn sie in Sedan gewesen, denselben mitgemacht haben
und in die sichere Gefahr gegangen sein würden. General Lebrun: Oberst
Martin behauptet, daß, wenn ein Corps-Commandant sich dem General
Wimpffen angeschlossen hätte, er ganz andere Erfolge erzielt haben würde.
Ich war in Sedan. Ich verließ keinen Augenblick den Ober-General. —
Oberst Martin: Ich sah in der That den General in Sedan; er ging einem
Parlamentär voraus, welcher ein weißes Schnupstuch an einem Stock trug.
Zeuge sagt weiter, Truppen seien genug da gewesen, aber die Generale
hätten den Ober-General v. Wimpffen im Stich gelassen. General Douay
protestirt gegen diese Behauptung; was ihn verhindert habe, den Ober-
General zu unterstützen, sei der Umstand gewesen, daß er keine Truppen zu
seiner Verfügung gehabt.

Mehrere Zeugen, die bereits ihre Aussagen gemacht, werden nochmals
auf den Antrag Paul de Cassagnacs vernommen, darunter General de
Gallifet, der mittheilt, daß ein Bataillon des dritten Juaben-Regiments,
welches zu Jües eine Batterie zu bewachen gehabt hatte, nach Belgien durch-
gegangen sei.

Hiermit ist das Zeugenverhör beendet und General Wimpffen erhält das
Wort. Er führt zuvörderst die Debatte auf ihren wahren Ausgangspunkt
zurück. Die Artikel des „Pays“ beschimpfen ihn und sagten, er habe den
Kaiser verrathen, während er dem Souverän allein die Rathschläge gab,
welche mit seiner Stellung unvereinbar waren. Der General fügte dann
hinzu: „Ich bin kein Mann einer Partei. Ich diente der Restauration, der
Juli-Regierung und dem Kaiserreich; ich diente nie einer Partei, sondern
immer dem Lande, und mich plagt nach dem Verrath an. Die Commune
nahm mich fest, und ich wäre beinahe erschossen worden. Kommt das Kaiser-
reich zurück, so werde ich ein Verräther sein und man wird mich wahr-
scheinlich niederstießen. Meine Anhänger sind Agitatoren. Der Kriegsrath er-
klärte, daß ich für die Capitulation von Sedan nicht verantwortlich sei. Mit
welchem Recht klagt man mich nun deshalb noch an? Ich gehe nun zu
einem sehr peinlichen Gegenstande über, zur militärischen Frage. Ich kenne
den Krieg. In der Krim, in Italien lernte ich unsere Genouhheiten sowie
die Schwierigkeiten unserer Militär-Organisation kennen. Ich kannte unsere
schlechte Lage an Zahl der Leute und Kriegsgeschütz. Außerdem überreichte
man den Kaiser, der sich für einen General hielt, aber keiner war, seine
Truppen an der Grenze zu zerstreuen. Beim Beginn des Feldzuges ver-
langte ich ein Commando in der Rheinarmee; man antwortete mir, man
habe mich in Algerien nöthig. Am 24. August wurde ich nach Paris
berufen. Ich kam am 28. dort an. Der Kriegsminister sagte mir, daß ich
eventuellen Falles den Marschall Mac Mahon zu ersetzen haben werde. Ich
kam nach Beaumont und fand das dritte Corps auf der Flucht. Ich sam-
melte es und es hielt bis 3 Uhr Abends Stand. Der von meiner Ankunft
in Kenntniß gesetzte Marschall ertheilte mir den Befehl, mich zurückzuziehen,
was ich auch that. Auf dem Plateau von Sedan angekommen, constatirte
ich den Marsch zweier feindlichen Armeen, die uns umgeben wollten. Am
1. September mußte die Rückzugsidee angesichts des deutschen Planes, uns
zwischen einem Fluße und einer Felsung einzuschließen, aufgegeben werden.
Der Rückzug hätte bewerkstelligt werden können, wenn der General Ducrot,
anstatt die Jües halt zu machen, bis nach Donderberg vorgegangen wäre. Aber
die Truppen hatten Munition und Lebensmittel nöthig und mußten
deshalb unter den Mauern von Sedan halt machen. Der General Ducrot
sagte nichts von der Armee des Kronprinzen von Sachsen, er glaube, sei-
nen Rückzug ausführen zu können, was unmöglich war. Unsere Armee
hatte schon zu viele Niederlagen erlitten, als daß sie die zum Mandviren
nothwendige Freiheit des Geistes gehabt hätte. Das Terrain war außer-
dem nicht günstig. Der Rückzug würde also die Auflösung gewesen sein,
und um sie zu verhindern, übernahm ich das Commando. Ich sprach von
dem Siege, um die Truppen hinzureißen. Der Kriegsrath erkannte an, daß
ich das Commando der Lage halber übernommen habe. Kann man mich
deshalb des Verraths beschuldigen? Mein Plan, über Balan durchzumen-
nen, war übrigens der Plan des Marschalls Mac Mahon. Ich gab die
nöthigen Befehle, aber als ich in den Wald der Garenne kam, fand ich,
daß die Preußen Jües besetzt hatten. Ich kam deshalb auf meine erste Idee
zurück, mit allen verfügbaren Streitkräften, den Kaiser an der Spitze, auf
Balan zu marschiren. Der Kaiser verweigerte es. Ich wartete bis 3 Uhr.
Da die Generale nicht kamen, so führte ich meine Bewegung mit einigen
Truppen der Generale Lebrun und Ducrot. Wenn diese Herren anwesend
gewesen wären, so hätten sie mir andere Truppen zugeführt. Ich allein
hatte 6-7000 Mann gesammelt, welche ich gegen die schwierigsten Stellungen
führte. Ich bewaue, daß der Kaiser nicht kam. Sein Name wäre
mächtig genug gewesen, um alle Truppen gegen den Feind hinzureißen,
den wir wahrscheinlich durchbrochen hätten. Die Führer und der Kaiser selbst
hätten sich opfern müssen. Der Grund der Minderthatigkeit existirt; er existirt
nicht im Kriege. Wenn der Kaiser meinen Rath befolgt hätte, so würde,
wenn nicht er, doch sein Sohn auf dem Throne sitzen. Der Kaiser schabete
der Action des Ober-Generals, indem er die weiße Fahne gegen dessen
Willen aufpflanzen ließ. Es ist also infam, daß man mich so beschimpft,
wie es geschehen ist. Man will sagen, daß ich keinen meiner Grade ver-
diene habe. Habe ich sie denn gelobt? Es ist ichselbst, zu sagen, daß
ich der einzige Urheber des Unglücks von Sedan sei und mich Verräther zu
nennen. Es ist unmöglich, meine Herren Geschworenen, daß Sie solche Be-
schimpfungen zulassen, und ich verlange Gerechtigkeit.

Paul de Cassagnac erhält nun das Wort. Der General Wimpffen
hat mich als einen Menschen ohne Werth behandelt, der seine Partei com-
promittire. Der General Wimpffen ist erregt, weil man ihn der Unfähigkeit
und des Verraths angeklagt. Ich werde diese Anklagen rechtfertigen. Ich
klage ihn auch der Eitelkeit an. Er suchte nicht das Dunkel nach seinem
Unglück. Kaum war er besiegt, so zeigte er sich wieder und klagte seinen
Souverän und seine Waffengefährten an. Er wurde dann Pamphletenschrei-
ber. Er schreibt für das revolutionäre XIX. Siecle, und sinkt so weit, sich
von Jules Favre verteidigen zu lassen. Auf Mahnung des Präsidenten
wird diese Bemerkung zurückgenommen. Ich halte alle meine Worte betref-
fend des Generals Wimpffens aufrecht. Ich verlange, mich zu erklären. Ich werde
nicht sagen, weshalb der General Wimpffen 1860 von Alger nach Oran
kam. Mit einer kleinen Expedition betraut, beklagte er sich damals über den
Marshall Mac Mahon, wie er sich über den Kaiser nach Sedan beklagte.
Er beklagte sich damals, nicht belohnt worden zu sein; er wollte zum Groß-
kreuz der Ehrenlegion ernannt werden. Der General Wimpffen würde sich
mit Recht über mich beklagen, wenn er die übrigen Generale nicht selbst der
Unfähigkeit und der Eitelkeit angeklagt hätte. Der General Wimpffen schrieb,
daß der General Niel sich in Italien für die großen Operationen nicht ge-
schaffen gezeigt habe. Den Marschall Leboeuf und die Generale Jarroz und
Lebrun (alle drei standen an der Spitze des Generalstabes der Rhein-Armee)
nennt er unfähig. Dagegen spendet er dem König von Preußen Lob, der
seine Leute zu wählen verstehe; er nennt die deutschen Generale die allein
ernsten. Ich sagte, daß der General Wimpffen unfähig sei. Um 7 Uhr von
der Verwundung des Marschalls in Kenntniß gesetzt, übernahm er erst um
8 1/2 Uhr den Oberbefehl, weil er vorher die Lage für eine verzweifelte ge-
halten hatte. Seine Unfähigkeit zeigte sich darin, daß er dem Kaiser mit
großer Zuversicht gesagt hatte, er werde die Preußen in die Maas werfen,
während die Lage eine so kritische war. Er hatte bis 2 Uhr keinen Plan.
Um diese Stunde suchte er über Balan durchzubrechen, als es keine organi-
sirten Truppen mehr gab. Ich sagte, der General habe den Kaiser ver-

rathen, ich halte es aufrecht; ich wollte nicht sagen, daß er sein Land ver-
kaufte oder seine Pläne dem Feinde überliefert hat. Dies nicht. Ich vertheide
unter Verrath das, was der General seit Sedan über den Kaiser, der ihn
mit Wohlthaten überhäufte, geschrieben; ich nenne es Verrath, daß er den
Kaiser einen Feigling nannte. Die Zeugen haben dargehan, wie müßig
Napoleon III. sich bewies. Das Bild, wie der Kaiser in einem offenen Bier-
spanner und eine Cigarette rauchend zum König fuhr, ist nicht der Wahrheit
gemäß. Es war Wimpffen, der den Kaiser bei sich zum König von Preußen
zu begeben, um ihm seine Person anzubieten, damit er bessere Bedingungen
für seine Armee erhalte. Nach der Capitulation wurden wir nach der Halb-
insel Jües geführt; wir hatten kein Feuer, kein Brot, kein Wasser, aber der
General war nicht dort. Schon am vierten Tage hat der General die Deut-
schen um Erlaubniß, sich mit vier Offizieren und seinen Pferden nach Stutt-
gart zu begeben. Er dachte an Alles, nur nicht an seine Soldaten. Ohne
die Generale Ducrot, Lebrun, Douay wären wir verhungert. Angeklagter
schließt mit einer Anrede an die Geschworenen, dem Andenken des Kaisers,
seinem Sohne, seiner erhabenen Wittve Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Jules Favre (Verteidiger Wimpffens) bemerkt einleitend, daß die von
dem Angeklagten versuchte Rehabilitation des Kaiserreichs ohne Erfolg bleiben
werde, zumal hier, wo sie nichts mit der Sache zu thun habe. Er läßt sich
dann weitläufig auf politische Ausführungen gegen den Bonapartismus ein,
und fährt danach fort: Der General Wimpffen trägt den Degen seit vierzig
Jahren mit Ehren auf allen Schlachtfeldern. Im Kriege von 1870 kommt
er am 30. August plötzlich im Augenblicke an, wo das fünfte Corps auf der
Flucht ist; es sammelt sich, und der nächste Tag ist Sedan. Nach allen An-
strengungen dazu gezwungen, seinen Namen der Capitulation von Sedan
anzuhängen, hat er, Sie werden es zugeben, schweres Unglück gehabt.
Schon während seiner Gefangenschaft klagte man ihn an, für die Capitulation
allein verantwortlich zu sein. Er schrieb sein Buch, um auf diese Anklage
zu antworten; dasselbe wurde aber erst 1872 veröffentlicht. In diesem Buche
zeigt sich der General aufrichtig und loyal; er greift die Minister, die den
Kaiser ins Unglück gestürzt, an, nicht aber seine Kameraden. Jules Favre
verliest nun die Artikel des „Pays“, von welchen er nachweist, daß sie die
Wahrheit in verleumderischer Weise entstellen. Er theilt die Antworten des
Generals Wimpffen ebenfalls mit. Die Sitzung wird um 7 Uhr Abends
auf Montag 10 Uhr vertagt.

Spanien.

Madrid. [Das Schreiben, in welchem König Alfons
den fremden Mächten seine Thronbesteigung officiell
notificirt,] ist in französischer Sprache abgefaßt und allen Souve-
ränen, wie auch den Präsidenten der französischen Republik und der
Vereinigten Staaten gleichlautend zugegangen. Dasselbe lautet in
Uebersetzung:

„Alfons XII. von Gottes Gnaden und in Folge nationalen Willens
König von Spanien etc.“

Er. Majestät

Da die spanische Monarchie wieder hergestellt ist unter dem Beifall und
der Zustimmung der Völker und wir berufen sind, sie zu regieren in Folge
der legitimen Erbfolge und der Abtattung meiner sehr lieben Mutter
Isabella II., beileben wir uns Ew. Majestät von unserer Thronbesteigung Mit-
theilung zu machen. Wir hoffen mit Hilfe des Allmächtigen, Ordnung und
Frieden in der Nation wieder herzustellen, indem wir stets die Achtung be-
obachten werden, welche ihrem religiösen Glauben, ihrer Freiheit und ihren
Privilegien gebührt. Um dieses Ziel zu erreichen, erscheint uns nichts noth-
wendiger, als die Beziehungen zu allen Staaten und ein brüderliches Ein-
vernehmen mit den fremden Souveränen herzustellen; deshalb bitten wir
Ew. Majestät, uns mit Ihrer Freundschaft beehren und dieselbe annehmen
zu wollen, welche wir Ihnen entgegenbringen, indem wir gleichzeitig Gott
ansprechen, Ew. Majestät in seinen heiligen und würdigen Schutz zu nehmen.
Gegeben im Palaste zu Madrid, 16. Januar 1875.

gez. Alfons de Borbon y Borbon.
gegeg. Alejandro Castro.

[Spanien und Amerika.] Wiederholt haben bereits amerika-
nische Correspondenzen englischer Blätter auf eine zwischen den Verei-
nigten Staaten und Spanien drohende Verwickelung hingewiesen.
Eine ähnliche ziemlich schwarz malende Mittheilung findet sich in einer
Washingtoner Correspondenz der „Augsb. Allg. Ztg.“: „In auswärti-
gen Beziehungen scheinen gewitterschwangere Wolken am politischen
Horizont herauszuziehen. Die Verhältnisse der nordamerikanischen Re-
publik zu Spanien werden immer kritischer, der Geduldsfaden der
Republik scheint plötzlich gerissen zu sein. Bekanntlich schweben seit
längerer Zeit Unterhandlungen wegen des von einem spanischen Kriegs-
schiffe gelaperten amerikanischen Schiffes „Virginius“, sowie wegen der
von spanischen Behörden auf Cuba zum Tode verurtheilten und er-
schossenen amerikanischen Schiffsmannschaft des „Virginius“. Die
spanische Republik unter Castelar hatte diese Differenzen auf Grund
eines Protocolls gelöst und im Allgemeinen die Entschädigungsansprüche
der nordamerikanischen Republik anerkannt. Unter Serrano sind jedoch
Wetterungen und absichtliche Verzögerungen eingetreten, bis endlich
jetzt die Eigenschaft des „Virginius“ als amerikanisches Schiff bestritten
und das Protocoll als Grundlage der Verhandlungen desavouirt wor-
den ist. Die Ansprüche Englands wegen der auf dem „Virginius“
befindlichen und von spanischen Behörden hingerichteten Engländer sind
sogar befriedigt, die Ansprüche der nordamerikanischen Republik aber
in neuester Zeit dem Ziel einer Lösung ferner als je gerückt worden.
Außerdem ist der seit 10 Jahren währende innere Krieg zwischen den
Spaniern und den eingeborenen Kreolen auf Cuba eine drückende
Last für die amerikanische Republik; denn einerseits muß letztere die
wachsamste Controlle in allen hiesigen Häfen gegen Ausrüstung von
Piraten Schiffen führen, um die Neutralitätsverpflichtungen gegen Spanien
und Cuba streng zu wahren; andererseits leidet der amerikanische
Handel mit Cuba außerordentlich wegen der hohen Export- und
Importzölle in Cuba, welche fast ausschließlich von amerikanischen Kauf-
leuten gezahlt werden. Dazu kommt, daß das schreckliche Institut der
Sclaverei in Cuba das Humanitätsgefühl jeder civilisirten Nation emp-
ören muß. Die hiesige Nationalregierung, welche seit der Thronbe-
steigung Alfonsos jede frühere der spanischen Republik bewiesene Sym-
pathie zurückzog, hat in Voraussicht eines bestehenden Bruches mit
Spanien alle Kriegsschiffe von den fremden Stationen zur schleunigen
Sammlung im Golfe von Mexiko gegenüber Cuba beordert; alle
übrigen Schiffe haben Befehl, sich zum unmittelbaren Seebienst bereit
zu halten; die Forts an der atlantischen Küste werden besetzt und
mit großen Massen von Munitionen und Provisionen versehen. Auch
die englische Regierung hat in Voraussicht naher kriegerischer Verwick-
lungen an der Insel Jamaica eine Flotte zusammengezogen. Spanien
vermehrt in aller Eile seine Armee in Cuba und vereint in den
westindischen Gewässern eine große Kriegesflotte. Außerdem ist auch die
cubanische Junta von Revolutionären, welche in Newyork ihren Sitz
hat, äußerst thätig, im hiesigen Congress die Anerkennung der Rebellen
von Cuba als kriegsführende Macht zu erwirken. Die hiesige Regie-
rung ist entschlossen, (?) ihren Ansprüchen unverzüglich (?) Erfüllung zu
verschaffen. Man (?) erwartet mit Bestimmtheit in Kurzem eine Bot-
schaft des Präsidenten, in welcher er das fruchtlose Ergebnis der Ver-
handlungen mit Spanien darlegen und die Entscheidung des Con-
gresses über die ultima ratio verlangen wird. Der hiesigen Regie-
rung könnte ein Krieg mit Spanien nur willkommen sein, indem
dadurch die Aufmerksamkeit des Volkes von den beunruhigenden Wirren
in den südlichen Staaten abgezogen, ein neuer Patriotismus im Volke
hervorgezaubert und der republikanischen Regierung wie der republika-
nischen Partei eine neue andauernde Stärke und Sympathie im Volke
gesichert würden.“

+ [Der Verein für Pferde- und Pferde-Rennen] wird in diesem Jahre wiederum Donnerstag, Freitag und Sonnabend den 3., 4. und 5. Juni eine große Pferde-Ausstellung, verbunden mit einer Prämierung und einer Verloosung veranstalten. Dieselbe findet wiederum auf demselben Platze der Thiergartenstraße wie im vorigen Jahre statt, nur mit dem Unterschiede, daß diesmal ein neues höchst elegant und praktisch erbautes Ausstellungsgelände errichtet wird. Zimmermeister Seglinsky hat bereits den Bau des Gebäudes übernommen, welches eine Länge von 280 Meter erhält. Die Einförmigkeit der Längsfront findet dadurch eine Abwechslung, daß in gewissen Entfernungen drei Gesellschaftshallen angebracht werden, die im schweizerartigen Style erbaut, über das Dach des Gebäudes hervorragend. Gleichzeitig sind darin die Eingangshallen in die Ausstellung in bequemer Weise vorhanden, so daß ein lästiges Gedränge vermieden ist. An beiden Enden des Gebäudes werden Restaurations-Locale errichtet, die dem Bauwerke ebenbürtig angepaßt sind. Das Ausstellungsgelände wird statt der üblichen Glasfenster bunte transparente Leinwand erhalten, um eine gute Ventilation und entsprechende Helligkeit zu erzielen. Die im vorigen Jahre vom Centralverein geliehenen Zuchtviehhallen finden diesmal keine Verwendung, da der Verein für Pferde- und Pferde-Rennen alle erforderlichen Räumlichkeiten für eigene Rechnung neu beschaffen läßt, die dann für zukünftige Jahre dauernd bleiben. An der Straßenfront wird wiederum eine große Doppeltribüne errichtet, die von beiden Seiten amphitheatralisch sich erhebt, damit dieselbe von Seiten des Publikums sowohl nach dem Ausstellungsgelände zu während der Pferdeverloosung, als auf die Straße zu am letzten Tage bei der Corpsfahrt benutzt werden kann. Die Zeit der Ausstellung ist als eine passende zu bezeichnen, da sich unmittelbar (am 7. und 8. Juni, Sonntag und Montag) die Pferde-Rennen anschließen. Am 7., 8. und 9. Juni findet außerdem noch auf dem Exercierplatze die alljährliche Maschinen-Ausstellung statt. Rechnet man hinzu, daß sich gerade zur Vollmarktszeit sehr viele Fremde hier befinden, so ist wohl anzunehmen, daß sich das ganze Unternehmen eines großen Zuspruchs erfreuen dürfte. Die königlichen und Privat-Eisenbahnen haben den Ausstellern freie Rückfahrt für nicht verkaufte Pferde gestattet, und einige Privat-Unternehmer Gedanken an diesen Tagen Extrazüge zu veranstalten, um den Bewohnern der Provinz den Besuch zu erleichtern. Der Verkauf der Loose findet bereits die allseitigste Theilnahme, da schon circa 30,000 Stück abgesetzt sind. Der erste Hauptgewinn ist eine vierstännige, und der 2. Hauptgewinn eine zweistännige Equipage; der 3. und 4. Gewinn sind zwei offene Chaisewagen. Außerdem kommen 50 Stück Reit- und Wagenpferde, 1000 Stück verschiedene andere Gewinne, wie Sättel, Geschirre, Gewehre, Revolver, Hirschfänger u. v. zur Verloosung, darunter auch 75 goldene und silberne Chronometer und Remontoir Taschenuhren, und 25 Pendules und Regulatoren. Möge sich jeder rechtzeitig mit einem Loose versehen, da nur eine bestimmte Anzahl zum Verkauf gelangen.

= [Verein für Geschichte der bildenden Künste.] Freitag den 19. Februar wird Herr Gymnasial-Director Dr. Heine Bröller's Genelli-Fries und einige andere Arbeiten Bröller's in photographischer Nachbildung vorgelegt.

μ [Herr Hugo Bauer], von seiner letzten Anwesenheit her in noch gutem Gedächtnis, wird am Sonnabend, den 20. Februar, zum letzten Male am hiesigen Orte im Musiksaale der Universität Göthe's „Faust“ frei aus dem Gedächtnis vortragen. Wir versehen nicht, die Freunde klassischer Dichter auf jenen Vortrag hinzuweisen.

* [Mittheilungen aus dem statistischen Bureau.] Woche vom 7. bis 13. Febr. Die vorige Woche bot wohl bis jetzt am anhaltendsten Kälte und zwar am Schluß einen ziemlich hohen Grad. In Breslau scheint die Luft während des Winters am reichsten an Ozon zu sein, wenigstens ergeben die Beobachtungen, die man hier bisher angestellt hat. An anderen Orten soll — so glauben wir gelesen zu haben — die Luft im Winter am wenigsten ozonhaltig sein. Das Resultat der Beobachtungen in voriger Woche ist ein außerordentlich günstiges. Nur am Sonnabend zeigte ausnahmsweise der Barometer = 0 (NB. bei Südost- und Wind), am Freitag schon = 2, am Montag = 3, am Mittwoch und Donnerstag = 4, am Dienstag 6 =, am Sonntag gar = 7. — Auf den Standesämtern wurden notirt: 40 Aufgebote (13 weniger als vorige Woche), 67 Eheschließungen (13 mehr als in voriger Woche), 187 Geburten exclus. der Todtgeborenen (6 mehr als in vorangegangener Woche), 113 Todesfälle (13 weniger als in vorangegangener Woche). Todtgeborenen wurden 7, mit diesen sind also 194 Geburten und zwar 99 männliche, 95 weibliche. Von den 113 Gestorbenen sind 49 männliche und 64 weibliche; es starben Kinder unter einem Jahre: 44. — Unter den 67 Eheschließungen waren 19 rein evangelische und 16 rein katholische Ehen, 12 Mischehen, bei denen der Mann katholisch und die Frau evangelisch, und 17 Mischehen, bei denen der Mann evangelisch und die Frau katholisch ist, und endlich 3 rein jüdische Ehen. Bei 21 Eheschließungen war der Mann jünger als die Frau. — Unter den 194 Geburten waren 31 unebeliche; 110 evangelisch, 78 katholisch, 4 jüdisch und 2 diffidentisch. Unter den 113 Gestorbenen waren 67 evangelisch, 42 katholisch, 4 jüdisch.

μ [Vorschau-Verein zu Breslau, eingetragene Genossenschaft.] Nächsten Donnerstag, den 25. d. Mts., findet im großen Saale des Café restaurant eine außerordentliche General-Versammlung des hiesigen Vorschau-Vereins, befaßt mit Berathung und Beschlußfassung über das neue Statut und ergänzte Statut statt. Die Hauptpunkte, auf welchen diese Abänderungen basiren, bestehen in der durch die bekannten Vorgänge nöthig gewordenen Anstellung einer besoldeten Direction und der Einsetzung einer, aus dem Verwaltungsrath zu erwählenden Revisions-Commission, welcher die verantwortliche Ueberwachung des gesamten Geschäftsganges obliegen würde. — Ferner soll, wie wir erfahren, in dieser Versammlung die Niederlegung der Aemter des Vorstandes sowie des gesamten Verwaltungsrathes stattfinden, da diese Organe, veranlaßt durch die vielen ungetheilten Vorwürfe seitens eines Theiles der Mitglieder, nicht mehr das Vertrauen der Majorität des Vereins zu besitzen vermögen und durch ihren Rücktritt dem Verein freie Hand bei den demnächst stattfindenden Neuwahlen lassen wollen. Wie man aus ferner mittheilt, soll ein Theil der bisherigen Mitglieder der Verwaltungsorgane nicht mehr gewillt sein, eine Wiederwahl anzunehmen; es wäre dies unserm Gracitens um so bedauerlicher, als diese Entlassung aus seitens der beiden Vorständen des Verwaltungsrathes, der Herren Kopisch und Morgenstern, abgegeben worden sein soll, zweier Männer, deren Verdienste um den Vorschau-Verein nicht hoch genug eingeschlagen werden können und die derselbe sehr schwer vermissen würde. — Ein weiterer Punkt der Tagesordnung, der Antrag eines Mitgliedes auf volle Beilegung des Guthabens, wird hoffentlich in Anbetracht der Gefährlichkeit desselben eine genügende Unterstützung nicht finden.

+ [Eine nicht uninteressante Illustration] zu den gegenwärtig von Staat und Kirche in den kirchenpolitischen Fragen eingenommenen Standpunkten bietet ein bei der königlichen Regierung zu Doppel eingegangener Antrag des Schulzen Smieja und Genossen zu Polnisch-Weichsel, Kreis Ples, in welchem die Genehmigung zur Haltung eines eigenen Geistlichen auf Gemeindefosten nachgesucht wird, und der hierauf von gedachter Behörde unterm 9. d. Mts. ertheilte Bescheid. Derselbe giebt zugleich über das zu Grunde liegende Sachverhältniß Aufschluß, weshalb wir ihn seinem ganzen Wortlaute nach folgen lassen:

„An den Schulzen Herrn Smieja und Genossen in Polnisch-Weichsel. —

Sie haben unter dem 15. v. M. im Verein mit 54 Mitgliedern der Gemeinde Polnisch-Weichsel Namens der „katholischen Kirchengemeinde“ das am 27. v. Mts. hier eingegangene Gesuch an uns gerichtet, der Gemeinde Polnisch-Weichsel die Genehmigung zur Haltung eines eigenen Geistlichen — den die Gemeinde auf eigene Kosten zu unterhalten sich verpflichtet — ertheilen zu wollen. Wie wir aus den in dem Gesuche enthaltenen thatsächlichen Ausführungen, auf welche Sie das Gesuch begründen, entnehmen, ist es der Wunsch der zur Pfarre Polnisch-Weichsel eingepfarrten katholischen Gemeindeglieder von Polnisch-Weichsel, es möge wegen des unzureichenden Raumes der Pfarrkirche in Polnisch-Weichsel, wegen der fast eine Meile betragenden Entfernung der Pfarre Polnisch-Weichsel von Polnisch-Weichsel und wegen des vorgerückten Alters und der andauernden Kränklichkeit des Herrn Pfarrers Paweletz in Polnisch-Weichsel, in Rücksicht darauf ferner, daß Polnisch-Weichsel 1150 katholische Einwohner zähle und im Besitze eines aus Totalmitteln erbauten, mit allen nöthigen Kirchen-Paramenten und Einrichtungsküden versehenen Kirchen-Gebäudes sei, dem Pfarrer Paweletz ein Caplan (Pfarrgehilfe) beigegeben und als Total-Caplan in Polnisch-Weichsel angestellt werden.

„Da nicht der Staat, sondern die kirchlichen Oberen die Geistlichen anzustellen haben, so ist die Staatsbehörde nicht in der Lage, etwas zur Erfüllung Ihres Wunsches zu veranlassen. Es hängt vielmehr lediglich von der Entscheidung des Herrn Fürstbischöflichen von Breslau ab, dem Pfarrer in Polnisch-Weichsel einen Caplan beizugeben und letzteren als Total-Caplan in Polnisch-Weichsel angustellen. — Sie haben sich daher auch an die zuständige Behörde gewendet, wenn Sie, wie wir aus Ihrer Vorstellung ersehen, Ihr befalliges Gesuch unterm 28. September v. J. an den Herrn Fürstbischöflichen von Breslau gerichtet und diesen um einen Geistlichen gebeten haben. Wenn Sie uns, wie geschehen, anzeigen, daß Sie auf dies an den Herrn Fürstbischöflichen gerichtete Gesuch dahin beschieden worden seien, „daß die Anstellung eines Geistlichen nach den jetzigen Staatsgesetzen erfolglos sein müßte, da der Angestellte an der Ausübung seiner Functionen durch die Staatsgewalt gehindert werden würde“, und wenn Sie im Anschluß hieran sich mit der Bitte an uns wenden, Sie in dieser so traurigen Lage in Schutz zu nehmen und der Gemeinde Polnisch-Weichsel die Genehmigung zur Haltung eines eigenen Geistlichen zu ertheilen, so dürfen wir uns nicht verlegen, Ihnen die bestimmte Versicherung zu ertheilen, daß ein vom Herrn Fürstbischöflichen angestellter Geistlicher an der Ausübung seiner Functionen durch die Staatsgewalt nicht nur nicht gehindert, vielmehr nöthigenfalls darin geschützt werden würde, vorausgesetzt nämlich, daß die Anstellung dem Gesetze gemäß erfolgt.

„Zur Anstellung eines Total-Caplans in Polnisch-Weichsel bedarf es keines Mehreren, als daß der Herr Fürstbischöfliche sich entscheidet, den Candidaten, welchem das gedachte Amt übertragen werden soll, dem Herrn Ober-Präsidenten unter Vorzeichnung des Amtes zu benennen (§ 15 des Gesetzes vom 11. Mai 1873). Gegen die Anstellung kann zwar innerhalb 30 Tagen nach der Benennung Einspruch erhoben werden. Der Einspruch ist aber nach dem Gesetze (§ 16 a. a. O.) nur in folgenden Fällen zulässig:

- 1) wenn dem Anzustellenden die gesetzlichen Erfordernisse zur Bekleidung des geistlichen Amtes fehlen,
 - 2) wenn der Anzustellende wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches das deutsche Strafgesetzbuch mit Zuchthaus, oder mit dem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte, oder dem Verluste der öffentlichen Aemter bedroht, verurtheilt ist oder sich in Untersuchung befindet,
 - 3) wenn gegen den Anzustellenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß derselbe den Staatsgesetzen oder den innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit erlassenen Anordnungen der Obrigkeit entgegenwirft oder den öffentlichen Frieden stören werde.
- „Hiernach werden Sie selbst zu ersehen im Stande sein, inwieweit die Gründe, aus welchen der Herr Fürstbischöfliche Ihre Bitte um einen Geistlichen abschlägig beschieden hat, für zutreffend erachtet werden können und daß es nicht die Staatsgewalt und die Staatsgewalt sind, welche die Erfüllung der auf Befriedigung der religiösen Bedürfnisse der dortigen Gemeinde gerichteten Wünsche und Bitten derselben verhindern.“

* [Aufforderung.] Zu Liegnitz werden die Mitglieder der Gemeinde-Kirchenräthe und Gemeinde-Vertretungen im „Anzeiger“ aufgefordert, zusammenzutreten, „um bezüglich der Wirksamkeit jener (der Provinzial-) Synode höheren Orts vorstellig zu werden.“

μ [Städtische (alte) Ressource.] Nach längerer Pause veranstaltete der Vorstand wieder einmal ein größeres geselliges Vergnügen. (Der Referent hat vergessen mitzutheilen: wann und wo? — Red.) Der Ball begann um ca. 9 Uhr und wurde bis zur Tafel gelangt. Bei Tisch wechselten ernste und scherzhafte Laune, so daß bald die heiterste Stimmung hervorgerufen wurde, die in einem von Herrn Friedländer geleiteten höchst schwingvollen Riede ihren Gipfelpunkt fand. Herr Berry ermahnte die Mitglieder, über der Verfolgung politischer Tendenzen der geselligen Freuden nicht zu vergessen. Herr Friedländer schilderte in höchst ergötzlicher Weise die Leiden und Freuden der Vergnügungs-Commission und ließ deren Chef leben. Herr Freund toastete auf das Gründer-Kleblatt der Ressource, Herr Ertel auf den jungen Nachwuchs, Herr Friedländer auf die Damen und so wechselte Laune auf Laune, bis die Vertreter des Tanzes wieder ihr Recht forderten und dasselbe bis zur frühen Morgenstunde behaupteten. Der Ball endete mit einem von Herrn Berry recht geschmackvoll arrangierten Coctail. Dem aus jüngeren Kräften bestehenden Vergnügungs-Comité, das seine Aufgabe trotz großer Schwierigkeiten glänzend gelöst hat, gebührt der Dank aller Theilnehmer.

* [Berichtigung.] Die Nachricht der römischen „Volkszeitung“, daß ein Königsberger Student, den ein hiesiger Armine auf der Mensur verwundet, im Hospital seinen Wunden erlegen sei, ist, wie uns authentisch mitgeteilt wird, falsch. Der Verwundete ist vielmehr ganz außer Gefahr und auf dem Wege zur Genesung.

+ [Unfälle.] Die 70 Jahre alte Nagelschmiedsfrau Rosine Hasni wurde gestern Nachmittag an der Ecke der Neuen Taschenstraße von einem Reitpferde, welches der Burche eines hiesigen Stabsofficiers am Zügel führte, so Boden gelassen, so daß die bedauernswürdige Frau am Kopfe blutend und im besinnungslosen Zustande nach dem Allerheiligens-Hospitale geschafft werden mußte. Den Verursacher triff keine Schuld, da er mit seinem Pferde vor der langsam den Fahrweg passirenden Frau halten blieb. Leider machte hierbei das unruhige Thier unermutet einen Seitensprung, in Folge dessen der erwähnte Unfall geschah. — Gestern Nachmittag fuhr der auf der Kleinburgerstraße Nr. 47 wohnhafte Zimmermeister Kuwede mit seinem mit 2 Pferden bespannten Schlitten über den Lauenzienplatz nach der Lauenzienstraße. An der Ecke beim Umbiegen gerieth der Schlitten ins Schleudern und stürzte um, wodurch der dort mit Aufhaden des Eis besetzte 52 Jahre alte Magistratsarbeiter Heinrich Geier zu Boden geworfen wurde. Die im Schlitten befindlichen Personen, nämlich die Ehefrau mit ihrem Gatten und der Knäueler fielen ebenfalls zur Erde, wobei aber die Erstere mit ihren Kleidern an der Schlittenkette hängen blieb und ca. 50 Meter weit auf der Straße weiter geschleift wurde. Ebenso wurde der Zimmermeister Kuwede selbst, der den Schlitten geleitet und die Zügel um seine Hand geschlungen hatte, ca. 400 Meter weiter geschleift, da er nicht im Stande war sich von den Zügeln zu befreien. Die schon gewordenen Pferde wurden glücklicherweise von einem entgegenkommenden Manne angehalten, und alle drei Insassen, denen bei diesem Unfall auch nicht der geringste Schaden zugefügt war, setzten ihre Weiterfahrt — als wenn nichts vorgekommen wäre — unbehindert weiter. Nur der oben erwähnte Magistratsarbeiter, der regungslos am Boden lag, mußte nach seiner Wohnung geschafft und in ärztliche Verpflegung gegeben werden.

+ [Polizeiliches.] Seit einigen Wochen treibt hierorts eine 20 Jahre alte Betrügerin ihr Unwesen durch freche Diebereien auf verschiedenen Schlafstellen. Fast jeden Tag sucht sich diese dreiste Person eine Schlafstellennachricht, versteht dann, wenn sie eine solche gefunden, ihre Wirtin zu überreden, daß ihr Jemand zur Abholung ihrer Koffer mitgegeben wird, stiehlt zuvor aber alle erreichbaren werthvollen Gegenstände, und unterwegs weiß sie sich auf pfiffige Art von dem Begleiter zu entfernen. Indem hiermit vor dieser gemeingefährlichen Betrügerin gewarnt wird, wäre es erwünscht, wenn zweidienliche Angaben zu ihrer Habhaftwerdung gemacht würden, da dieselbe täglich eine andere Wohnung inne hat, und daher nirgends aufzufinden ist. — Einem Messergasse Nr. 13 wohnhaften Kohlenhändler ist gestern eine silberne Cylinderruhr mit Goldrand im Werthe von 24 Mark gestohlen worden.

+ [Verhaftungen durch die Schuttmannschaften.] In dem Zeitraum vom 8.—15. Februar sind hierorts 42 Personen wegen Diebstahls, Hehlerei, Betrug und Unterschlagung, 26 Excedenten und Trunkenbolde, 3 Personen wegen Widersetzlichkeit gegen Beamte, 89 Bettler, Landstreicher und Arbeitslose, 11 lieberliche Dirnen wegen Entziehung der polizeilichen Controle und Besuch von verbotenen Lokalen und 183 Obdachlose, im Ganzen 362 Personen zur Haft gebracht worden.

μ [Geburten und Mortalität.] Im Laufe der letztverfloffenen Woche sind hierorts polizeilich angemeldet worden: Als geboren 107 Kinder männlichen und 101 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 208 Kinder, wovon 31 außerehelich; als gestorben 50 männliche und 62 weibliche, zusammen 112 Personen incl. 6 todgeborener Kinder.

μ [Zweite Schmutzgerichtsperiode pro 1875.] Die zweite diesjährige Schmutzgerichtsperiode beginnt am 22. Februar unter dem Vorsitz des Herrn Stadtgerichts-Rath Bästorf und wird bis zum 6. März dauern.

Es kommen 30 Anklagesachen gegen zusammen 40 Angeklagte zur Verhandlung, deren größter Theil, wie üblich, schwere Eigenthumsverbrechen zum Gegenstande hat. Ein verhältnißmäßig großer Theil, 4 Anklagen, richtet sich diesmal auf schwere Verbrechen gegen die Sittlichkeit; die betreffenden Verhandlungen, zu denen indeß das Publikum keinen Zutritt haben wird, finden am 22., 23., 25. und 27. d. M. statt. Am ersten Tage kommt überdies ebenso wie am 2. und 3. März eine vorläufige Körperverletzung mit tödtlichem Ausgang, am 3. März ferner ein Aufruhr und Widerstand gegen die Staatsgewalt gegen 6 Personen, endlich am 6. März 2 Verbrechen gegen das Leben, zur Verhandlung, nämlich die Anklagen gegen den Ladirer Wiesner aus Breslau wegen Todtschlags und gegen den Inlieger Johann Günther aus Sonja, wegen verübten Mordes.

* [Von Dr. med. Jacobi, praktischer Arzt in Grünberg], ist im Verlage der Kortkamp'schen Buchhandlung für Staatswissenschaftler in Fortsetzung der Reichs-Gesetze das Reichs-Jmpf-Gesetz dargestellt und erläutert erschienen. Da mit dem 1. April d. J. das Impf-Gesetz zur Ausführung kommt, so können wir das praktische Schriftchen um so mehr empfehlen, da es die sämtlichen Bestimmungen des Gesetzes aus den Motiven und den Reichstags-Verhandlungen folgerichtig erläutert, daß über das Verständnis und die Handhabung derselben keine Zweifel obwalten können. Auch die gewählte Behandlungsweise, welche jeden Paragraphen wie das ganze Gesetz mitten in den dramatischen Kampf der Reichstagsdebatten stellt, dürfte durch den Wunsch des Verfassers gerechtfertigt erscheinen, den Lesern die sehr interessante „von der Parteien Haß und Günst“ stark beeinflusste parlamentarische Entwicklungsgeschichte des Gesetzes vor Augen zu führen. Dem Werthen sind als Anhang die Ausführungs-Bestimmungen und die in Geltung gebliebenen Landesgesetze bei dem Ausbruche von Pocken-Epidemien beigegeben.

§ Grünberg, 16. Febr. [Prediger-Wahl.] Der heute stattgefundenen Wahl zur ersten evangelischen Prediger-Stelle wurde mit großer Spannung entgegengesehen, da die liberale Anschauung sich zum ersten Male auch auf kirchlichem Gebiete bewähren sollte, wo bisher hier nur eine strenggläubige Richtung geherrscht hatte. Die freisinnige und Mittelpartei war von Anfang an entschlossen, an dem Diaconus Altenburg aus Liegnitz festzuhalten, dessen Wahl auch von unserem freisinnigen Magistrat begünstigt wurde. Die strenggläubige Partei hatte anfangs ihr Augenmerk auf den Prediger Ebert in Schweidnitz gerichtet (Mitglied der Provinzial-Synode), nach dessen Rücktritt waren die einen für den Prediger Sandmann, die anderen für den mitconcurrirenden Prediger Weghaupt von hier, ohne daß eine Einigung erzielt worden wäre. Die freisinnige Partei hatte um so mehr Anlaß zur großen Mühseligkeit, da noch bei den Synodal-Wahlen nur Candidaten der strenggläubigen Richtung mit anföhrlicher Majorität gewählt wurden. Es wurden nun bei der heutigen Wahl 375 gültige Stimmen von der Gemeinde = 60 Wirklstimmen abgegeben, während dem Magistrat 12 Wirklstimmen zutamen. Es erhielten Diaconus Altenburg 224 Gemeindestimmen = 35 Wirklstimmen, dazu vom Magistrat 11 Wirklstimmen, so daß er mit 46 Wirklstimmen gewählt wurde, also mit einer überraschenden Majorität. Auf Prediger Sandmann fielen 61, auf Weghaupt 49, auf Schlieben 32 Stimmen. Eine magistratliche Wirklstimme bekam Prediger Sandmann. Zu wünschen wäre es noch, daß Diaconus Altenburg auch die Superintendentur bekäme.

Δ Steinau a. D., 16. Febr. [Kälte. — Eisenbahnangelegenheit.] Der Thermometer zeigte an einigen Tagen der letzten Woche 13—15 Grad und varirte an den übrigen Tagen bis heute zwischen 5—9 Grad. Das Eis in der Oder ist hier seit gestern zum zweiten Male zum Stehen gekommen und dürfte dies mal jedenfalls ein bedeutender Eisgang zu erwarten sein, als im Monat Januar. Leider sind auch hier oberhalb der Eisenbahn-Überbrücke 11 aufwärts dirigierte Röhre verwittert. Die hiesigen Regel weisen heute ungefähr 8 Fuß Wasser nach. — Am rechten Oderufer ist man bereits gegenwärtig mit der Anlage eines unterhalb der Bahnbrücke vorüberführenden Fußweges beschäftigt, wodurch der Direction der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn eine bedeutende Ersparnis bewirkt wird. Bisher war es nämlich den Fußgängern gestattet, auf dem Deiche dicht vor der Bahnbrücke das Schienengeleis zu überqueren. Damit aber die Sicherheit der Passanten nicht gefährdet werde, mußte von Seiten der Bahn-Direction ein Beamter angestellt werden, welcher kurz vor Anstuf des Zuges die Barriere zu schließen resp. wieder zu öffnen hatte. Dieser Beamte wird nach der Fertigstellung des erwähnten Fußweges unnöthig resp. abkömmlich, indem die auf der Krone des Deiches zu beiden Seiten des Schienengeleises angebrachten Barrieren hinfort für immer geschlossen bleiben. Fremde Passagiere werden durch die auf Lafeln angebrachte Weisung von der Benutzung des Fußweges unterhalb des ersten Brückenbogens durchführend — in Kenntniß gesetzt. Eine Frage bleibt allerdings hierbei unbeantwortet: Wie dann, wenn bei Hochwasser der Fußweg unterhalb der Oberfläche des Wassers zu suchen ist und die Barrieren auf dem Deich geschlossen sind? Den hiesigen Besitzern der Giskeller hat der letzte Frost einen besonderen Gefallen erwiesen, wenigstens war in diesen Tagen eine bedeutende Rührsamkeit bezüglich des Einfahrens allgemein zu bemerken.

μ Gubrau, 17. Februar. [Unfallsfall.] Am 13. d. Mts. hörten Knechte auf dem Dominium Groß-Wirjewitz, Kreis Gubrau, zwischen vier und fünf Uhr des Morgens angestrichene Hilferufe. Die Stimme leitete sie nach der nahen Partsch. Hier bot sich ihnen ein entsetzlicher Anblick dar. Am Ufer des Flusses stand ein, wie es heißt, mit Wot beladener Schlitten, in der Partsch aber befanden sich ein Dominial-Knecht aus Neu-Wirjewitz und zwei Pferde, von denen das eine bereits todt, das andere aber wie der hiesige Knecht schon so fest eingeforen waren, daß sie nur mit Hilfe der Art aus ihrer entsetzlichen Lage befreit werden konnten; der Knecht ist bereits dem Tode erlegen. Das Gespann, das auf dem Rückwege von Wirjewitz bei Herrnstadt nach Neu-Wirjewitz begriffen war, hatte die Partsch überfahren, und da der Knecht wahrcheinlich eingeschlafen war, hatten die unbeaufsichtigten Pferde den rechten Weg verlassen und waren dem Ufer der Partsch gefolgt. Als sie in den Fluß geriethen, muß die Deichsel abgebrochen sein, während der Schlitten durch die Schwere seiner Ladung auf dem Ufer erhalten wurde. Der Knecht ist also wahrcheinlich, um die Pferde herauszuholen, in die Partsch gesprungen.

μ Liegnitz, 17. Februar. [Die hiesige landwirthschaftliche Mittelschule] wurde in dem verfloffenen Winterhalbjahre von 40 Schülern besucht. Von diesen waren aus dem Kreise Liegnitz 13, dem Kreise Wohlau 4, Goldberg-Hainau 3, Schweidnitz 3, Lieben 2, Zauer 2, Bunzlau 2, und je einer aus den Kreisen: Waldenburg, Frankenstein, Steigrau, Reichenbach, Trebnitz, Steinau, Vollenhain, Löwenberg, Krotoschin, Wörsitz und einer aus München. Die Schüler stehen in einem Alter von 14—19 Jahren. — Die Anstalt wird am 19. März eine öffentliche Prüfung abhalten, und ist damit Gelegenheit gegeben, eine genauere Einsicht von der Einrichtung und Wirksamkeit desselben nehmen zu können. — Der Unterricht wird von 4 ordentlichen und 6 Hilfslehrern in 3 Klassen ertheilt und umfaßt er neben der Landwirthschaftslehre noch die allgemeinen Bildungsfächer und Naturwissenschaften. Außerdem wird Anleitung gegeben in: Obst-, Garten- und Waldbau, Feldmessung und Nivellement, technischem Zeichnen, Turnen und der Vierzugschule. Einen Versuchsgarten, ein chemisches und physikalisches Laboratorium hat die Anstalt im Besitze; die Lehrmittelsammlung ist durch neue Anschaffungen und Geschenke edler Gönner bedeutend vermehrt. Das Sommer-Semester beginnt Dienstag, den 6. April, die Aufnahme neuer Schüler erfolgt Tags zuvor, am 5. April, Morgens 9 Uhr, im Schulhof. Zum Lehrer der Naturwissenschaften ist vom Curatorium Herr Dr. A. Gruber, 3. J. an der Realschule zu Rauen, berufen.

μ Hirschberg, 16. Februar. [Altkatholische.] Die Einführung des Pfarrers Harnau aus Bonn als Seelsorger der hiesigen altkatholischen Gemeinde wird durch Professor Dr. Weber aus Breslau am 28. d. Mts., Vormittags 10 Uhr in der Aula des neuen Mädchenschulhauses hieselbst, stattfinden. Nachmittags um 3 Uhr gedenkt der Herr Professor im Siegmund'schen Saale einen öffentlichen Vortrag zu halten, um in demselben seine Stellung dem vaticanischen Concil gegenüber zu beleuchten. Abends soll zu Ehren des neuen Pfarrers im Siegmund'schen Hotel ein Souper stattfinden. Ein Antrag auf Gewährung einer Remuneration für Ertheilung des altkatholischen Religionsunterrichts in den städtischen Schulen hieselbst wird künftigen Freitag in der Stadtverordneten-Sitzung zur Vorlage gebracht.

μ Wernbrunn, 16. Februar. [Keine Verkehrsstörung.] Neuer Verwaltungsmodus.] Ungeachtet des neulichen viel heftiger als im December v. J. aufgetretenen Schneetreibens ist es sowohl den Vermählungen der lgl. K. M. Eisenbahn-Direction als der Direction der Freiburg-Waldenburg-Breslauer Bahn diesmal möglich geworden, fast alle, mehrere Tage lang drohenden Störungen auf der ganzen Linie unserer Gebirgsbahn und ihrer Anschlüsse siegreich zu überwinden, welcher Umstand allseitig die verdiente Anerkennung findet, zumal bei den diesmaligen viel stärkeren Vernehmungen der Eisenbahn-Gesetze jeder sich schon auf eine länger andauernde Verkehrsstörung gefaßt gemacht hatte. So viel man hier weiß ist nur an einem Tage während des letzten mehrfachen starken Schneetreibens

der Herrschaft Rynast nach und nach einer durchgehenden Aenderung nach den Intentionen der neuen Oberaufsicht entgegengeführt werden, ein Umstand, der die bisherigen Erträge der Herrschaft augenscheinlich um ein gut Theil wenigstens nach dieser Seite hin verbessern dürfte. Ebenso sollen die von Zeit zu Zeit von Herrschaftswegen zu verpachtenden Schanlhäuser am Gebirge nicht wie bisher auf dem Weg persönlicher Vermittelung, sondern des Meistgebots einer größeren Anzahl von Aspiranten als bisher zum Gewerbebetrieb geöffnet sein. Natürlich dürften aber in Folge dessen die Erweiterungen resp. nöthig werdenden Neubauten der betreffenden bisher unter herrschaftlichem Schutze stehenden Restaurationen künftighin jeder herrschaftlichen Unterstützung entbehren. Daß mit diesen Aenderungen ein wesentlicher Theil der guten alten Zeit im Riesengebirge schwindet, dürfte jedem Kenner hiesiger Zustände nicht verborgen sein.

Landeshut, 16. Februar. [Ein gefährliches Individuum verhaftet.] Bei dem hiesigen Polizeicommissariat ging am Freitag aus Landeshut die amtliche Nachricht ein, daß in der vorhergegangenen Nacht aus einem dasigen Gasthose ein Pels, sowie Werthpapiere im Betrage von 300 Thaler entwendet worden seien. Infolge der von unseren Polizei-Organen sofort angestellten Recherchen wurde ermittelt, daß ein ausländischer Fremder in einem hiesigen Geschäft, indem er sich für den Sohn eines Viehhändlers aus Freiburg ausgeben, die Papiere verkauft und die oben genannte Summe erhalten hatte. Angekumt zu werden nach verschiedenen Richtungen hin, und zwar über die Grenzen der Stadt hinaus, weitere Nachforschungen unternommen. Diefelben führten zu dem günstigen Resultat, daß der Verkäufer der Werthpapiere auf der nach Freiburg führenden Chaussee angetroffen und genötigt wurde, hierher zurückzukehren. Bei der polizeilichen Untersuchung entlarbte sich der Fremde als ein Sträfling, welcher im verfloffenen Jahre aus dem Zellen-Gefängnis in Moabit entlassen worden war. Derselbe hatte in jener Nacht mit einem Getreidehändler das Zimmer eines Gasthofes in Landeshut gemeinschaftlich inne gehabt, hatte sich dann dessen Pels nebst Papieren angeeignet und darauf das Weite gesucht. Durch einen hiesigen Polizeibeamten wurde der faubere Gesell, welcher nach seiner Entlassung aus Moabit auf einer Kohlengrube des Rheins in Arbeit gestanden, nach Landeshut transportirt.

Landeshut, 17. Februar. [Eine mysteriöse Spukgeschichte.] macht seit einiger Zeit in unserem Kreise viel von sich reden. In Leutmannsdorf bei Schönbürger lebt eine Häuslerfamilie, welche ein Mädchen von circa 11 Jahren besitzt. Plötzlich verbreitet sich das Gerücht, daß es in der Behausung dieser Familie in Gegenwart des Mädchens spuke, indem nämlich besonders des Abends und während der Nacht sich ein Poltern und Krachen an den Wänden der Wohnstube bemerkbar mache, ohne daß die Ursache ermittelt werden könnte; die Eltern selbst in Furcht und Schreden darüber gerathen, hatten sie deshalb zu Verwandten gethan, aber auch bei diesen habe sich dasselbe Geräusch gezeigt, so daß die Verwandten froh gewesen wären, sie wieder in das elterliche Haus zurückbringen zu können. In Folge des großen Aufsehens dieser Sache in der Umgegend begeben sich viele Neu- und Wissbegierige nach der Wunderstätte, theils um sich einmal „gruseln“ zu machen, theils aber auch zu untersuchen, ob damit nicht Humpung gegeben würde. Vorurtheilsfreie Personen bezogen übereinstimmend, daß der eigentliche Act darin bestehe, daß das Mädchen zu Bett gebracht, von Zudungen ergriffen würde, das Bett sich förmlich dabei zu bewegen scheine und an den Wänden ein Krachen vernehmbar würde, wie von recht großen und starken Ketten herrührend. Vorausgeschickene Untersuchungen an dem Mädchen sowie in der Wohnung und den Nebenzimmern nach versteckten Polsterinstrumenten, haben nichts Verdächtiges ergeben. Es ist zu wünschen, daß eine gründliche Untersuchung die Sache klar lege.

[Notizen aus der Provinz.] * Glogau. Der hiesige „Nied. Anz.“ meldet: Nach einer hierher gelangten telegraphischen Benachrichtigung sind am Montag auf einem Zuge der Thüringer Eisenbahn zwei auf dem Transporte nach Glogau befindliche gewesene, dem nach hier verlegten Hrn. Major Philipp gehörige Pferde verbrannt.

+ Liegnitz. Die hiesigen Blätter berichten: Am 16. Februar waren auf dem Fleischmarkte vertreten 11 auswärtige und 5 hiesige Fleischer. Das zum Verkauf gestellte Fleisch war durchweg aut. Die Preise stellten sich heut bei Rindfleisch auf 3-4 1/2 Sgr., Schweinefleisch 5 1/2-6 Sgr., Hammelfleisch 3-4 Sgr., Kalbfleisch 3-3 1/2 Sgr. Einem den Markt besuchenden Fleischer wurde heute die zum Vermiegen des Fleisches benutzte Waage deshalb confiscirt, weil derselbe einen 25 Gramm schweren eisernen Ring an die eine Waagschale befestigt hatte, wodurch jeder Käufer von Fleisch um soviel weniger empfangt. Derselbe wird wegen Betruges zur Untersuchung gezogen werden.

Habelschwerdt. Der hiesige „Geb.-Bot.“ meldet: Am 15. wurde beim hiesigen Gericht gegen den Redacteur Franke verhandelt wegen des Artikels: „Ist die Elager „Gebirgs-Ztg.“ unabhängig?“ Der Redacteur wurde wegen Verleumdung des Redacteurs Hrn. Olbrich zu 100 Mark verurtheilt. — Dasselbe ultramontane Organ berichtet über den von der „Bresl. Ztg.“ schon erwähnten in der Nacht vom 10. zum 11. d. Mts. an den Leichen des Geistes in Gellendorf bei Patschlaw verübten Mord folgendes Nähere: Als den 11. am späten Vormittag der Vater derselben, ein bereits blinder und ziemlich tauber, über 80 Jahre alter Mann, erwachte und aus dem Bett, welches hinter dem Ofen stand, aufstand, bemerkte er, daß er ganz allein sei, und als derselbe wahrscheinlich noch wahrgenommen hatte, daß einer seiner Söhne tot auf der in der Stube befindlichen Streu liege, erfasste ihn Angst und Schrecken, riß ein Fenster auf und rief die Nachbarn herbei. Als diese nun hinkamen und die Hausthür öffneten, stießen sie auf die Leichen des einen Sohnes und der Tochter, der Sohn bekleidet mit ein Paar Hosen, dessen Schwester mit einem Rocke und einem Tuche um den Kopf, wie es hier gewöhnlich Brauch ist; Beide hatten mehrere Wunden am Kopfe; neben denselben lag eine zertrümmerte Laterne und ein sogenanntes Mittelholz, wie man es zum Tragen der Zuber braucht und welches denselben wahrscheinlich zur Vertheidigung hatte dienen sollen, sowie ein Paar Pantoffeln, welche der Bruder jedenfalls angehabt und während des Kampfes verloren hatte. Der andere Bruder lag noch in der Stube auf der Streu, wo allem Anscheine nach alle drei Geschwister gelegen hatten, da sich die Kopfstücken noch auf der Streu befanden und ein Deckbett neben denselben lag. Selbiger lag auf seinem Rücken als schlief er und hatte ebenfalls mehrere Wunden am Kopfe und eine am Nackennochen. Zu vernommen ist es, daß man dem Vater, dessen Bett doch in derselben Stube steht, nichts zu Leide gethan hat, wohl ein Zeichen, daß der Verbrecher genaue Kenntniss von den Verhältnissen desselben gehabt hat. In der oberen Stube waren alle Schränke und Kasten erbrochen und die Kleiderstücke wüst umgeworfen. Der eine Bruder und die Schwester bewirthschafteten eine kleine Gärtnerei, welche jedoch noch Eigenthum des alten Vaters ist, während der andere Bruder, welcher, wie seine beiden Geschwister, in den vierziger Jahren und noch lebte, meistens in Waldenburg im Bergwerk gearbeitet hat und sich einige hundert Thaler erparat und mit nach Hause gebracht haben soll. Auch sollen dieselben erst kürzlich für ein Grundstück, welches sie zum Bau der Eisenbahn haben abtreten müssen, einige hundert Thaler erhalten haben, was möglicherweise der Grund zu dieser schrecklichen That ist. Doch dürfte hier noch ein anderer Grund vorliegen. Ob dabei ein Raub wirklich verübt worden, ist noch nicht festgestellt.

Wölfsdorf. Von hier wird dem „Geb.-Bot.“ gemeldet: Am 15. Februar Nachts sind Diebe in die hiesige Pfarrkirche eingedrungen, nachdem sie die Kirchthür mittelst Spitzbatsen und Hebeln gezwungen hatten. Die Diebe schienen vor Allem beabsichtigt zu haben, die h. Gefäße aus dem Tabernakel zu rauben; denn an demselben ist ein großer Theil der Holzverkleidung losgerissen, das Schloß des oberen Tabernakels, welcher nicht zur Aufbewahrung des Allerheiligsten dient und leer war, weggebrochen und das Schloß des eigentlichen Tabernakels verdorben, so daß es sich mit dem Schlüssel nicht öffnen läßt. Der Tabernakel selbst ist nicht erbrochen worden, und somit die h. Gefäße mit den h. Hostien zum Glück unversehrt geblieben. Aus der Sakristei, deren Thür die Diebe auf unerklärliche Weise geöffnet, da dieselbe, so wie das Schloß keine Spur von gebrauchter Gewalt zeigt, ist geflohen worden: ein Ciborium mit Wäntelchen und ein metallenes Kreuz, mit h. Kreuzpartikel. Zurückgelassen haben die Diebe zwei Spitzbatsen und ein Paar alte Leinwandstücke. Diefelben Diebe haben zuvor einen Besuch beim Hrn. Freikirchenspitäl hier selbst gemacht, dem sie die zurückgelassenen Spitzbatsen und außerdem noch einen blaugrauen Bekleid, einen fast neuen blauen Ueberzieher und ein Paar neue Halbschuhe, ein Paar alte langschäftige Stiefeln, dem Knechte einen alten, schwarzen Ueberzieher und einer Wagg ein Paar weiße Strümpfe gestohlen haben. Auch haben die Diebe eine noch volle Flasche Wein ausgegraben.

Leobschütz. Von hier wird dem „Ob. Anz.“ unterm 13. d. M. geschrieben: Mit dem gestrigen Tage ist der Betrieb auf der Eisenbahnstrecke Leobschütz-Jägerndorf nach sechs tägiger Unterbrechung wieder eröffnet worden, nachdem es unter Aufwendung mehrerer hundert Arbeiter endlich gelungen war, die mächtigen Schneelager zu durchbrechen, welche stellenweise die Einschnitte der Bahnlinie vollständig ausgefüllt hatten. In Folge der eingetretenen Verkehrshindernisse war bereits bei einigen in der Nähe von Jägerndorf befindlichen industriellen Etablissements Mangel an Kohlen eingetreten.

Freien, während andererseits sich die unterwegs befindlichen Frachten für die Mährisch-Schlesische Centralbahn auf mehreren Stationen der Ober-Schlesischen Bahn bedeutend angehäuft hatten. Der Bahradministrator W. Mann in Kreuzdorf, ist am vergangenen Donnerstag gepöbelt worden, nachdem ihm bereits vor einiger Zeit die fernere Ausübung civillicher Amtsfunktionen verweigert worden war.

Handel, Industrie etc.

2. Breslau, 17. Februar. [Von der Börse.] In Folge der erheblich höheren answärtigen Course eröffnete die Börse in sehr fester Stimmung. Creditactien setzten 4 M. über dem gestrigen Schlusscours ein und auch einheimische Werthe stellten sich im Allgemeinen etwas höher. Im Verlaufe des wenig belebten Geschäftes trat eine Abminderung ein und schloß die Börse sehr still. Creditactien 404-403, 50 bez. u. Ob., Lombarden 238, 50-239 bez., Franzosen 528, 50 bez. Schlef. Bankverein 103, 50 bez. u. Ob., Breslauer Discontobank 85-85, 75 bez. Ober-Schlesische Eisenbahn 140, 75-142 bez., Freiburger 88, 50 bez. u. Br. Laurahütte 120, 75 bez. u. Br., nach Schluß der Börse 120 bez.

Breslau, 17. Februar. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleejaat, rothe ruhig, ordinäre 33-41 Markt, mittlere 43-45 Markt, feine 47-49 Markt, hochfeine 50-53 Markt pr. 50 Kilogr. — Kleejaat, weiße feine, ordinäre 42-48 Markt, mittlere 51-57 Markt, feine 62-65 Markt, hochfeine 68-72 Markt pr. 50 Kilogr. Roggen (pr. 1000 Kilogr.) niedriger, gef. 1000 Ctr., pr. Februar 142 Markt Br., Februar-März, März-April 140-139,50 Markt bezahlt, Mai-Juni 142 Markt Br., Juni-Juli 142 Markt Br. Weizen (pr. 1000 Kilogr.) gef. — Ctr., pr. Februar 180 Markt Br., April-Mai 170 Markt Br., Mai-Juni 171 Markt Ob., Juli-August —. Gerste (pr. 1000 Kilogr.) gef. — Ctr., pr. Februar 165 Markt Br. Hafer (pr. 1000 Kilogr.) gef. — Ctr., pr. Februar 154 Markt Br., pr. April-Mai 155-154-154,50 Markt bezahlt und Br., Mai-Juni 154,50 bis 155 Markt bezahlt, Juni-Juli 156 Markt bezahlt, Juli-August —. Raps (pr. 1000 Kilogr.) gef. — Ctr., pr. Februar 255 Markt Br. Hübel (pr. 100 Kilogr.) still, gef. — Ctr., loco 53,50 Markt Br., pr. Februar 52,50 Markt Br., Februar-März 52,50 Markt Br., März-April —, April-Mai 52 Markt bezahlt u. Ob., Mai-Juni 53,50 Markt Br., September-October 56,50 Markt Br. Spiritus (pr. 100 Liter à 100 °) fest, gef. — Liter, loco 54,30 Markt Br., 53,30 Markt Ob., pr. Februar 55 Markt Ob., Februar-März 55 Markt Ob., März-April 55 Markt Ob., April-Mai 56 Markt Ob., Mai-Juni —, Juni-Juli —, Juli-August 58,50 Markt bezahlt, August-September —. Spiritus loco pr. 100 Quart bei 80 ° 49,75 Markt Br., 48,83 Ob. Zint fest.

2. [Getreide-Transporte.] In der Woche vom 7. bis 13. Februar d. J. gingen in Breslau ein: Weizen: 292,380,5 Algr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren etc.), 5616 Algr. über die Ober-Schlesische Eisenbahn resp. deren Seitenlinien, 88,294 Algr. über die Posener Bahn resp. Seitenlinien, 38,058 Algr. über die Breslau-Mittelwalder Bahn, 39,440 Algr. über die Freiburger Bahn, 114,197 Algr. über die Rechte-Oberrhein-Bahn. Roggen: 137,524 Algr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren etc.), 14,873 Algr. über die Ober-Schlesische Eisenbahn resp. deren Seitenlinien, 123,988 Algr. über die Posener Bahn resp. Seitenlinien, 5100 Algr. über die Breslau-Mittelwalder Bahn, 8500 Algr. über die Freiburger Bahn, 255,262 Algr. über die Rechte-Oberrhein-Bahn. Gerste: 329,543 Algr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren etc.), 177,265 Algr. über die Ober-Schlesische Eisenbahn resp. deren Seitenlinien, 57,125 Algr. über die Breslau-Mittelwalder Bahn, 9400 Algr. über die Freiburger Bahn, 30,040 Algr. über die Rechte-Oberrhein-Bahn. Hafer: 392,716 Algr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren etc.), 62,467 Algr. über die Ober-Schlesische Eisenbahn resp. deren Seitenlinien, 1760 Algr. über die Posener Bahn resp. Seitenlinien, 5050 Algr. über die Breslau-Mittelwalder Bahn, 46,167 Algr. über die Rechte-Oberrhein-Bahn. In derselben Zeit wurden von Breslau versandt: Weizen: 28,650 Algr. nach der Nieder-Schles.-Märkischen Bahn, 150,278 Algr. nach der Freiburger Bahn, 4500 Algr. nach der Ober-Schlesischen Eisenbahn resp. nachbarbahnen, 38,826 Algr. nach der Rechte-Oberrhein-Bahn. Roggen: 10,040 Algr. nach der Nieder-Schles.-Märkischen Bahn, 248,873 Algr. nach der Freiburger Bahn, 20,300 Algr. nach der Rechte-Oberrhein-Bahn. Gerste: 18,544 Algr. nach der Posener Bahn und weiter, 30,625 Algr. nach der Nieder-Schles.-Märk. Bahn, 10,225 Algr. nach der Breslau-Mittelwalder Bahn, 33,202 Algr. nach der Freiburger Bahn, 23,920 Algr. nach der Rechte-Oberrhein-Bahn. Hafer: 14,600 Algr. nach der Posener Bahn und weiter, 25,170 Algr. nach der Nieder-Schles.-Märkischen Bahn, 250,735 Algr. nach der Freiburger Bahn, 5080 Algr. nach der Breslau-Mittelwalder Bahn, 60,934 Algr. nach der Rechte-Oberrhein-Bahn.

N. Breslau, 17. Februar. [Wolle.] In der ersten Woche des Monats war es ziemlich lebhaft und wurden an 1500 Centner Wolle aus dem Markte genommen, seitdem ist es aber recht still geworden und wird das Gesamt-Quantum, welches bis heute in diesem Monat verkauft wurde, kaum 2000 Centner betragen. Davon acquirirte ein Rheinisches Haus etwas über 300 Centner gute schlesische Wollen, ferner Fabrikanten aus Fünfterwalde ziemlich 500 Centner polnische bessere Wollen, für Sachsen wurden mehrere 100 Centner theils schlesische Gerber-, theils Einfuhrwollen, und Capwollen genommen und Oesterreich kaufte mehrere 100 Centner polnische Schur- und Cap snow white-Wollen. Der Rest ging in kleinen Partien nach verschiedenen Seiten.

In den Preisen documentirte sich ferner die Neigung der Verkäufer zu realisiren.

* [Zur letzten Handelskammer-Plenarsitzung.] schreibt man uns: Das Zeitungs-Referat über die H.-R.-Sitzung vom 10. d. M. ist bezüglich des Sachlichen Antrages etwas unvollständig, und möchten wir uns daher erlauben nachträglich noch einige Erläuterungen zu geben, da der Gegenstand an und für sich von großem Interesse ist. — In der Verkehrs-Commission hatte die Idee vorgeherrsch, daß durch die Veröffentlichung der Verhandlungen über den Antrag S. adur das Publikum einen Fingerzeig erhalten möge, in welcher Weise es sich vor etwaigen Verlusten schützen könne, während man aus sehr verschiedenen Gründen nicht dafür war, auf eine Abänderung des § 402 des D. H.-G.-B. hin zu wirken. — In der Commission und im Plenum wurde ausgeführt: Habe der Empfänger nicht volles Vertrauen zu dem Absender, um denselben vor Empfang der Waare Credit zu bewilligen, so möge er dem Absender vorschreiben, daß im Frachtbrief der Empfänger auch als Absender zu bezeichnen sei, wodurch einfach jede anderweitige Disposition des Verladers ausgeschlossen wird, oder aber der Empfänger läßt sich vom Absender einen Revers ausstellen, in welchem er erklärt, daß er sich einer jeden Verfügung über das Gut zu Gunsten des Empfängers beuge, und dieser Revers wird dann bei der Empfangs-Station hinterlegt; auf diese Weise wird es auch unmöglich gemacht werden, daß die Empfangs-Station eine andere Disposition des Absenders befolge.

Posen, 16. Februar. [Börsenbericht von Lewin Vermin Söhne.] Weiter: Leichter Frost. — Roggen (pr. 1000 Kilogramm) matter. Kündigungsspreis 145,50 Markt. Getreide — Wpl. Februar 145,50 G. Februar-März 145,50 G. März-April 145 bez. u. B. Frühjahr 145 bez. u. B. April-Mai 145,50 B. u. G. Mai-Juni 145 B. u. G. Juni-Juli 145 G. Juli-August 145 bez. u. B. — Spiritus (pr. 1000 Liter %) fest. Getreide 5000 Ltr. Kündigungsspreis 54,60 Markt. Februar 54,70 bez. u. G. März 55 bez. u. G. April 55,20 bez. u. G. April-Mai 56-56,10 bez. u. G. Mai 56,50 bez. u. G. Juni 57,30 bez. u. B. Juli 58 bez. u. G. August 58,80 bez. u. B. August-September —. Loco Spiritus ohne Zah 54,20 G.

[Norddeutsche Grund-Credit-Bank.] In der letzten Sitzung des Verwaltungsraths wurde der Rechnungs-Abchluss pr. 1874 vorgelegt und beschlossen, die Vertheilung einer Dividende von 9 1/2 pCt. bei der General-Versammlung zu beantragen.

[Westend-Gesellschaft S. Quistorp u. Co.] In Sachen des Concurses der Westend-Gesellschaft S. Quistorp u. Co. ist schon am 10. c. von dem königlichen Kammergericht (unter Bezugnahme auf das Erkenntnis des Reichs-Oberhandelsgerichts betreffend die Quistorps'sche Beschränkung wegen Vereinsbank) die Einleitung des Accord-Verfahrens decretirt worden. Es ist zu hoffen, daß das Stadtgericht sich beeilen wird, das gerichtliche Verfahren in den kürzesten, gesetzlich vorgeschriebenen Fristen einzustellen.

Wien, 16. Februar. [Donau-Oberrhein-Canal.] Der Bericht des Eisenbahn-Ministers des Abgeordnetenhauses über die Petitionen der Stadt Wien, sowie der Städte Weiskirchen, Ostrau, Leipsitz und Brerau um Fortsetzung des Baues des Donau-Oberrhein-Canals und über die Petition mehrerer mährischer Gemeinden um Regulirung des Marchflusses und Nichtconcessionirung des Donau-Oberrhein-Canals bemerkt, daß der seinerzeitige Beschluß des Abgeordnetenhauses, wonach die Regierung ermächtigt wurde, der Unternehmung des Donau-Oberrhein-Canals eine dreißigjährige Stempel- und Gebührens-freiheit, sowie das Expropriationsrecht von Liegenschaften und Wasserrechten zuzuwenden, die volle Erkenntnis des volkswirtschaftlichen Wertes des Donau-Oberrhein-Canals zeigt; weitere Begünstigungen zu bewilligen, fehle aber die Veranlassung, da über das nötige Maß derselben gar nichts vorliegt. Was die Bedenken betrifft, daß die Herstellung des Donau-Oberrhein-Canals mit der Regulirung der March nicht in Einklang zu bringen sei, so scheint dies mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht übereinzustimmen. Der Aufsatz stellt den Antrag, die obigen Petitionen dem Ministerium zur eingehenden Würdigung abzutreten.

[Dortmunder Union.] In der Generalversammlung vom 15. d. Mts. wurden die beiden vom Verwaltungsrath gemachten Vorlagen per Acclamation angenommen. Die erste bezog sich auf die Emission von 15 Millionen Mark deutscher Reichswährung Stamm-Prioritäts-Actien Litr. A. und auf die Reduction des bisherigen Actienkapitals nach dem Verhältnisse von 3 zu 2. Die letztere soll bereits vom 1. Juli 1874 an gelten und in der Weise geschehen, daß die bisher auf 200 Thaler (600 Mark) lautenden Aktien Litr. B. von diesem Zeitpunkt an nur noch einen Nominalwerth von 400 Mark (133 1/3 Thaler) repräsentiren. Die durch die Emission neu geschaffenen Mittel sind zur Ausgleichung der Unterbilanz pro 1873/74, zu Abschreibungen und zur Dotirung des Reservefonds bestimmt. Der Verwaltungsrath wurde mit der Ausführung dieser finanziellen Operation beauftragt. Die zweite Vorlage betraf Abänderungen des Statuts. Wir heben die hauptsächlichsten Abänderungen hervor. Die Dauer der Gesellschaft wird auf fünfzig Jahre, vom Tage der Eintragung in das Handelsregister (dem 10. Februar 1872) festgesetzt. Die Generalversammlung kann jedoch vorher die Verlängerung der Gesellschaft beschließen. Der § 5: Das Grundcapital der Gesellschaft wird auf 41,400,000 Mark deutsche Reichswährung festgelegt. Dasselbe zerfällt in 15,000,000 Mark Aktien Litr. A. und 26,400,000 Mark Aktien Litr. B. Eine Erhöhung des Grundcapitals kann nur durch die Generalversammlung beschlossen werden, und zwar, falls eine Erhöhung des Actienkapitals Litr. A. in Frage steht, unter Beobachtung der Bestimmungen des § 29a dieses Statuts. Bei jeder Erhöhung des Grundcapitals haben die dann vorhandenen Actionäre, ein jeder nach Verhältniß seines Actienbesitzes, ein Vorrecht auf Uebernahme der neu zu emittirenden Aktien zum Emissionscours, welcher vom Verwaltungsrathe — jedoch nicht unter pari — festgesetzt wird. Bei Ausübung dieses Bezugsrechts findet ein Unterschied zwischen den Aktien Litr. A. und Litr. B. nicht statt. Die Vertheilung des Gewinns geschieht in folgender Weise: 10 Procent werden zur Bildung eines Reservefonds entnommen. Darauf erhalten die Aktien Litr. A. eine prioritätige Dividende von 6 Procent und nach ihnen die Aktien Litr. B. gleichfalls eine Dividende von 6 Procent. Falls etwa in einem Jahre der Gewinn nicht ausreichen sollte, um den Aktien Litr. A. eine prioritätige Dividende von 6 Procent zu gewähren, so ist der betreffende Dividendenchein nur abzustempeln und demnach das Fehlende aus demjenigen Reingewinn eines späteren Jahres nachzutragen, welcher nach Gemäßung der prioritätigen Dividende von 6 Procent an die Aktien Litr. A. für dieses Geschäftsjahr übrig bleibt, dabei geht der ältere Jahrgang dem jüngeren vor. Der alsdann verbleibende Reingewinn wird vertheilt wie folgt: neun Zehntel zur gleichmäßigen Vertheilung auf das eingezahlte Grundcapital; ein Zehntel als Rantime für die Mitglieder des Verwaltungsraths mit der Maßgabe, daß 1) die eine Hälfte dieser Rantime zur Vergütung und Erhaltung von Einrichtungen zum Besten der Angehörigen und Arbeiter sämtlicher Werke der Union nach den vom Verwaltungsrathe zu treffenden Anordnungen zu verwenden, und 2) nur die andere Hälfte unter die Mitglieder des Verwaltungsraths zu vertheilen ist. Die demgemäß auf die Aktien sich ergebende Gesamt-Dividende wird jährlich am 2. Januar für das vorher abgelaufene, am 30. Juni schließende, Rechnungsjahr gegen Einlieferung der Dividendencheine nach Anordnung des Verwaltungsraths bezahlt. Bezüglich der Generalversammlung wird bestimmt, daß ein Unterschied in der Stimmberechtigung zwischen den Aktien Litr. A. und Litr. B. vorbestehend ist im § 29a zu Gunsten der Aktien Litr. A. getroffenen Ausnahmestimmungen nicht stattfindet. Die Aktien Litr. A. sind bei der Auflösung der Gesellschaft aus der Liquidationsmasse vorab zum vollen Nennwerthe unter Hinzurechnung etwaiger Rückstände an prioritätiger Dividende (§ 13) und zugleich 6 Procent Zinsen vom Zeitpunkt der letzten Bilanzziehung ab zu befriedigen; hierauf erhalten die Aktien Litr. B. gleichfalls bis zum vollen Nennwerthe zusätzlich 6 Procent vom Zeitpunkt der letzten Bilanzziehung ab ihre Befriedigung. Der dann noch verbleibende Rest wird unter beide Actientypen pro rata vertheilt.

[Das neue Badische Anlehen.] Für das Anlehen im Betrage von 30 Millionen Mark werden je 7500 Schuldverschreibungen über die Beträge von 2000 Mark, 1000, 500, 300 und 200 Mark ausgegeben, welche auf den Inhaber ausgestellt, jedoch auf dessen Verlangen von der Eisenbahndirektion in Zahlungskasse auch auf den Namen eingeschrieben werden. Die Schuldverschreibungen werden vom 1. Februar 1875 an mit 4 pCt. für's Jahr verzinst. Die Zinszahlung erfolgt halbjährlich am 1. Februar und 1. August jeden Jahres. Die Schuldverschreibungen sind seitens der Gläubiger unförmbar und können seitens der Eisenbahndirektion nach vorausgegangener sechsmonatlicher Kündigung stets im Nennwerthe eingelöst werden. Ihre Tilgung soll längstens in 50 Jahren vollendet sein und in der Weise erfolgen, daß jährlich mindestens 0,655 Procent des Anlehensbetrages sammt den auf die heimbezahlten Capitalbeträge entfallenden Zinsen zur Tilgung verwendet werden. Die zu tilgenden Schuldverschreibungen werden durch das Loos bestimmt.

□ [Welt-Ausstellung in Philadelphia 1876.] Die Reichs-Commission für die Weltausstellung in Philadelphia (bestehend aus den Herren Dr. Jacobi, Dr. Stube, Dr. Wedding, Reither, v. Nothh-Wallwitz, Febr. v. Spigenberg, Dr. Reibhardt, J. Kaufmann, Dr. Krüger, v. Solleben) ladet zur Theilnahme an der Ausstellung ein. Die Einreichung der ausgefüllten Formulare hat bis 15. März d. J. zu erfolgen. Diejenigen, welche Special-Ausstellungen in besonderen im Parte zu errichtenden Gebäuden zu veranstalten beabsichtigen, haben ihre Angaben bis spätestens den 1. Mai d. J. einzufenden. Das allgemeine Reglement liegt in der Expedition der „Breslauer Ztg.“ zur Einsicht aus.

Concurs-Eröffnung.

Ueber das Vermögen der Firma J. G. Bache zu Niedercunnersdorf und den Nachlaß des zeitlichen Inhabers derselben Carl Adolph Grabs. Erster Termin: 1. April c.

„Nr. 14 des 16. Jahrgangs der „Schles. Landwirthschaftlichen Zeitung“ (Verlag von Eduard Treben in Breslau) enthält: Schutz und Hilfe den Bögeln. — Streiferien am Gebiete der Agricul-tur-Chemie. (Fortsetzung.) — Die Verbreitung der Gewächse auf der Oberfläche der Erde. (Fortsetzung.) — Ueber die Maßnahmen zur Unterdrückung der Kogkrankheit. — Die wichtigsten statistischen Notizen Schlesiens. (Fortsetzung.) — Statistisches aus Danemark. — Der Pferdehuf. (Fortsetzung.) — Rabe, die im Mutterleibe vererbte Kälber getragen. — Ober-Tribunals-Entscheidung. — Ueber elastisches oder dehnbares Glas. — Ueber Beton. — Studium der Landwirthschaft an der Universität Heidelberg. — Mannig-faltiges. — Auswärtige Berichte. Landwirthschaftlicher Bericht aus Thüringen. — Literatur. — Wochenberichte: Breslauer Schlachthofmarkt. — Aus Posen. — Aus Magdeburg. — Aus Nürnberg. — Breslauer Producten- und Wochenbericht. — Briefkasten der Redaction. — Inzerate.

Ausweise.

Wien, 17. Februar. [Wochen-Ausweis der österreichischen Nationalbank.]		
Notenumlauf	287,780,070 fl., Abn.	1,629,430 fl.
Metalldach	142,408,859 fl., Zun.	39,000 fl.
In Metall zahlbare Wechsel	4,231,285 fl., Zun.	122,049 fl.
Staatsnoten, welche der Bank gehören	2,917,574 fl., Zun.	1,349,315 fl.
Wechsel	123,381,789 fl., Abn.	1,965,268 fl.
Lombarden	32,728,500 fl., Abn.	461,500 fl.
Eingelöste und börsenmäßig angekaufte		
Pfandbriefe	2,820,533 fl., Abn.	6,333 fl.
Giro-Einlage	2,262,918.	

Wien, 17. Febr. Lombardenausweis. Die Wocheneinnahmen vom 10. bis 16. Februar betragen 541,046 fl. Zunahme gegen die gleiche Woche des Vorjahres 18,798 fl. (Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Die Verlobung unserer einzigen Tochter Wanda mit dem Tapezierer Herrn Hugo Keller zu Breslau erlaube ich mir hierdurch ergebenst anzuzeigen. [1820]
Neurode, den 14. Februar 1875.
Der Königl. Prem.-Lieut. a. D. Steuer-Einnehmer W. Lehmgarten u. Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:
Wanda Lehmgarten,
Hugo Keller.
Neurode. Breslau.

Die Verlobung meiner Tochter Sara mit dem Fabrikbesitzer Herrn Albert Sandberg in Freystadt i. Schl. beehre ich mich hierdurch ergebenst anzuzeigen.
Gr.-Strehlig, den 14. Febr. 1875.
Friederike, verwitwete Bender, geb. Ring.

Sara Bender,
Albert Sandberg.
Verlobte. [688]
Gr.-Strehlig. Freystadt i. Schl.

Die Verlobung unserer Tochter Elisa mit dem Maurermeister Herrn Hermann Nerger erlaube ich mir hierdurch ergebenst anzuzeigen. (H 2564)
Poln.-Lissa, 15. Februar 1875.
Berthold Andersch und Frau.

Elisa Andersch,
Herrmann Nerger,
Verlobte. [2713]

Durch die glückliche Geburt eines munteren Mädchens wurden hoch erfreut [1839]
Anton Böhm,
Elisabeth Böhm, geb. Straß.
Breslau, den 17. Februar 1875.

Durch die Geburt eines munteren Knaben wurden hoch erfreut [1829]
P. Bloch und Frau
Anna, geb. Strehlig.
Breslau, den 17. Februar 1875.

Statt besonderer Meldung.
Vergangene Nacht verschied sanft unser vielgeliebter, guter Schwager und Bruder, der Kaufmann und Fabrikbesitzer [1830]
Herr Stadtrath Moritz Moser
in Sorau i./L.
In tiefer Betrübnis zeigen diesen überaus schmerzlichen Verlust mit der Bitte um stille Theilnahme ergebenst an
Eduard Eckardt und Frau.
Breslau, 16. Februar 1875.

Verspätet.
Am 12. d. M. Nachts 11 1/2 Uhr entschlief sanft an Altersschwäche unfre geliebte gute Schwester, Mutter, Großmutter und Urgroßmutter, die verwitwete Frau Rittergutsbesitzer Auguste Otto, geb. Bräse, im 82. Lebensjahre. [1826]
Constadt, den 16. Februar 1875.
Die Hinterbliebenen.

Heut Vormittag entschlief nach längerem Leiden unser innig geliebter, unvergesslicher Vater, der Mühlen-Besitzer
Friedrich Wilhelm Conrad,
im Alter von 66 Jahren.
Dies zeigen, um stille Theilnahme bittend, Verwandten und Freunden tiefbetrübt an [687]
die Hinterbliebenen Kinder.
Gräben-Mühle bei Striegau,
den 16. Februar 1875.

Familien-Nachrichten.
Verlobungen: Sawim. u. Batt.-Chef im 1. Bomm. Feld-Regt. Nr. 2 Hr. Dreyfuss mit Frä. Hedwig Barnewitz in Stralsund. Hauptmann aggr. dem Magd. Feld-Regt. Nr. 4, command. zur Volkshut in Paris Hr. Dierem mit verw. Frau Adele Patry, geb. Vinet, in Genf.
Geburten: Ein Sohn: dem Gen.-Major u. Command. der 13. Cavall.-Brigade Hr. Frhr. v. Brandenstein in Münster. — Eine Tochter: dem Pr.-Lieut. im 3. Garde-Regt. Königin Elisabeth Frn. v. Pagenst.-Lenzin in Spandau.
Todesfälle: Verw. Frau Oberst Köhler in Anclam. Verw. Frau Prediger Jacobi in Klosterlausitz. Herr Kreisgerichts-Director Flaminus in Perleberg.

Stadt-Theater.
Donnerstag, den 18. Februar. Zum 3. Male: „Liebe für Liebe.“ Schauspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.
Freitag, den 19. Febr. „Des Teufels Anteil.“ Komische Oper in 3 Akten, nach dem Französischen des Scribe. Musik von Auber. Hierauf: „Tanz-Divertissement.“

Lobe-Theater.
Donnerstag. „Mamfell Angst.“ Freitag. Auf vielfaches Verlangen: „Nabagaz.“ [2709]
Sonabend. „Mein Leopold!“ Die nächste Aufführung von: „Die Fledermaus“ Montag, 22. Februar.

Eröffnung [2684]
des
Mellini-Theaters
Sonntag, 21. Februar.
H. 19. II. praec. 6 1/2. R. □. I.
Mont. 20. II. 6 1/2. R. IV.

Versammlung der Section für öffentliche Gesundheitspflege.
Freitag, den 19. Februar.
Abends 6 Uhr: [2686]
1) Geheimrath Dr. Biermer: Einleitende Bemerkungen über Aufgabe und Organisation der Section für öffentliche Gesundheitspflege.
2) Herr Dr. Steuer: Armenkrankenpflege und Mortalitäts-Statistik in Breslau in den Jahren 1872 und 1873.
NB. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

Kaufmännischer Verein.
Freitag, den 19. Februar, Abends 8 Uhr, Neue Börse. — General-Versammlung. Bericht über Statuten-Änderungen und event. Genehmigung derselben. In Betracht der wichtigen Vorlage ist eine rege Theilnahme erwünscht.

Stadt-Theater-Kapelle.
Springer's Concertsaal.
Donnerstag, d. 18. Februar 1875:
6. Abonnement-Concert unter Leitung des Kapellmeisters Herrn **Carl Goetze** und letztes Auftreten der Damen Fräul. Eugenie, Leontine und Rudolphe Epstein vom Wiener Conservatorium. [2701]
Anfang Nachmittag 3 Uhr.
Billets für Nicht-Abonnenten à 7/8 Sgr. sind in der Musik-Handlung von **Theodor Lichtenberg** und an der Kasse zu haben.

Paul Scholtz's Etablissement.
Heute Donnerstag:
Sinfonie-Concert der Breslauer Concert-Kapelle.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Zur Aufführung kommt: Sinfonie Ocean von Rubinstein. Ouverture Tannhäuser von Wagner. Scherzo von Chopin.
Die Gebrüder, Dub. v. Mendelssohn.
Morgen: im festlich decorirten Saale:
Rock-Fest.
Bilse. [2715]

Breslauer Concert-Capelle.
Diejenigen verehrten Mitglieder hiesiger Musik-Vereine, sowie Freunde und Gönner genannter Capelle, welchen noch keine Einladung zur Theilnahme an dem in Paul Scholtz's Etablissement, den 20. Februar er. stattfindenden Künstler-Balle ausgegangen ist, können in der Hof-Musikalien-Handlung des Herrn Julius Sattner gegen Eintragung in die Liste, die Billets in Empfang nehmen. [2719]
Das Comité.

Zelt-Garten.
Täglich
Großes Concert des Musikdirectors Herrn A. Kuschel. Auftreten der Chansonnet-Sängerin **Miss Lillie Alliston.**
Im Tunnel: Concert der Leipz. Quartett- u. Coupletsänger Herren Feinig, Gyle, Stahlauer, Gypner, Selow und Sanke.
Anfang 7 1/2 Uhr. [2615]
Entree à Person 30 Pf.

Breslauer Actien-Bier-Brauerei.
Großes Concert Während der Bauern Vorlesung von Wandelbildern. [2710]
Anfang 7 Uhr. (H. 2566)
Entree à Person 1 Sgr.
Kinder à Person 1/2 Sgr.

Bisitenkarten in neuester Art angefertigt.
100 auf weiß Glace 15 Sgr.,
100 auf gelbem Carton 20 Sgr.,
100 auf marmor. Carton 25 Sgr.,
100 auf farb. Sammetcart. 1 Thlr.

Für Damen zu Geschenken empfehle ich nette Schreib-mappen für 1 Thlr. u. 2 Thlr.
Photographie-Albuns, 1, 2, 3 u. 5 Thlr., letztere mit Musik.
Verlobungs-Anzeigen und Hochzeits-Einladungen werden schnell und sauber angefertigt.
Monogramme und Wappen auf Briefbogen u. Couverts empfiehlt in schöner Ausführung
N. Raschkow jr., Schmiednitzerstraße 51.

Am **Treiburger** **Bahnhofe.**
Königlich Niederländischer
Circus Oscar Carré.
Heute Donnerstag, 18. Februar, Abends 7 Uhr:
Außergewöhnliche Vorstellung mit Vorführung der bestbesetzten Schul- und Freizeitspferde.
Zum Schluß und 1. Male:
Aschenbrödel,
oder:
Der gläserne Pantoffel.
Große Zauber-Pantomime in 4 Abtheilungen, nach dem gleichnamigen Märchen für den Circus neu arrangirt v. Director **Oscar Carré**; mimisch dargestellt v. ca. 60 hiesigen Kindern. Sämmtl. Costumes, Decorationen, Equipagen, Requisiten etc. in gänzlich neuer, märchenhafter Ausstattung. Die dabei verwendeten brillanten Equipagen sind mit 16 eigens für diesen Zweck angekauften Ponys, japanischer Race, bespannt. In der zweiten Abtheilung: **Quadrille parisienne**, getanzt von 16 Kindern. Zu dem stattfindenden Hofballe werden u. A. erscheinen: **Se. Maj. Kaiser Wilhelm von Deutschland**; **Friedrich Wilhelm, Kronprinz des deutschen Reiches**; **Friedrich Carl, Prinz von Preußen**; **Fürst von Bismarck**; **Feldmarschall von Moltke**; **Friedrich der Große (alte Frip)**; **Wilhelm III. König von Holland**; **der Schah von Persien**; **die Kaiser von Rußland und Oesterreich**; **Chiara: Napoleon I.**; **John Bull** etc.
Morgen Vorstellung Abends 7 Uhr mit Aschenbrödel.
[2716] **Oscar Carré, Director.**

Unglaublich! das größte
Weltwunder!
Egyptisches Floß-Theater
von 135 besetzten Floßen,
das Höchste, was menschliche Geduld und Geschicklichkeit zu leisten vermag, ist bereits hier eingetroffen und Unterzeichneter erlaubt sich einem hiesigen geehrten Publikum ergebenst anzuzeigen, daß diese Productionen von
Donnerstag, den 18. d. Mts. ab,
täglich von Vormittags 10 bis Abends 8 Uhr, Dhlauerstraße 52, zwischen Taschenstraße und Promenade zu sehen sind.
1. Platz 1 Mark. 2. Platz 50 Pfennige. Kinder am 1. Platz die Hälfte.
Samuel Motty.

Außerordentliche General-Versammlung der **Saal-Eisenbahn-Gesellschaft**
Dinstag, den 23. Februar 1875, Vormittags 11 Uhr, im akademischen Hofensaale zu Jena.

Tagesordnung.
I. Aufnahme einer Prioritätsanleihe von drei Millionen M.-Mak., und zwar:
1) 900,000 Mark zur Vermehrung der Betriebsmittel und zur Ausführung von Nacharbeiten und weiteren notwendigen Bahnanlagen,
2) 600,000 Mark zur Deckung einer schwebenden Schuld,
3) 1,500,000 Mark zur Befriedigung der Mehrforderungen des Bau-Consortiums und zu einem Betriebs- und Reservefonds.
II. Antrag auf Ermächtigung des Vorstandes zum definitiven Abschluß eines Vertrages mit dem Bau-Consortium über dessen Mehrforderungen.

Die Actionäre, welche an der General-Versammlung theilnehmen wollen, haben ihre Actien vom 17. bis 20. Februar 1875 bei der Hauptkassse der Saal-Eisenbahn-Gesellschaft zu Jena, den Stationskassen auf den Bahnhöfen:
Camburg,
Kahla und
Rudolstadt,
Gebrüder Guttentag in Berlin und Breslau, **Merck Christian & Comp.** in München und **M. M. Warburg & Comp.** in Hamburg zu deponiren.
Das Duplicat des Actien-Verzeichnisses dient zugleich als Einlaßkarte zu der Versammlung und nach Abkimpelung bei der betreffenden Billet-Expedition zur Legitimation für freie Fahrt auf der Saalbahn.
Die Stimmzettel werden den Actionären am Tage der General-Versammlung Vormittags von 10 bis 11 Uhr beim Eingange in den Versammlungs-Saal verabfolgt.
Im Uebrigen wird auf die §§ 37 und 38 der Gesellschafts-Statuten verwiesen.
Jena, den 25. Januar 1875.

Der Vorstand der **Saal-Eisenbahn-Gesellschaft.**

F. Gnerucci, aus Italien, empfiehlt sein großes Lager von Florentiner Marmor- und Alabaster-Kunstgegenständen, als Figuren, Vasen, Kannen, Frucht-, Blumen-Schalen, Stücker-Gegenstände, Briefbeschwerer, sowie auch Figuren in Eisen-bein-Masse zu günstigen Preisen und reeller Bedienung. [2533]
Auch übernehme ich alle in meinem Fache vorkommenden Reparaturen.
F. Gnerucci,
Nr. 1. Königsstraße Nr. 1 (früherer Marstall).

Einem reisenden Publikum zur ergebenen Mittheilung, daß ich mein Hotel, zwischen dem Herrn Gorol'schen und Herrmann Wachsmann'schen Hause, am 15. d. Mts., eröffnet habe. [2718]
Zimmer sind comfortable eingerichtet, auch für gute Speisen und Getränke bestens gesorgt.
Ausspannung im Hotel.
Dieses zur geneigten Beachtung und besten Empfehlung.
Hochachtungsvoll
A. Wachsmann,
Laurahütte.

Meine neue
Maschinen-Garderobe
geöffnet bis Abends 10 Uhr, empfehle ich einem geehrten Publikum geneigter Beachtung. [2708]
A. Franz, Schmiedebrücke Nr. 42.

Musiksaal der Universität.
Sonabend, den 20. Februar, Abends praecise 7 1/2 Uhr, zum 3. und letzten Male:
Gothe's Faust,
frei aus dem Gedächtniss vorgetragen von [2706]
Hugo Wauer.
Billets zum reservirten Platz à 2 Mark, zum nichtreservirten à 1 1/2 Mark, für Schüler u. Schülerinnen à 75 Pf., sind vorher zu haben in der Buchhandlung des Herrn Lichtenberg, wie beim Universitäts-Ober-Pedell Herrn Bünning. An der Abendkasse doppelte Preise.

Musikalischer Cirkel.
Freitag, 19. Febr., Abends 7 Uhr:
Dritte Soirée.
Donnerstag 6 Uhr: **Probe.**

Börsenkränzchen
Sonntag, den 21. Februar.

Brumme I.
Großes Fest- und Künstler-Concert zum Besten der Suppen-Vereine
Dinstag, 23. Februar. [2699]

Gesellschaft „Eintracht.“
Stiftungs-Fest
Sonntag, den 28. Februar, im Saale des Café restaurant.
Das Diner beginnt präcise 5 Uhr Nachmittags. [2705]
Billet-Ausgabe Mittwoch, den 24., und Donnerstag, den 25., Abends zwischen 7 bis 8 Uhr, im Ressourcen-Local, Schweidnitzerstraße 37.
Das Comité der Gesellschaft Eintracht.

Erholungs-Gesellschaft.
Der für den 21. Februar angekündigte [1824]
Ball
ist auf Donnerstag, 4. März c. verlegt worden.
Die Direction.

Austria.
Sonabend, den 6. März c.:
Ball mit Souper im Saale der Loge „Gerus“.
Von der Reize zurückgekehrt.
Dr. Jany.

Oscar Kattge's Bierhaus im Hotel „Lohengrin“, 63 a. Nicolaisstraße 63 a. **Namslauer Bier.** [H. 2547] **Billard-Saal.** [2681]
Es sind Wechsel mit angebl. meiner Unterschrift zum Discont angeboten worden. Da ich mich mit derartigen Geschäften nicht befaße, so warne ich vor der Annahme solcher Papiere. [675]

Dr. Wanjura in Jazbe.
Herzliche Bitte!
Ein 74 Jahre alter Greis, hiesiger braver Bürger, liegt in drückendster Noth seit Monaten krank. An gute, mildthätige Herzen ergeht die dringende Bitte, mit kleinen Unterstützung. seine Noth mildern zu wollen. Milde Gaben wolle man Schmiedebrücke Nr. 8, drei Treppen, niederlegen. [2601]

Theater-Engagements
Vermittelungs-Bureau
Gebr. Bach in Kassel.
Jungen Leuten, welche die Absicht haben, zur Bühne zu gehen und Anfänger geben wir Gelegenheit, sich auszubilden und Engagements zu erhalten. [659]
Geehrte Directoren, welche
Sommertheater übernehmen, bitten wir um gefällige Mittheilungen.

Geschlechtskrankheiten,
Syphilis, weißen Fluß, Hautausschl. und Flechten heilt ohne Quecksilber gründlich und in kürzester Zeit.
Auswärtige brieflich. [1996]
Dr. August Loewenstein,
Albrechtsstraße 38.

Specialarzt Dr. med. Meyer
Berlin, Leipzigerstr. 91, heilt brieflich Syphilis, Geschlechts- und Hautkrankheiten, sowie Manneschwäche, schnell und gründlich, ohne den Beruf und die Lebensweise zu stören. Die Behandlung erfolgt nach den neuesten Forschungen der Medizin. [637]

Geschlechtskrankheiten,
Hautkrankh., Syphilis, selbst die hoffnungslosesten und verzweifeltsten Fälle, heile ich brieflich nach der neuesten Heilmethode ohne jede Berufshörung. Desgl. Onanie und deren Folgen. Schwächezustände, Pollutionen und alle Unterleibsleiden. **Dr. Har-muth,** Berlin, Prinzenstr. 62.

Oca-Präparate
Vermehrungs-Organo (Pillen Nr. I.)
Pillen Nr. II. & (Wein) Schwächezustände (Pill. III. & Oca-Schüttung) Schweiß od. Glas 10 S. M. R. Beherrschend Abhandlung gratis. Franco d. d. Mohren-Apoth., Mainz.
u. d. Depots: Breslau, S. G. Schwartz, Ohlauerstr. 21. Berlin, B. O. Pflug, Lonsenstr. 30. Posen: kg. Hof-Apoth.

Judlin'sche
chemische Waschanstalt in Berlin.
Annahme bei [2418]
J. L. Richter,
vorm Aug. Zeisig,
Schweidnitzerstraße Nr. 27, vis-à-vis dem Stadttheater.

Streng rituell gearbeitet,
in verschiedenen Sorten, mit und ohne Druck, empfiehlt die [2698]
Gräber Couvert- u. Duten-Fabrik in Grätz, Provinz Posen.

Ein altes eingeführtes engl. Manufakturwaarenhaus sucht einen möglichst mit der Branche und Kundschafft vertrauten **Agenten,** der die Provinz Schlesien, vielleicht auch benachbarte Provinzen bereist, am liebsten mit dem Wohnsitz in Breslau.
Gef. Offerten mit näheren Angaben werden unter S. H. 812 an Haafenstein & Vogler in Berlin S.W. erbeten. (Hc. 1645) [2712]

Die Vertretung einer guten und coulantem **Hagel-Verf.-Gesellschaft** wird von einem Kaufmann in einer Stadt Oberschlesiens zu übernehmen gesucht.
Gef. Offerten werden unter H. 2569 an die Annoncen-Expd. von Haafenstein & Vogler in Breslau, Ring 29, erbeten. [2711]

Ein tüchtiger Vertreter
wird von einer leistungsfähigen Dachpappen- und Asphalt-Fabrik für Breslau und Oberschlesien zu engagiren gesucht. Offerten mit Angabe von Referenzen unter Chiffre R. 138 befördert die Annoncen-Expedition von Hbba & Co. in Breslau, Schweidnitzerstr. 13. [2614]

Der Besitzer eines kl. sich im langjährigen Besitz u. sehr guter Cultur befindlichen **Rittergüthens** in Niederschlesien, gesunde u. hübsche Lage, beabsichtigt dasselbe im Laufe dieses Frühjahrs zu verkaufen. Neben seiner Rentabilität verbindet dasselbe die Annehmlichkeiten eines bequemen Aufenthaltes. [2693]
Offerten sub E. 1105 erbittet man an die Annoncen-Expd. von **Rudolf Mosse** in Breslau.

Vom 1. April wird eine **Chaussee-Hebestelle** oder sonstiger Zoll zu pachten gesucht. Offerten erbitte unter O. Z. postlagernd Zadowitz D/S. [696]
Destillation
mit Detail-Ansicht, oder ein dazu geeignetes Local wird vor 1. April c. zu pachten gesucht. Offerten werden sub A. W. Deutken D/S. postlagernd erbeten. [698]

Bekanntmachung. [172]
In unser Firmen-Register ist Nr. 3894 die Firma
A. Dobberke
und als deren Inhaber der Kaufmann
und Uferoll-Ennehmer August Dobberke hier heute eingetragen worden.
Breslau, den 13. Februar 1875.
Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [173]
In unser Firmen-Register ist Nr. 3895 die Firma
Georg Potofsky
und als deren Inhaber der Kaufmann
Georg Potofsky hier heute eingetragen worden.
Breslau, den 13. Februar 1875.
Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [174]
In unser Firmen-Register ist Nr. 3896 die Firma
S. Kohn
und als deren Inhaber der Kaufmann
Feymann Kohn hier heute eingetragen worden.
Breslau, den 13. Februar 1875.
Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [430]
Die zum Nachlaß des Bauerguts-
Besizers Christian Birtel zu Gräb-
schen gehörigen Grundstücke:
a. das Bauer Gut Nr. 23 Gräbchen
in der Größe von 10 Hectar 58 Ar
60 □ Meter, einem Reinertrage
von 148⁷/₁₀₀ Thaler und einer
jährlich zu entrichtenden Grund-
steuer von 14 Thlr. 7 Sgr. 8 Pf.,
b. das Bauer Gut Nr. 25 Gräbchen
in der Größe von 46 Hectar 33 Ar
10 □ Meter, mit einem Reiner-
trage von 708²⁴/₁₀₀ Thaler, einer
jährlich zu entrichtenden Grund-
steuer von 67 Thlr. 25 Sgr. 7 Pf.
und bei der Gebäudesteuer zu
einem jährlichen Nutzungswerte
von 205 Thlr. veranlagt,
sollen in der freiwilligen Subhastation
verkauft werden, und haben wir hierzu
einen Termin
auf den 5. April c., Vormittags
10 Uhr, vor Herrn Referendarus
Gottstein, in unserem Parteien-
Zimmer Nr. 2 hier selbst,
anberaumt. Die Verkaufsbedingungen
können in unserem Bureau II. B. ein-
gesehen werden.
Breslau, den 6. Februar 1875.
Königl. Kreis-Gericht. II. Abth.

Bekanntmachung [429]
der Concurs-Eröffnung und des
offenen Arrestes.
Ueber das Vermögen des Gerber-
meisters Franz Nitsche zu Neumarkt
ist der gemeine Concurs im abge-
fertigten Verfahren eröffnet.
Zum einstweiligen Verwalter der
Masse ist der Rechtsanwalt Schaub
hier bestellt.
Die Gläubiger des Gemeinschul-
ners werden aufgefordert, in dem
auf Dienstag, den 2. März 1875,
Mittags 12 Uhr, in unserem Gerichts-
Locale, Termins-Zimmer Nr. III.,
vor dem Commissar Kreis-Richter
Gebel
anberaumten Termine ihre Erklä-
rungen und Vorschläge über Bestellung des
definitiven Verwalters abzugeben.
Allen, welche von dem Gemein-
schuldner etwas an Geld, Papieren
oder anderen Sachen in Besitz oder
Gewahrsam haben, oder welche ihm
etwas verschulden, wird aufgegeben,
nichts an denselben zu verabsorgen
oder zu zahlen, vielmehr von dem
Besitz der Gegenstände
bis zum 13. März 1875
einschließlich
dem Gericht oder dem Verwalter der
Masse Anzeige zu machen und Alles,
mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte,
eben dahin zur Concursmasse abzu-
liefern.
Folgende Gläubiger und andere mit den-
selben gleichberechtigte Gläubiger des
Gemeinschuldners haben von den in
ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken
nur Anzeige zu machen.
Zugleich werden alle diejenigen,
welche an die Masse Ansprüche als Con-
curs-Gläubiger machen wollen, hier-
durch aufgefordert, ihre Ansprüche, die-
selben mögen bereits rechtsbändig sein
oder nicht, mit dem dafür verlangten
Vorrechte
bis zum 13. März 1875
einschließlich
bei uns schriftlich oder zu Protokoll
anzumelden, und demnach zur Prü-
fung der sämtlichen innerhalb der
gedachten Frist angemeldeten Forde-
rungen, sowie nach Befinden zur Be-
stellung des definitiven Verwaltungs-
Personals
auf Dienstag, den 30. März 1875,
Vormittags 11 Uhr, in unserem Ge-
richts-Local, Termins-Zimmer
Nr. III., vor dem Commissar Kreis-
Richter Gebel
zu erscheinen.
Nach Abhaltung dieses Termins wird
geeigneten Falls mit der Verhandlung
über den Accord verfahren werden.
Wer seine Anmeldung schriftlich ein-
reicht, hat eine Abschrift derselben und
ihre Anlagen beizufügen.
Jeder Gläubiger, welcher nicht in
unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz
hat, muß bei der Anmeldung seiner
Forderung einen am hiesigen Orte
wohnhaften oder zur Praxis bei uns
berechtigten auswärtigen Bevollmäch-
tigten bestellen und zu den Akten an-
zeigen.
Denjenigen, welchen es hier an Be-
kanntschaft fehlt, werden die Rechts-
anwälte Matterns dorf und Sellge
hier zu Sachwaltern vorgeschlagen.
Neumarkt, den 12. Februar 1875.
Königl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Bekanntmachung. [427]
Zu dem Concurs über das Ver-
mögen des Kaufmanns Gustav Stock-
mann hier selbst, haben die Kaufleute
Landgrebe & Warberg in Düsseldorf
eine Waarenforderung von 640 Mark
30 Pf. nachträglich angemeldet.
Der Termin zur Prüfung dieser
Forderung ist
auf Donnerstag, den 4. März
1875, Vormittags 11¹/₂ Uhr, vor
dem unterzeichneten stellvertretenden
Commissar im Termins-Zimmer Nr. 3
unseres Gerichts-Locals
anberaumt, wozu die Gläubiger,
welche ihre Forderungen angemeldet
haben, in Kenntnis gesetzt werden.
Schweidnitz, den 12. Februar 1875.
Königliches Kreis-Gericht.
Der Commissar des Concurses.
Reffel.

Bekanntmachung. [428]
In unserm Firmenregister ist bei
der Nr. 206 J. Münzer, Inhaber
Kaufmann Emanuel Münzer hier,
die Aufhebung der im Handelsregister
des Stadtgerichts zu Breslau unter
Nr. 3617 vermerkten Zweignieder-
lassung zu Breslau am 13. Februar c.
eingetragen worden.
Oppeln, den 10. Februar 1875.
Königl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Bekanntmachung. [433]
In unserm Firmenregister ist bei
der unter Nr. 300 eingetragenen Zwei-
gniederlassung S. L. Witte folgendes
vermerkt:
Col. 6:
Der Kaufmann Johannes Heinrich
Wilhelm Gröfzer zu Hamburg ist
in das Handelsregister des Kauf-
manns Heinrich Ludwig Witte
als Handelsgesellschafter eingetragen;
demnach ist die hiesig bisher
als Zweigniederlassung der Firma
S. L. Witte zu Berlin bestandene
Handelsniederlassung in eine selbst-
ständige Handelsniederlassung um-
gewandelt und die nunmehr unter
der Firma S. L. Witte bestehende
offene Handels-Gesellschaft unter
Nr. 35 des Gesellschafts-Registers
eingetragen worden. Eingetragen
zufolge Verfügung vom 8. Februar
1875 am 11. Februar 1875.
und demnach in unserm Gesellschafts-
Register unter Nr. 35 folgende Ein-
tragung bemerkt worden:
1) Nr. 35 (vergleiche Nr. 300 des
Firmen-Registers.)
2) S. L. Witte.
3) Neurode.
4) Die Gesellschafter sind:
a. der Kaufmann Heinrich Lub-
wig Witte zu Berlin,
b. der Kaufmann Johannes
Heinrich Wilhelm Gröfzer
zu Hamburg.
Die Gesellschaft hat am 1. Januar
1875 begonnen.
Eingetragen zufolge Verfügung vom
8. Februar 1875 am 11. Februar 1875.
Neurode, den 8. Februar 1875.
Königl. Kreisgerichts-Deputation.

Die mit dem Gehalte von jährlich
750 Mark dotirte
**zweite Polizei-
Sergeanten-Stelle**
ist bei uns sofort zu besetzen.
Qualifizierte civilverorgungsberech-
tigte Personen, welche sich in gleichem
Dienste bereits bewährt haben und
beider Landessprachen mächtig sind,
werden aufgefordert, sich innerhalb
dreier Monate unter Einreichung ihrer
Zeugnisse bei uns zu melden.
Krotoschin, den 12. Februar 1875.
Der Magistrat.
Abode. [431]

Bekanntmachung.
Unser Rathskeller soll als Restau-
rations- und Bier-Local auf sechs
Jahre, vom 1. April c. ab an den
Meistbietenden verpachtet werden.
Wir haben hierzu einen Termin auf
Montag, den 1. März cr.,
Vormittags 11 Uhr,
in unserm Stadt-Secretariat anber-
raumt. Die Pachtbedingungen sind
in unserer Registratur während der
Amtsstunden einzusehen.
Ratibor, den 12. Februar 1875.
Der Magistrat. [432]
Portsch.

Steinkohlen-Lieferung.
Die Lieferung von ca. 15,000 Ctr.
Steinkohlen für den diesjährigen Be-
trieb der Stadtziegelei soll im Wege
der Submission vergeben werden.
Die Lieferungsbedingungen liegen
in unserer Registratur aus und wer-
den auf Verlangen gegen Erlass der
Copialien mitgeteilt werden.
Veriegelte Offerten, mit entspre-
chender Aufschrift versehen, ersuchen
wir bis zum 1. März d. J. bei uns
einzureichen.
Brieg, den 1. Februar 1875.
Der Magistrat.
Groß.

Ein massiv gebautes Gasthaus in
einer der belebtesten Gruben-
gegenenden Oberschlesiens (Koblen, Gal-
mai und Eisenerze), mit Fremdenzim-
mern und Stallungen, ist krankheits-
halber des jetzigen Besitzers bei sehr
günstigen Bedingungen
zu verkaufen.
Näheres unter Lit. A. B. post-
lagernd Zarnowitz.
Ein anständiges Mädchen, im
Damenschnitten sehr geübt, wünscht
bei Herrschaften Beschäftigung. Das
Nähre Ring 45, Hof, 3 Treppen.

Es wird ein geprüfter Bau-
meister als Kreiscom-
munalbaumeister für
den Kreis Ratibor in Ober-
schlesien gesucht, welchem
die Uebernahme von Privat-
arbeiten gestattet ist. Das Jah-
res Einkommen ist auf etwa 3000
Thlr. zu veranschlagen. Gefäl-
lige Offerten nimmt der Unter-
zeichnete bis zum 1. April d. J.
entgegen.
Ratibor, den 8. Februar 1875.
Der Königl. Landrath
v. Berlesch.

Offene Lehrer-Stelle.
Für unsere Gemeindeschule soll ein
erster Lehrer, israelitischer Glaubens,
für Elementar-Unterricht, sowie zur
Vorbereitung für höhere Schulen,
zum 1. April d. J., unter Umstän-
den auch schon früher, engagirt
werden.
Die Stellung ist mit einem Jahres-
Gehalte bis 1500 Mark, bei ent-
sprechender Wohnungs-Entschädi-
gung, dotirt.
Bewerberinnen nebst bezüglichen Zeug-
nissen werden baldigst, spätestens bis
10. März d. J., erbeten.
Nicolai, Oberschlesien.
den 14. Februar 1875.
Der Synagogen-Vorstand.

Ein Haus mit Garten
in der Dabuhoffstraße, mit wenigen
und seinen Mietern, ist bei solidem
Ueberbisch mit 6 Mille Thlr. Anzah-
lung veräußert.
Bauzustand vorzüglich.
Näheres theilt der Besitzer mit auf
Anfragen unter H. 2502 durch die
Annoncen-Expedition von Saafenstein
& Bogler, Ring 29.
[2515]

Eiserne Geldschränke
sind wegen
Aufgabe des Geschäfts
sehr billig zu verkaufen.
Breslau, Klosterstraße Nr. 82,
C. Berger's Schlosserei.

Stammkufen,
auch mit Photographien, Porzellan-
schilder, Glas-, Porzell-, Spielwaaren
bei Carl Stahn, Klosterstraße 1 b.

Die Niederlage meiner unter der Bezeichnung
„Natiaborer“ bekannten Schnupftabake befindet sich
unter eigener Firma in Breslau, Albrechtsstraße
Nr. 3 und halte deren assortirtes Lager der freund-
lichen Beachtung meiner geschätzten Geschäftsfreunde
bestens empfohlen.
Ratibor, den 15. Februar 1875.
Joseph Doms.

J. Oschinsky's Gesundheits- und Universal-Seifen
haben sich bei rheumatisch-gichtischen Leiden, Wunden, Salbfluß, Entzündungen
und Flechten als heilksam bewährt. Zu beziehen in Breslau bei S. G.
Schwarz, Ohlauerstr. 21. Ed. Groß, Neumarkt 42. Deuthen OS. R. Bau-
mann. Vollenhain W. Bläthle. Briesg. H. Neumann. Bunzlau Rud.
Franz. Kreuzburg C. Zbielmann. Jelenberg R. Zbiel. Freiburg A.
Süssenbach. Freistadt G. R. Bilz. Friedberg a. D. G. Siesner. Fried-
land J. Seizer. Glas R. Drosdats. Gleiwitz J. Eder. Glogau R.
Wohl. Grotz Th. Wisch und L. Moll. Goldberg Otto Art. Greiffen-
berg C. Neumann. Grünberg H. Ederström. Gubrau A. Ziehl. Habel-
schwerdt J. M. Jonzalla. Hirschberg Paul Spehr. Jauer C. Neumann.
Landeshut C. Rudolph. Liebau C. Schindler. Lublitz Th. Wenzke.
J. Oschinsky, Kunstseifen-Fabrikant, Breslau, Carlplatz 6.

Furchezieher
für den Anbau der Kartoffeln,
Breit-Säe-Maschinen
mit Metallflügel, [2389]
Flachs-Brech-Maschinen,
Prämiirt:
Kraun,
5. Juni 1869,
Piettschen,
10. Mai 1870,
Posen,
17. Mai 1872,
Anerkennungs-
Diplom
Wien 1873,
Goldne Medaille
Wels 1874,
F. W. Warneck,
Maschinen-Fabrik,
Wels in Schlesien.

Bierschäuf-Apparate
zu Thlr. 85 - 300 liefert in vollkom-
menster und besser Ausführung unter
jeglicher Garantie,
Ballons, Luft-Pumpen, Schäl-
Suffets mit Kühlapparaten, Mano-
meter, Säbne, Ventile etc. hält stets
vorräthig und gewährt Wiedervertäu-
fern Rabatt
Weidmann's Maschinenfabrik
in Breslau, an der Liebigshöhe.

**Für Fabrik-Anlagen, Mühlen, Ziegel-
Fabriken etc. etc.**
offeriren
Robey & Comp.
ihre neuverbesserten
**Patent-
Locomobilen**
von 12 bis 200 effectiven
Pferdekraften.
Dieselben beanspruchen



nur wenig Raum, sind
billig im Kostenpreise,
sparsam im Verbräuche
des Brennmaterials,
arbeiten sehr ruhig und
können in den mannig-
faltigsten Weisen ver-
wendet werden.

Prompte Lieferung und solide Ausführung mit allen modernen Verbesserungen können zugesichert werden.
Illustrationen Beschreibungen und Preise werden auf Wunsch gratis und franco zugesandt von:
Robey & Comp.,
Maschinen-Fabrik und Maschinen-Niederlage,
Verlängerte Siebenbüfenerstraße,
Breslau.
Verticale und fahrbare Locomobilen, Strassenlocomotiven, Förder-
Locomobilen, verticale Dampfkessel, Schroot- und Mahlmühlen, Circular-
sägen, Mörtel-Mühlen und Dampfdreschmaschinen sind ebenfalls stets vor-
rätig oder in vorgeschrittener Arbeit befindlich. [2680]

In einer Provinzialstadt ist
ein Haus, in welchem seit Jahren
die Gastwirtschaft und die Handlung
in Colonialwaaren und Cigarren mit
Erfolg betrieben wird - zu ver-
kaufen. Gest. schriftliche Anfragen
beliebe man an Rudolf Mosse,
Breslau, sub Chiffre F. 1106 zu
richten.
[2692]

**Italienische Dreh-
Pianos**
sind nur allein zu haben in der
**Perm. Industrie-
Ausstellung,** [2689]
Zwingerplatz Nr. 2, parterre.

**Müschgarnitur, hochfein, nebst Spie-
gel zu verkaufen wegen Fortzug**
Museumplass 3 par terre bei Durra.

Brennereimalz [2717]
in guter Qualität offerirt billigst
Breslauer Actien-Malzfabrik
(H. 2573) Alte Sandstraße Nr. 11.

Feinste Schweizer Tafel-Butter
empfiehlt
Otto Schandtker,
Paradiesstraße 40, Ecke Brüderstraße.

Zur Saat [2700]
empfiehlt in bester Qualität von nur 1874er Ernte:
Futter-Munkelrüben in div. Sorten; Zucker-Rüben; Möbren weiße
grünblasse Rüben; Luzerne, echte Probener feideireie Saat in Ori-
ginal-Packung; Geradella; Pferdejahn-Mais, weißen amerikanischen;
Grassamen in den verschiedensten Sorten, sowie Kiefer-, Fichten- und
Lärchenbaum-Samen zu den solidesten Preisen
Oswald Hübner in Breslau,
Christophoriplatz 5.

G. Güttlich & A. Berg,
**Unternehmer für Wasser-
und Gas-Anlagen,**
Breslau,
Comptoir: Alte Sandstraße Nr. 7.
Reparaturen werden sofort gut und billig ausgeführt:
Annahme von Bestellungen:
Alte Sandstraße Nr. 7, 3 Treppen.
Alte Taschenstraße Nr. 13, im Cigarren-Geschäft (S. Wollstein.)
Mühlgasse Nr. 8. [2584]

Wegen Vergrößerung meiner Brauerei-Einrichtungen beabsichtige ich, nach-
stehend verzeichnete, noch in Verwendung befindliche Gegenstände, zur Aus-
lieferung Anfangs September c. zu verkaufen. [690]
1) Kupferne Maischpfanne von 44 Hectol. Inhalt
2) Eiserner Bierkessel von 80 " "
3) Eiserner Vorwärmer mit Rüdampfschlange 61 " "
4) Hölzerner Maischbottig mit complet. Maischmaschine,
unterer Betriebsmelle 92 " "
5) Hölzerner Läuterbottig mit eisernem Sentboden 70 " "
6) Eiserner Grand 11 " "
7) Würze-Centrifugalpumpe mit Dreiwegbahn.
8) Erforderlichen Falls auch eine Hoch-Dampfmachine von 8 Pferdekraft
mit Regulator und Speisepumpe nebst hiesigem Röhrenkessel.
9) Die Horden einer Doppel-Darre.
Die Gegenstände von 2-8 sind seit dem Herbst 1870 im Betriebe.
M. Friedlaender,
Schloßbrauerei in Oppeln.

Die Zündwaaren-Fabrik
von **Gebrüder Richter** in Ober-Glogau
empfiehlt aufs Beste ihr Fabrikat in Schwedischen Zündhölzern zu billigen
Preisen. [673]

Es ist mir seitens der Herren **Zimmer & Co. in**
Stassfurt der alleinige Verkauf ihrer von Autoritäten ersten
Ranges anerkannten concentrirten [2268]
Kali-Salze und Dünger
für Gärten, Schlessen und die Laufs übertragen worden und ich
empfehle davon zu Fabrikpreisen:
a. 18 bis 70 % Schwefelsaures Kali enthaltenden calc. und gem.
Kalidünger,
b. Chloralium (80 bis 85 %), sogenanntes fünffach concentrirtes
Kalisalz,
c. Kalihaltiges Einstreusalz für Ställe und zur Compostbereitung,
d. Kieserit mit (70-75 %) schwefelsaurer Magnesia.
Der Procentgehalt der offerirten Salze und Dünger wird garan-
tirt. Proben und Preis-Verzeichnisse auf Wunsch gern zu
Diensten.
Franz Darré in Breslau,
Lauenzienplatz Nr. 3 a., par terre.
NB. Vorstehende Düngesalze sind nicht mit dem jetzt vielfach in den
Handel gebrachten f. g. Kainit zu verwechseln, welcher große
Mengen von schädlichem Chlormagnesium enthält.

Alizarin=Dinte
 von Aug. Leonhardt in Dresden,
 in Flaschen à 2, 3½, 6 und
 10 Egr., [2514]
 in Steinrukten à 16 Egr.
 und 1 Ebr.,
 Tiefsschwarze

Documenten=Dinte
 in Flaschen à 2, 3½, 6 und
 10 Egr.
 empfiehlt in vorzüglicher Qualität
S. G. Schwartz,
 Ohlauerstraße 21.

Eine alleinstehende Frau in den vierziger Jahren sucht Stellung als Leiterin eines Hauswesens. Dieselbe sieht weniger auf hohen Gehalt als vielmehr auf gute Behandlung. Gest. Offerten werden unter C. Z. 41 Bunzlau postlagernd erbeten. [693]

Für unser Destillations- und
Essig-Fabrikations-Geschäft
suchen wir per 1. April c.
einen Reisenden.
Es wird gewünscht, daß solcher
einermaßen mit der Destilla-
tion vertraut ist und eine schöne
Handschrift schreibt. [2678]
Schweizer & Brieger, Glag.

Für mein Bandwaaren- und
groß-Geschäft suche ich zum An-
tritt per 1. April einen jungen
Mann, der mit der Buchführung
und Correspondenz vollständig
vertraut ist. [679]
Näher.

Ein evangelischer verheiratheter
Diener [691]
mit vorzüglichen Zeugnissen für ein
Landherrschaft zu dauerndem Dienst
gesucht neulagernd (Mak v. E. 99.

Lehrling.
Für mein Leinen- und Weißwaaren
Geschäft suche ich einen Lehrling mit
den nöthigen Schülkenntnissen zum
baldigen Antritt. [1841]
Robert Rother, Ohlauerstr. 83.

Schweidnitzerstraße 43
ist die zweite Etage vom 1. April
ab zu vermietthen. Näheres daselbst.

3 Zimmer, Cab., Küche, Entree u.
Zubeh. pr. Ostern zu verm. d. Hl.
Geiststr. Näh. Lauenzienstr. 77, III. r

E. Langer.

**Laden- und
Restaurations-
räume.**

In einer Fabrikstadt, Bahnstation
Niederschleißens ist in einem neuer
bauten Hause ein Laden nebst dahinter
liegenden Restaurationsräumen, Woh-
nung und Zubehör zum 1. April er-
zu vermietthen. [2545]

am Orte ist eine feine Restauration
dringendstes Bedürfnis, auch würde
ein Delicatessengeschäft, verbunden mit
Bierverlag, sehr am Platze sein. Au
Verlangen könnte auch das Haus spä
ter als Hotel übernommen werden
Das Haus steht in frequentester Ge
gend. Adressen werden unter G. 9405
an Rudolf Mosse, Gr.-Glogau, er
beten.

April einen **thätigen**
jungen Mann, der sich
auch für die Reise qualificirt.
Waldenburg i. Schl.
Rothenburg & Landau.

Ein solider, gut empfohlener junger Mann, Specerist, flotter Verkäufer, schöner Handschrift mächtig und seit längerer Zeit mit Führung der Bücher vertraut, sucht per ersten April a. c., wo er seine Lehrzeit beendete, anderweitige Stellung. Gef. Offerten unter H. 2559 an die Annoncen-Expedition von Haasenstein & Vogler in Breslau erbeten.

Ein tüchtiger practischer
Destillatene
 wird zum baldigen Antritt gesucht.
 Zeugnisse wünscht [692]
 S. Bodländer,
 Brieg, Zollstraße.

Ein Lehrling
mit guter Vorbildung, der sich der
Eisenkurzwaarenbranche widmen will
findet bald oder zu Dstern Aufnahme bei
Fauer. [600] Julius Springer.

Einen Lehrling
 suche ich für mein Modewaaren-
 Geschäft.
 Beuthen Oberöchl.
 [2696] **Moritz Dresdner.**

Ein Lehrling
mit guter Schulbildung (moralisch) findet in meinem Kurz- und Galanteriewaren-Geschäft (en gros & en détail) per bald oder 1. April cr. Stellung. [1836]
Ed. Noth in Meisse.

Ein Lehrling
 findet per 1. April c. in
 meinem Mühlen- und Pro-
 ducten-Geschäft Stellung.
 Meldungen sind an Herrn
 Director **Felix Prager** hier-
 selbst zu richten. [694]
Grenzburg DS.
Nechte-Oder-Ufer-Mühle.
A. D. Heinemann.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.